

Nr. 18 (Juli 74) J 7581 EX 1.- MARK

Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen:

Bochum: *Proletarische Front c/o A. Röhm, 463 Bochum, Markstr.118*
Frankfurt: *Revolutionärer Kampf und Häuserrat c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202*
Hamburg: *Proletarische Front c/o Manifest Buchladen, 2 Hamburg 13, Schlüterstr.79*
Hannover: *Hannoversche Fresse: c/o A. Baumert, 3 Hannover-Linden 1, Postfach 20125*
Kassel: *Sozialistische Schüler- und Studenteninitiative c/o Redaktion der ‚Auseinandersetzung', 35 Kassel, Kennedy-Str.44-46*
Köln: *Arbeiterkampf c/o Heinzelhaus, 5 Köln 1, Moltkestr.27*
München: *Arbeitersache c/o Basis-Buchladen, 8 München, Adalbertstr.41b*
Nürnberg/Erlangen: *Gruppe ‚Solidarität' c/o Politladen, 852 Erlangen, Postf. 2849*
Saarbrücken: *Gruppe Rote Fahne c/o Jens Jacobi, 66 Saarbrücken, Postfach 176*
Zürich (Schweiz): *Klassenkampf, Postfach 108, CH-8025 Zürich*

Redaktionsanschrift: Wir Wollen Alles c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202

Inhalt:

Kassel:

Schulguerilla

Der KlassenbuchKlau geht um

Am Wochenende zwischen dem 7. und 10. Juni wurde in der Albert-Schweitzer-Schule in Kassel eingebrochen und der größte Teil der Klassenbücher geklaut. Einige Tage später erreichte uns eine Presseerklärung der „Schüleraufsichtsbehörde", die sich ihren Namen wahrscheinlich als ironische Anspielung auf die Schulaufsichtsbehörde gegeben hat, die auch im Hessischen Rundfunk bekanntgegeben wurde. Hier die Abschrift:

An die
Redaktion der „Auseinandersetzung"
35 Kassel
J.F. Kennedy-Str. 44

Kassel, 11.Jun. 74

Presseerklärung

Wir, die Schüleraufsichtsbehörde, erklären uns für den Einbruch in der Albert-Schweitzer-Schule und den Diebstahl der Klassenbücher verantwortlich.

Klassenbücher sind vor allem ein Mittel, um Schüler zu disziplinieren und einzuschüchtern, besonders in den unteren Klassen.

Deshalb werden wir die Bücher auswerten und anschließend vernichten. Die Ergebnisse werden der Schüler- und Studentenzeitung „Auseinandersetzung" übermittelt.

Die Abschaffung der Klassenbücher, der Einträge, der Strafarbeiten und des Nachsitzens sind ein erster Schritt, um unsere Situation in der Schule erträglicher zu machen. Dies reicht jedoch bei weitem nicht aus. Mehr wird folgen müssen.

„Die Schüleraufsichtsbehörde."

Den ersten Teil der angekündigten Auswertungsergebnisse erhielten wir einen Tag später und veröffentlichten sie als „Auseinandersetzung-Extrablatt" in einem Flugblatt, das freudige Resonanz bei den Schülern der Albert-Schweitzer-Schule fand. Hier die wichtigsten Auszüge:

26 Klassenbücher von Unbekannten gestohlen

Kassel (x). Unbekannte entwendeten aus dem Hausmeisterzimmer der Albert-Schweitzer-Schule 26 Klassenbücher, die zwei Jahre alt sind. Für den Diebstahl hat nach Angaben der Polizei inzwischen eine „Schüleraufsichtsbehörde" die Verantwortung übernommen. Die Polizei, der eine solche „Behörde" nicht bekannt ist, ermittelt gegen Unbekannt.

Mitteilung der Schüleraufsichtsbehörde

Wir haben alle Eintragungen in den Klassenbüchern ausgewertet. Dabei wurden gezählt:
321 Einträge
524 Verspätungen
258 Geschwänzte Stundenund Tage (hier wurden nur die ausdrücklich als unentschuldigt gekennzeichneten Stunden gezählt. Unberücksichtigt blieben die nicht oder durch Hintermalen von einem e selbst entschuldigten Stunden.)
139 Mal ohne Hausaufgaben
Wir freuen uns, mitteilen zu können, daß dies nun alles vernichtet ist. Es liegt an euch, dafür zu sorgen, daß es entweder keine oder aber nur gute Kopfnoten gibt, denn offiziell hat keiner von euch mehr einen Eintrag.
(Es folgt eine „Starparade" der Lehrer mit den meisten Einträgen, die Spitzenleistung liegt bei 39.)

"Viele Tadel können ein Zeichen dafür sein, daß der Lehrer ein Schwein ist oder daß er sich nicht anders zu helfen weiß. Das könnt ihr sicher selbst beurteilen. Es ist uns aufgefallen, daß die Zahl der Tadel nicht von der Klasse abhängt, sondern vom Lehrer, denn einige Lehrer geben in allen ihren Klassen viele Tadel. Beispielsweise gibt es Klassen, die bei Le Coutre 20 Tadel, bei anderen Lehrern jedoch keine haben. Deshalb muß man sagen: der Le Coutre macht einen Unterricht, der dieses Jahr schon 39 mal Anlaß für einen Tadel war.

Viele Lehrer haben jedoch andere Möglichkeiten, ihre Schüler einzuschüchtern, ohne daß sich dies in den Klassenbüchern niederschlägt. Auffallend ist z. B., daß Graf nicht in der Starparade auftaucht. Er hat andere Mittel als Tadel, um seine Schüler zu terrorisieren. Klassenbücher haben den Vorteil, daß sie Unterdrückungsmittel sind, die man im Hausmeisterbüro klauen kann und in denen alles schwarz auf weiß steht. Verhaltensweisen von Lehrern stehen nicht im Klassenbuch. Man müßte sich gegen sie wehren, indem man den ganzen Lehrer klaut. Das aber ist sehr schwierig, weil die Lehrer nicht im Hausmeisterbüro stehen, vor allen Dingen nicht nachts. Gegen die Verhaltensweisen der Lehrer müssen wir uns gemeinsam wehren."

Am Ende des [illegible]blattes luden wir die Schüler zu einem Treffen im Hermann-Schafft-Haus ein, um über folgende Fragen zu diskutieren:
Ist es sinnvoll, Klassenbücher zu klauen?
Wie können wir Einträge, Strafarbeiten, Nachsitzen, Briefe an die Eltern usw. abschaffen?
Welche Möglichkeiten haben Lehrer, ihre Schüler zu unterdrücken, wie können wir uns gegen Unterdrückungsmechanismen wehren?

Nachtrag: Etwas später erreichte uns noch folgender Brief der „Schüleraufsichtsbehörde", dessen Abschrift wir hier wiedergeben.

Mitteilung der Schüleraufsichtsbehörde

Bei unserer Einbruchsaktion haben wir im Lehrerzimmer vorsorglich eine Wanze (kleines, drahtloses Mikrophon) eingebaut. Heute, am 18.6., hat sich diese Einrichtung zum ersten Mal bewährt:
In der 6. Stunde war Gesamtkonferenz. Auch einige Schüler waren gekommen. Auf der Tagesordnung stand das Extrablatt der „Auseinandersetzung". Direktor Wollenteit sagte, daß in dem Flugblatt einzelne Lehrer herausgegriffen würden. Die Diskussion sei also eine Personaldiskussion und die Schüler hätten kein Teilnahmerecht. Durch eine Abstimmung wurden sie hinausgeworfen, die angekündigte Personaldiskussion fand aber nicht statt. Man beriet allgemein, was zu tun sei und war nach ca. 15 Minuten ratlos. Auch der Personalrat wußte nicht weiter. Der Elternbeirat meinte, alle Lehrer sollten Kripo spielen, aber das wurde abgelehnt, weil dann die Gefahr falscher Gerüchte und des Rufmordes zu groß sei. Einige Lehrer waren der Meinung, früher, als Herzog noch Direktor war, wäre sowieso alles viel besser gewesen, da hätte es so was nicht gegeben. Die progressiven Lehrer dagegen meinten, man solle ein Klima schaffen, in dem über Konflikte diskutiert wird. Dann ließen sich solche Aktionen vermeiden.
Wir sehen mit Spannung den kommenden Zeugniskonferenzen entgegen.

bis auf weiteres
die Schüleraufsichtsbehörde

weiter S.2





von S.1

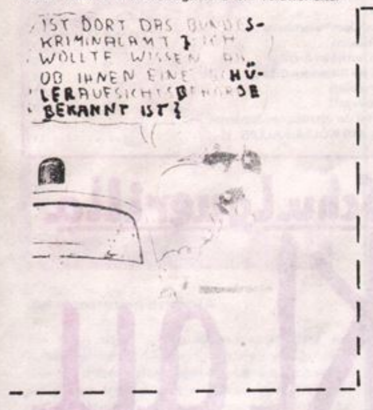
Was ist von dieser Aktion zu halten?

Das Entfernen der Klassenbücher hatte für viele Schüler einen praktischen Nutzen: Unentschuldigte Fehlstunden, Verspätungen und Einträge werden nicht in den bevorstehenden Zeugnissen erscheinen, viele Eltern wird eine unangenehme Überraschung erspart bleiben.

Die Schüler haben gesagt, und damit eine Vermutung der „Schüleraufsichtsbehörde" bestätigt, daß die Lehrer, die viele Einträge geben, ihren Schülern hilflos gegenüber stehen, daß sie sich nicht anders zu helfen wissen. Die Einträge sind ein verzweifelter Versuch, sich bei den Schülern Respekt zu verschaffen, aber auch das gelingt nicht recht. Die Tadel sind zwar immer noch ein Mittel der Repression, speziell in den unteren Klassen, und auch mit der Angst vor der Benachrichtigung der Eltern verbunden, aber durch die Überzahl verlieren sie den Charakter des Besonderen und büßen einen Teil ihrer Wirkung ein. Hat ein Schüler erst einmal einen Tadel, ist er „befleckt", die weiteren Tadel spielen keine große Rolle mehr.

Die Lehrer, vor denen Schüler Angst haben, sind andere, z. B. der in dem Brief erwähnte Graf. Diese Lehrer sind nicht auf ein Relikt wie Klassenbücher angewiesen, sie haben andere, wirkungsvollere, nicht so offensichtliche Methoden der Einschüchterung und Terrorisierung der Schüler. Gegen diese Lehrer kann man gemeinsam etwas unternehmen, durch solidarische Aktionen kann man sich gegen sie wehren. Diejenigen, wahrscheinlich Schüler, die die Klassenbücher geklaut haben, haben sich individuell gewehrt. Die Schüler freuen sich darüber, aber sie lernen nichts praktisches, was sie in eigenes Handeln umsetzen könnten. Die Aktion muß ein Ansatzpunkt sein für weitere Arbeit, sie darf nicht ohne Konsequenzen bleiben. Deshalb will die SV versuchen, die punktuelle Aktion aufzugreifen und fortzuführen.

Es hat sich gezeigt, daß sich das Verhältnis von Lehrern und Schülern nicht nach der Zahl der Einträge beurteilen läßt, daß sich terroristische Verhaltensweisen nicht in Klassenbüchern niederschlagen müssen. Deshalb will die SV einen Beurteilungsbogen für Lehrer erarbeiten, der von anderen Bewertungskategorien ausgeht. Jeder soll mitarbeiten können, um die spektakuläre Anonymität der „Schüleraufsichtsbehörden" zu durchbrechen, um jedem Schüler die Möglichkeit zu geben, etwas zu unternehmen. Wir müssen lernen, uns zu wehren, und das können wir nur gemeinsam tun. ● SSS





Kassel: Goetheschule: Ein blaues Auge und einige andere Sachen . . .

Ende Mai häufen sich die Angriffe gegen den Mathe- und Physiklehrer Hahn an der Goetheschule.

Unbekannte besprühen nachts seine Mietswohnung mit den Parolen „Hahn du Sau" und „killed den Hahn". Etwas später erreichte ihn eine telephonische Morddrohung, was Hahn dazu bringt, die Kriminalpolizei einzuschalten, mit der Begründung, das ginge ja wohl zu weit. Diese Aktivitäten würden in seine Privatsphäre eindringen. Damit bezieht er sich auf die Parole „Hahn, Lovis, Hesse, haut sie auf die Fresse", die einige Zeit vorher an die Goetheschule angeschrieben worden war. Diese Aktion hatte noch Rücksicht auf seine Privatsphäre genommen, und wurde von Hahn nicht allzu ernst aufgefaßt. Doch als Hahn die auf die neuere Aktion folgenden Tage nur noch mit Sonnenbrille in der Schule angetroffen wurde, kam das Gerücht auf, er hätte zu all dem noch eine auf's Auge gekriegt.

Hier gibt es zwei Theorien.

1. Während die Leute die Parolen an seine Wohnung schreiben wird Hahn mißtrauisch, sieht an der Türe nach und bekommt von den Leuten ein blaues Auge gehauen.
2. Als nach Sprühen und Mordandrohung Hahn dennoch abends über die Straße geht, bekommt er von mehreren maskierten Leuten ein blaues Auge gehauen.

Es ist noch nicht klar, welche dieser Theorien richtig ist, auch hat sich noch nicht 100%ig erwiesen, ob Hahn wirklich ein blaues Auge hatte. Wir finden es jedoch wichtig, die Reaktion auf diese Aktionen zu beleuchten.

Hahn sagt zu einer Klasse 11 „Ich setze nicht mein Leben für Schüler auf's Spiel, ihr bekommt alle eine 3". Leider hat er sich auf Rücksprache mit anderen Lehrern seine Angst wieder nehmen lassen und teilte dann der Klasse mit, er werde nun doch noch „zu gerechten Noten kommen".

Die Schüler der Klasse 11 wurden von einem anderen Lehrer gefragt, was sie denn davon hielten zu solchen Mitteln zu greifen und ob diese Angriffe noch Mittel einer Auseinandersetzung sein dürften. Dabei wird schon gleich gesagt, daß der Lehrer, in diesem Fall der Hahn, wenn auch nicht unschuldig doch zumindest das Opfer darstellt, mit dem man doch Mitleid haben muß.

Wieviel Schüler haben aber schon schlaflose Nächte vor seinen Arbeiten, seinen mündlichen Prüfungen gehabt. Sie wurden an der Tafel bloßgestellt und waren nicht in der Lage sich dagegen zu wehren. Uns ist es nicht möglich auf die gleiche Art und Weise mit den Lehrern abzurechnen wie sie mit uns. Wir können keine Noten geben, keine Einträge in Klassenbücher, keine Briefe an ihre Eltern schreiben, keine Lehrer sitzen lassen oder wenn es uns paßt, sie von der Schule schmeißen.

Nach einer beschissen gelaufenen Stunde verlassen wir die Klasse mit einer Wut im Bauch, mit der geballten Faust in der Manteltasche und reagieren sie in der Pause durch Erzählen: dem müßte man mal eine in die Fresse hauen, oder Witze über seine Unfähigkeit ab. Durch solche Reaktionen werden wir die Wut ein wenig los. Im Laufe der Jahre staut sich ein so großes Potential an, so daß wir die Leute sehr gut verstehen, denen es dann endgültig reicht und die dem Lehrer ein blaues Auge hauen. Es wäre zwar sinnvoller, zu humaneren Widerstandsformen zu gelangen, aber die Schule als Institution verhindert ja gerade durch Isolierung der einzelnen Leute solidarischen Widerstand, der für die betreffenden Lehrer humaner aussehen würde.

Wenn Hahn anbetracht seiner Situation nur auf Spanien kommt, wo er drei Jahre lang Unterricht erteilte mit dem Spruch: „das wäre in Spanien nicht passiert, da sind die Schüler noch disziplinierter," hat er insofern recht, daß es für spanische Schüler wesentlich gefährlicher ist, Widerstand an der Schule zu leisten, als für uns.

Es ist nur die Frage, ob er sich solche Handgreiflichkeiten nicht selbst zuzuschreiben hat.

Mit Sicherheit kann man sagen, daß sich das Betriebsklima durch solche Aktionen in den Klassen etwas besert. Der Fall Hahn zeigt aber, daß solche Aktionen schnell in Vergessenheit geraten und der Unterricht im alten Trott weiterläuft. Dann ist das Problem, wann finden sich wieder Leute, die so viel Mut haben, ihm eine zu hauen?

Vielmehr kommt es darauf an, Widerstandsformen in der Schule zu entwickeln, die mehr Leute einbeziehen und ein solidarisches Vorgehen ermöglichen. Wir können z. B. besonders schlimme Arbeiten bestreiken oder bei Prüfungen als den Klassenraum verlassen, um dem Lehrer zu zeigen, daß wir nicht gewillt sind einen solchen Unterricht mitzumachen.

Gemeinsamer Widerstand ist nötig

Mit Hahn hat es einen Lehrer erwischt, der zwar keine Schüler mehr schlägt und mit dem Schlüsselbund bewirft, wie einige seiner Kollegen an der Goetheschule, der aber über mündliche Prüfungen, unmengen Hausaufgaben und schwere Arbeiten, die ein Großteil nicht bewältigen können, seine Schüler diszipliniert.

Eine andere Gruppe Lehrer sichert sich größtenteils nur noch formal ab oder kombiniert es mit den eben genannten Punkten. Sie tüfteln ein zentrales Register für alle Fehlstunden und Verspätungen aus. Dieses Register kann von allen Lehrern eingesehen werden und wird in letzter Zeit immer häufiger als Grundlage für die Notengebung oder als Legitimation für einen Schulverweis genommen. Das sieht dann so aus: Durch ein paar geschwänzte Stunden wird mir am Jahresende vorgeworfen, es sei unsolidarisch, da ich durch meine gefehlten Stunden und Verspätungen die ganze Klasse am lernen hindern würde und damit den Unterricht unterwandere. Die Argumentation läuft zum Schluß darauf hinaus, daß ich aufgrund meines unsolidarischen Verhaltens, was auch in anderen Fächern existiere, trotz meiner zwei schriftlichen Zweien eine pädagogische Vier bekomme, mit dem Hinweis, das ließe sich korrigieren, wenn ich im nächsten Jahr immer kommen würde.

An einem solchen Beispiel wird klar, wenn es ein extremes ist, daß solche Konflikte auch nicht durch einen Schlag auf's Auge aus der Welt wären.

Hierbei ist es darum gemeinsam gegen die Grundlagen vorzugehen, gegen ein zentrales Fehlstundenregister, gegen Aufschreiben von Fehlstunden und Verspätungen überhaupt.

(SSSK - Sozial. Schüler- und Studenteninitiative Kassel)



MÜNCHEN: TRIBUNAL GEGEN BULLEN TERROR

DIE ARBEITERSACHE UND DIE 'SCENE' –

Polizeimord an einem Taxifahrer. Gemeint waren die Linken. Wir nehmen das am anderen Morgen durch die Presse zur Kenntnis. In der gleichen Nacht fanden in mehreren Wohngemeinschaften Razzien statt. Überall das gleiche Bild: Aufgesprengte Türen, gezückte Maschinenpistolen, Einschüchterung. Wir sind empört – aber keineswegs so, wie noch vor einem Jahr. Solche Besuche hat es in den letzten Monaten öfters gegeben. Wer es nicht selbst erfahren hat, kennt es von Hunderten von Erzählungen.

Dieses Mal wars jedoch etwas interessanter. Die MEKS haben den Falschen abgeschossen. Er war gar kein richtiger Linker. Ein taktischer Fehler – aber immerhin Grund genug, daß in der Presse Kritik am Vorgehen der Bullen aufkommt, was immer seltener wird. Die KPD gründet ein Jendriankomitee. In der Arbeitersache rührt sich vorerst nichts – nur die Restbestände der ehemaligen Roten Hilfe versuchen etwas zu planen. Weshalb bei uns nichts läuft? Seit Jahren ist die Politik auf Betriebsebene oder allenfalls im proletarischen Stadtteil vorrangig. Der Fall Jendrian wird unter dem Gesichtspunkt diskutiert: was sagen die Kollegen dazu. Da erfahren wir, daß ein Elektrikerkumpel aus der Halle X genau so empört ist wie wir. Sowas finden wir alle dufte. Machen wir also ein Flugblatt für die Betriebe.

Hier zeigt sich genau die Problematik einer Gruppe, die zwischen zwei Welten schwebt. Der vor Jahren diskutierte Konzept „mit dem Proletariat arbeiten und leben", hat zwar dazu geführt, daß einige Genossen nach Milbertshofen (proletarisches Viertel in München) gezogen sind, daß mehrere in der Fabrik arbeiten, daß jetzt Lehrlinge dabei sind. Aber dennoch leben wir in diesem Stadtteil wie in einem Ghetto. Weder konnten wir unsere Lebensweise verändern noch wirklich politischen Kontakt zu den Proletariern herstellen. Dazu sind wir sowas geworden, wie eine „kleine linke scene", überschaubar, auf wenige Wohngemeinschaften beschränkt mit ihren spezifischen Problemen.

Der Kontakt zur übrigen Münchener Linken, geschweige denn zu den Organisationen war schlichtweg abgebrochen. Allenfalls mit dem Verkauf der „Wir wollen alles" gab es Beziehungen zu den Hunderten von zerstreuten oder herumstreunenden Linken, die sich vor allem in den Kneipen Schwabings konzentrierten. Dabei war spätestens seit der gescheiterten Gasteigbesetzung klar, daß im Augenblick ohne scene kein Haus zu besetzen, keine Blockade zu errichten und keine Kampagne gegen die Straßenbahntarife durchzuführen ist. Das haben wir an allen Aktionen außerhalb der Fabrik erfahren. Immer war ein bestimmender Teil von Genossen dabei, die sonst nicht dabei waren – aber es waren nie genug. Ein wichtiger Grund hierfür ist, daß es für die scene kaum Bezugspunkte gibt. Die Uni wird ausschließlich von Dogmatikern aller Schattierungen beherrscht. Wer sich von den Studenten entscheidet, endlich mal längerfristig was zu machen, versucht gerade die alten Zusammenhänge abzubrechen. Kurz, die scene wird mit Recht kritisiert – Tatsache aber ist, daß wir alle von ihr politisch abhängig sind. Falsch war, diese Abhängigkeit zu leugnen und zu glauben, als könnten wir eine proletarische Alternative aus dem Boden stampfen; moralisch und mittlerweile langweilig ist sowas wie einen proletarischen Lebenszusammenhang zu fordern – wir sind nun mal Teil dieser linken scene. Es geht jetzt darum, diese Abhängigkeit politisch zu nutzen.

Das Tribunal zum Fall Jendrian sollte ein erster Versuch in dieser Richtung sein. Es wurde von Genossen aus der scene und nicht nur von der Arbeitersache vorbereitet. Eins war uns klar, mit dem Tribunal sprechen wir nicht mehr die liberale Öffentlichkeit an. Die Zeiten sind vorbei, als Augstein Seiten im „Spiegel" zur Verfügung stellte, auf denen Rudi Dutschke gegen den Polizeiterror polemisierte. Unsere Einschätzung wurde auch dadurch bestätigt, daß am anderen Tag nichts in der Presse über das Tribunal erwähnt wird. Das Tribunal sollte den Protest der Linken gegen den Polizeiapparat ausdrücken.

Die ersten Schwierigkeiten bei der Vorbereitung lagen darin, daß die eigentlichen Bedingungen für das Tribunal wegfielen. Der Fall Jendrian wurde unter dem Druck der Anwälte hinreichend aufgeklärt, der Polizeimord war, wenn auch als Versehen, öffentlich zugegeben. Die Zeugen, die zu Wort hätten kommen sollen, hatten schon in der bürgerlichen Presse ausgesagt. Das Tribunal mußte also vom Fall Jendrian weg und zu einer allgemeinen Anklage gegen den lokalen Polizeiarrest werden. Dabei wollten wir zweigleisig fahren: einmal die spektakulären Fälle der letzten 10 Jahre hervorholen (Schwabinger Krawalle, Geiselnahme in der Prinzregentenstraße, Olympiamassaker usw.) Gedacht war an die Berichte von Augenzeugen. Andererseits eine Darstellung von polizeilicher Alltagsbrutalität im Betrieb gegenüber Ausländern und gegen Jugendliche, ebenfalls durch unmittelbar Betroffene. Dazwischen gab es Platz für allgemeine Aussagen von den eingeladenen prominenten Genossen, politisch war die Argumentationslinie in etwa so: die Brutalisierung des Polizeiapparates ist vor allem eine Reaktion auf die überall zunehmende Aufsässigkeit im Volk. Überspitzt hieß das Motto: Wir sind alle Kriminelle. Ergebnis des Tribunals sollte ein Schwarzbuch der Münchener Bullen sein, mit deren Geschichte und vielen Spitzelfotos – so wie wir es von den Züricher Genossen her kennen.

Geklappt hat viel weniger: Grundsätzlich waren die Beiträge, die nicht alle gehalten werden konnten, viel zu lang und zu langwierig, wenn es auch sehr interessant zu hören war, daß bei den Schwabinger Krawallen 30 Tausend (!) auf der Leopoldstraße kamen, nur um die Bullen zu verprügeln. Von den Prominenten sind alle (!) nicht gekommen. Die Zeugen der Banküberfälle durften auf Anweisung ihrer Chefs keine Aussagen machen. Als wir zur offenen Diskussion übergingen, beteten die Parteien ihre Programme herunter, was dazu führte, daß viele den Saal verließen.

Also ein Mißerfolg? Wir glauben nicht, sondern der Anfang einer Politik, die wir vernachlässigt haben und die für uns irgendwie existenznotwendig ist, eine Politik in und mit der linken scene. Es gab ja auch Erfolge. Immerhin waren 800 da, was für München viel ist. Außerdem konnte sich anhand dieser Veranstaltung die Rote Hilfe wieder konsolidieren. Das Schwarzbuch wird auch gemacht. Im Herbst werden solche Veranstaltungen sicher einen bedeutenderen Stellenwert bekommen als sie bisher für uns gehabt haben.

Können die Macher was machen?

Zur Umbildung der Bundesregierung

Der folgende Artikel versucht, die Regierungsumbildung nach dem Sturz von Brandt, die Programmatik der neuen Regierung und ihre ersten praktischen Schritte politisch zu interpretieren. Es ist ein Versuch einer solchen Einschätzung und weiterhin journalistisch geprägt. Genauere Analysen müssen folgen, die insbesondere auf die Bedeutung dieser Politik für die proletarischen Kämpfe eingehen.

Warum der schnelle Wechsel vom Schwätzer Brandt zur Ratte Schmidt? Was drückt er aus? Was ist zu erwarten?

Natürlich war die Guillaume-Geschichte nur äußerer Anlaß – ein sehr glücklicher Anlaß allerdings: sie bot die Möglichkeit, den notwendigen Umstrukturierungsprozeß der regierenden SPD, der ihr eine geraume Zeit schon nicht gelungen war, rasch und entschlossen durchzuführen. Was heißt das? Natürlich hat auch die Brandt-Regierung kapitalistische Politik gemacht – zunehmend klarer und repressiver sogar. Aber: der Brandt-Regierung haftet – in Konzeption und personeller Besetzung – noch der ganze Charakter jener linksreformerischen Bewegung an, die die SPD zur Macht brachte; einer Bewegung, die mit dem – in großen Programmen festgelegten – Anspruch angetreten war, diese Gesellschaft im Interesse der arbeitenden Bevölkerung (wenn auch im Rahmen des kapitalistischen Systems) grundlegend zu verändern. Dieser Anspruch hemmte die SPD daran, ihren Herrschaftsauftrag konsequent durchzuführen, noch zu sehr war die Partei mit diesem Anspruch verfilzt. Neben der relativen Uneingeschränktheit der Jusos zeigt sich das personell in der großen Zahl der „Linken" und der gedanklich hochfliegenden Technokraten, die in Partei, Ministerien, Kanzleramt eine gewichtige Rolle spielten. Vor allem aber zeigte sich das politisch und programmatisch: bis zu ihrem Ende war die Regierung Brandt noch ganz eindeutig von **ideologischen** Ansprüchen und Zielvorstellungen geprägt; während unter dieser Regierung zwar das Repressionspotential dieses Staates erheblich ausgebaut wurde (hier wurde sie ihrem Auftrag gerecht), verfolgte sie in Ost-, Europa- und auch Wirtschaftspolitik einen Kurs, der oft den kapitalistischen Notwendigkeiten nicht vollauf Genüge tat, weil er zu stark noch ideologisch geprägt war:

- Ostpolitik bei aller ökonomischen Bedeutung der Ostverträge (die letztlich aber doch sehr viel geringer war als erhofft) haben sie im wesentlichen auch ideologische Bedeutung gehabt: sie haben mitgeholfen, den Antikommunismus abzubauen, sie waren zu direkt **auch** von dem Anspruch der „Völkerverständigung" geprägt; und das hatte sicher Massenwirkung.
- Europapolitik: hier war es ganz ähnlich – die Brandtsche Europapolitik stellte sich nicht konsequent der eisernen Notwendigkeit der europäischen Krise. Zugunsten einer schwammigen Ideologie der Völkerverständigung und des „europäischen Gedankens" wurde es versäumt, den harten ökonomischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen: der notwendigen **Führungsrolle** der BRD in Europa – gekoppelt an eine feste Bindung an den Hauptimperialisten, die USA. (Natürlich waren das nur Tendenzen: diesen Notwendigkeiten wurde auch Rechnung getragen.)
- Wirtschaftspolitik: hier ist es am deutlichsten. Obwohl die Brandt-Regierung ihre repressive Rolle gegenüber den Arbeiterkämpfen voll und zur Zufriedenheit der Unternehmer ausgespielt hat, hat sie es auf der anderen Seite nie geschafft, mit den Erwartungen in eine Verbesserung der Lebensbedingungen wirklich entschlossen zu brechen; immer wieder war von Umverteilung, sozialer Gerechtigkeit und – nicht nur bei den Jusos – von der übergroßen Macht der Multis die Rede. Immer wieder propagierte die Regierung das krasse Gegenteil von dem, was sie dann tat. Wie explosiv dieser Widerspruch allmählich wurde, zeigte sich im ÖTV-Streik dieses Frühjahr (der wesentlich mit zum Sturz von Brandt beigetragen hat): Trotz aller Drohungen der Regierung waren die Gewerkschaften nicht mehr in der Lage, sich an die Lohnleitlinien von 10 % zu halten. Es ist der Brandt-Regierung nie wirklich gelungen, die Gewerkschaften an die Kandare zu nehmen.



Vor Jahren übernahmen die Sozialdemokraten die Regierung in einem Moment, wo der Prozeß schon eingesetzt hatte, der diese Gesellschaft zunehmends auf ihren kapitalistischen Klassenkern bringt; ein Prozeß, der die BRD langsam aber sicher an die Seite der anderen kapitalistischen Länder führt, in denen die Klassenkämpfe entwickelter sind, und ein Prozeß, der die Unlösbarkeit der Probleme – Inflation und Krise – immer offensichtlicher macht. Heute ist dieser Prozeß so weit, daß die Klassenantagonismen und die Hoffnungslosigkeit kapitalistischer Befriedigung allmählich – auch auf Massenebene – offen sichtbar werden. Der sozialdemokratische Versuch des (immer gewaltsameren) Ausgleichs der Klassengegensätze wird bleiben – nur kann eine Politik nicht bleiben, die diesen „Ausgleich der Klassengegensätze" ideologisch so überhöht, daß der krasse Widerspruch zur Realität immer mehr zu einem Motor von sozialer Unruhe und Widerstand wird.



Die Ratte übernimmt das Steuer

Um aus dieser Krise herauszukommen haben die Sozialdemokraten erst einmal auf den erklärten Rechten, Miliaristen und Opportunisten Schmidt gesetzt. (Eppler über die Schmidt-Regierung: „Wer das Kabinett Schmidt das letzte Aufgebot der Sozialdemokratie nennt, muß wissen: Dies ist auch das vorletzte der deutschen Demokratie.") Schmidt wird energisch eine Politik vertreten, die den Massen klarmacht, daß es mit dem ständigen Wachsen des „Wohlstands" vorbei ist, daß Inflation und Krise nicht werden beseitigt werden können, daß man es lernen muß, damit zu leben. Diese Politik durchzusetzen – dazu braucht es die „Macher", die „Polithandwerker".

Wohin der Hase läuft, das wurde durch Regierungsbildung, Regierungserklärung und die ersten Maßnahmen der Regierung klar: das alles spricht eine deutliche Sprache.

Die Regierungsbildung

In der Brandt-Regierung hatten die „linken", ideenreichen Technokraten das große Wort; das Schmidt-Kabinett ist von ihnen gesäubert (mit Ausnahme von erst Eppler, dann Bahr). Im Kabinett dominiert jetzt die rechte SPD-Fraktion, die Kanalarbeiter: sie alle sind Bürokraten, Polithandwerker, die eng an Schmidts Diktum gebunden bleiben werden. Der wichtigste Mann dabei Finanzminister Apel.

Wichtig ist die große Zahl der ehemaligen Gewerkschafter im Kabinett: neben Leber und Arendt jetzt Gscheidle (Verkehr), Ravens (Städtebau), Matthöfer (Forschung), Rohde (Bildung), Ruhnau (Staatssekretär bei Gscheidle). Sie alle sind – mit Ausnahme von Matthöfer – erklärt rechte Gewerkschafter gewesen. Das ist aber nicht das Entscheidende; entscheidend ist vielmehr die Funktion, die ihnen im neuen Kabinett zugedacht ist: ihre Repräsentanten sind der Versuch der herrschenden SPD aus, die Gewerkschaften so eng wie möglich an die Regierung zu binden – oder genauer: sie in die Regierungs**verantwortung** hineinzuziehen, sie direkt am Prozeß der kapitalistischen Planung zu beteiligen. Was das heißt, wird an den Einzelprojekten deutlich:

- Bildungsministerium: Helmut Rohde, früher IG Metall und noch Vorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" (AfA), der rechten Konkurrenzorganisation der Jusos. Er hat die Aufgabe, die hochfliegenden Projekte seines Vorgängers Dohnanyi drastisch zusammenzustreichen; neben der Hochschulreform wird vor allem die Lehrlingsausbildungsreform betroffen sein.
- Verkehrsministerium: Kurt Gscheidle, früher stellvertretender Vorsitzender der Postgewerkschaft. Er hat die Aufgabe, die Post zu sanieren. Er, der Gewerkschafter, kündet jetzt schon offen an, was sein Vorgänger Ehmke noch nicht so über die Lippen brachte: daß das nur auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten gehen wird – und die Gewerkschaft hat ja Erfahrung darin, wie man sowas macht. Gscheidle z. B. auf die Frage, wie man mit der Arbeitszeitverkürzung von 42 auf 40 Stunden klarkommen wolle: „Es muß . . 4,8 % mehr Leistung des einzelnen zusätzlich erbracht werden. Das ist eine ganz einfache Rechnung." (Bild, 27.6.74) Assistiert wird Gscheidle von dem ehemaligen Hamburger IGM-Bevollmächtigten Ruhnau, der später Polizeisenator in Hamburg war!
- Forschungsministerium: Hans Matthöfer, früher IGM. er hat die Aufgabe, von kostspieligen auf „am gesellschaftlichen Bedarf" orientierten Forschungsvorhaben umzustellen. Das wichtigste dieser Vorhaben dürfte die ökonomische Umstrukturierung sein – auch hier ein Gewerkschafter am richtigen Platz. Der „linke" Metaller Matthöfer sagte: „Die Forschung erstreckt sich . . . auch auf Gebiete wie die Gesundheitsforschung, Biologie, Ökologie, Verkehrssysteme oder soziale Probleme wie Humanisierung der Arbeitswelt und Städtebau." Was das heißt kann man ahnen, wenn man sich daran erinnert, daß „linke" Gewerkschafter, die ebenfalls von der „Humanisierung der Arbeit" faselten, verantwortlich waren für die brutalsten Methoden der Mehrwertausquetschung wie Arbeitsplatzbewertung, Refa-System etc.

An der Ausarbeitung des kapitalistischen Plans gegen die Arbeiter mitzuarbeiten – dazu sind ehemalige Gewerkschafter sicher berufene Schweine, und hier liegt die eine Funktion von Gewerkschaftern in der Regierung. Bei der zweiten aber ist es schwieriger: Gewerkschafter in der Regierung bedeutet auch, daß in Zukunft solche Pannen wie die letzte ÖTV-Tarifrunde vermieden werden sollen, daß Gewerkschafter in der Regierung Garanten des sozialen Friedens werden sollen. Schmidt hat auch schon gesagt, er verspreche sich daher viel für die kommenden Tarifrunden. Diese Rechnung Schmidts wird mit Sicherheit nicht aufgehen: Schmidt hat versucht, die Bewegung der Arbeiter dort zu binden, wo sie **scheinbar** organisatorisch greifbar ist: bei den Gewerkschaften. Der Arbeiterkampf hat aber heute schon eine Realität außerhalb der Gewerkschaften.

Das Machbare: die konstante Inflation

Das Regierungsprogramm steht unter der Parole „Kontinuität und Konzentration"; gemeint ist nur die Konzentration. Das heißt: den Massen klarmachen, daß aus den meisten der versprochenen Reformen nun endlich nichts wird (das Wort „Reform" wird allmählich zum Schimpfwort); **offen** auszusprechen, daß mehr gearbeitet werden muß ohne daß es dafür mehr Geld gibt. Gegen den eventuellen Widerstand des Kabinetts werden von Schmidt und Apel rigoros die Etats der Ministerien gekürzt: Verkehr, Bildung, Forschung, Wohnungsbau, Familie, Landwirtschaft, Entwicklungshilfe.

Nur zwei Reformen wird es überhaupt noch geben: das kostenlose Mitbestimmungsgesetz und



die Steuerreform. Die Steuerreform ist erstens eindeutig ein Wahlgeschenk und ein Tarifrunden-Besänftigungsmittel. Und zweitens wird sie – falls sie noch durchkommen sollen die versprochenen Verbesserungen nicht bringen. Einmal holt sie nur nach, denn seit 68 sind die Löhne und Gehälter um das Doppelte gestiegen (abgesehen von der Inflation!), die Einkommenssteuer aber um das Dreieinhalbfache; und dann werden die Steuern wegen des Verhältnisses von Inflation und Progression bald wieder steigen – und zwar besonders für die unteren Einkommensgruppen!



Konzentration auf das „Machbare" heißt also: Abkehr von allen Reformen, die im Interesse der arbeitenden Bevölkerung sind, Abkehr von der Ideologie der Veränderung der Gesellschaft. Im Vordergrund stehen stattdessen eindeutig die Interessen der Unternehmer und die ökonomischen Gesamtinteressen der BRD: der **Umstrukturierungsprozeß** und das strikte Interesse der Regierung an „finanzieller Stabilität", der alle anderen Ziele untergeordnet werden; trotz Krise und Inflation diese „Stabilität" in der BRD wiederherstellen.

Die europäische Krise

Die Außenpolitik dieser Regierung wird deutlicher als je zuvor Wirtschaftspolitik sein. Sehr geringe Bedeutung hat daher die Ostpolitik, fast alle Verantwortlichen der Brandt-Regierung sind daher abgeschoben. Schmidt definiert sich viel eindeutiger als sein Vorgänger zum westlichen Bündnis, d. h. zu den imperialistischen Aufgaben der BRD. Der „Atlantiker" Schmidt hat klare Vorstellungen über das Bündnis mit der USA und eine klare Position zur EG:

- Schmidt weiß, daß die westdeutsche Bourgeoisie, die zwar relativ stark ist, dann keine Chance in der Zukunft hat, wenn sie nicht im festen Bündnis mit der imperialistischen Hauptmacht, der USA steht. In diesem Zusammenhang war die NATO-Konferenz von Ottawa von Bedeutung, in der klarer als bisher (und nicht nur militärisch) der Wille zu einheitlichen und abgestimmten Entscheidungen zwischen Europa und den USA betont wurde.
- Schmidts Position zur Europa-Politik hat nichts mehr mit irgendwelchen Phantasien über eine politische Einheit Europa zu tun; seine Position zu Europa ist eine zur europäischen Krise: es kommt darauf an, scheinbare Ordnung in das ökonomische Chaos von Gesamteuropa zu bringen. Die politischen Europaentscheidungen sind ökonomisch begründet: die ökonomische Vorrangstellung der BRD muß bewußt und hart in die Waagschale geworfen werden; also entschlossenes Bündnis mit dem Reaktionär Giscard d'Estaing, Distanz zum maroden England, Distanz zum zerrütteten Italien. Schmidt tritt z. B. dafür ein, auf europäischer Ebene die Frage der defizitären Handelsbilanz Italiens zu diskutieren: ob es politisch sinnvoll ist, sie weiter zu stützen oder nicht.
- Ebenso wird die Regierung (und das ist ein Teil der Umstrukturierungsprogramms) verstärkt versuchen, ihre ökonomischen, imperialistischen Interessen außerhalb von Europa durchzusetzen und zu verankern. Hierhin gehören die Verhandlungen von Wirtschaftsminister Friedrichs mit dem persischen Schah im Frühjahr dieses Jahres; und hierhin gehören auch die Verhandlungen des ägyptischen Außenministers Fahmi mit Außenminister Genscher, bei denen 500 Millionen DM zugesagt wurden. Es geht dabei darum, politisch gezielt in einigen der unterentwickelten Länder dazu beizutragen, dort eine relativ selbständige ökonomische Infrastruktur aufzubauen, in der die BRD-Bourgeoisie angemessen vertreten ist. Das ist die neue Form von „Entwicklungshilfe", der gegenüber Eppler kapitulieren mußte.

Schmidt – ein Macher?

Alle bürgerlichen Zeitungen sind entzückt über den autoritären Drive dieser Macher-Regierung: endlich ein Mann, der Ordnung in den Laden bringt! Dieser Schein trügt. Die Schmidt-Regierung ist in Wirklichkeit von dem gleichen Dilemma gekennzeichnet wie jeder herrschende Sozialdemokratismus. Schmidt hat klarer und weitsichtiger als sein Vorgänger ein langfristiges Konzept kapitalistischer Planung, ausgerichtet auf das Bündnis mit den USA, auf die ökonomische Einheit Europa und auf imperialistische Kapitalplanung. Wie jede sozialdemokratische Regierung wird aber auch diese Regierung sehr schnell in ihr unauflösliches Dilemma geraten: daß die Voraussetzungen dieser langfristigen Politik an der Basis, bei der arbeitenden Bevölkerung der BRD nicht durchzusetzen sind; da helfen auch die forschesten Sprüche nichts. Denn die Politik der langfristigen ökonomischen Planung bedeutet heute hier in der BRD: harte Repression gegenüber der arbeitenden Bevölkerung, ökonomisch und politisch, durch Tarifverhandlungen und Knüppel. Diese Politik wird heute aber weniger denn je durchsetzbar sein; der Fehler des dummen Machers Schmidt besteht darin, daß er in seinem Konzept mit der Arbeiterklasse genauso umspringen will wie mit seinen Ministern und Staatssekretären. Schmidt will auf der einen Seite langfristige kapitalistische Politik machen (und dazu sind in der Tat nur Sozialdemokraten in der Lage) – und er glaubt auf der anderen Seite, er könne auf die Massenlegitimationsbasis der SPD verzichten. Die politische Bedeutung der SPD für die Bourgeoisie kommt daher, daß die SPD **einerseits** Kapitalpolitik macht – **andrerseits** aber immer auf linke Bewegungen, Massenbedürfnisse nach Veränderungen angewiesen ist und sie auch ausdrücken muß. Schmidt will nur das erste – und trägt damit weiter dazu bei, daß sich Massenloyalitäten von der SPD lösen; er trägt anders dazu bei als sein Vorgänger Brandt, aber trägt dazu bei.

Auf Massenebene hat sich dieser Widerspruch bisher noch nicht offen gezeigt – wohl aber schon seine parteibezogene und parlamentarische Vorform und Verzerrung: immer offener bildet sich innerhalb der SPD (und keineswegs auf die Jusos beschränkt) eine Fronde gegen die Schmidt-Regierung; auch Epplers – wohlüberlegter – Rücktritt gehört hierher. Eine Fronde, die begriffen hat, daß die SPD in Zukunft keine Chance haben kann, wenn sie auf die Bindung von Massenloyalitäten gänzlich verzichtet; und die als Lösung keine andere Politik entwickeln kann als die, mit der die Brandt-Regierung schon einmal gescheitert ist.

AK-Redaktionskollektiv

ZUR JUGENDZENTRUMSBEWEGUNG

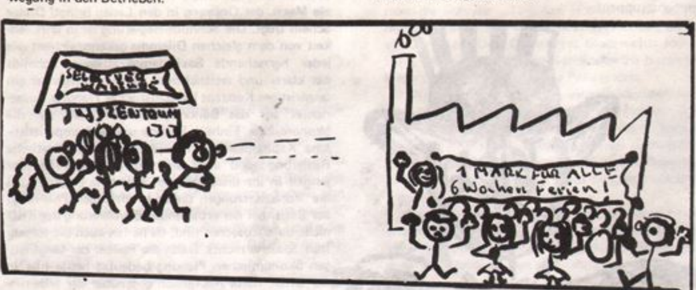
Allein hier in der WWA sind etliche Erlebnisberichte bzw. Einschätzungen von Jugendzentrumsaktionen aus Rüsselsheim, Offenbach, Dortmund, Fulda und so weiter erschienen; der letzte Bericht hieß dann „Ende eines Jugend**zentrums**" (Osnabrück). Ansonsten kriegt man so verstreute Informationen aus der Presse oder von einzelnen Genossen: da besetzt, dort geräumt, in Dingsbums ist das Jugendhaus auch im Arsch, in der Kornstr. solls ja ganz gut laufen, in Fechenheim auch. In Berlin im Wedding ist es offensichtlich mit der **Putte** so gut gelaufen, daß die SPD sich auf ihren traditionsreichen Terrorismus besann: mit riesigem Bullenaufgebot wird die Putte am hellichten Tag geräumt, trotz breiter Solidarisierung von Liberalen und Bevölkerung, ohne daß irgendein profitabler Plan für das jetzt brachliegende Grundstück besteht. Zurück bleiben ich weiß nicht wieviel dufte, stockwütende Genossen. Leider tun auch sie nicht veröffentlichen, was in der Putte alles abgegangen ist, warum die Putte so gefährlich wurde für den Senat.

Denn das ist das eine Problem: All die Initiativgruppen und Jugendhausaktionen bleiben in ihrem lokalen Aktions- und Frustradius beschränkt, bestenfalls schreibt man noch andere Gruppen an: Wie macht ihr das denn? Welches Modell? Dabei ist die Jugenzentrumsbewegung eine bundesweite, von der Metropole bis ins kleine Provinsznest rein breit gestreut mit Machtauseinandersetzung zwischen der militanten Jugend und der (SPD) Stadtverwaltung.

Die Jzbw läßt sich schlecht denken ohne die Studentenbewegung und die Hausbesetzungen. Radikal ist die Forderung nach Selbstbestimmung, Selbstverwaltung; ebenso die Durchsetzung dieser Forderung mittels Demonstrationen, Hausbesetzungen, Bullenkloppereien, Pinselaktionen, Go-ins. Emanzipationsansprüche nach freier Kommunikation werden formuliert und die normalen Konsummethoden kritisiert. Alle möglichen Gruppen und Parteilein, die sich nach und nach aufgrund der Studentenbewegung entwickelt haben, nehmen an der Bewegung teil, haben ihren Führungsanspruch, viele Initiativen, haben das politische Bewußtsein.



Dann entwickelte sich die Jugendzentrumsbewegung gleichzeitig, ohne daß man bewußte oder überhaupt praktische Beziehungen feststellen kann, gleichzeitig mit einer zum Teil militanten Streikbewegung in den Betrieben.



Das heißt, die Jzbw ist eine massenhafte politische Angelegenheit und muß entsprechend analysiert und interpretiert werden, auch und gerade weil soviele Jugendhäuser kaputtgehen, an den „Inneren Widersprüchen" der sehr gemischten Jugendlichen, und vor allem an der **Repression des Staates.** Denn, wie man spätestens nach dem Info-Dienst vom 8. 4. sehen kann (in Berlin zweimal geräumt, in Hannover, Wuppertal direkte Repressionen, in Frankfurt Bullenattacken und sonstwo), lernt der Klassenfeind mal wieder schneller als wir. Der hat scheints begriffen, daß sich da eine Art proletarischer Aneignung vollzieht, die es mit allen Mitteln zu unterdrücken gilt. Die vielen Jugendhausbesetzungen bzw. -Verteidigungen sind nicht nur Sozialrevolutionär wegen der schieren Besetzung, sondern einmal, weil das überall geschieht, und dann wegen der bewußten Auseinandersetzung zwischen den Bedürfnissen der proletarischen Jugendlichen, die dabei vor dem Privateigentum nicht haltmacht, und dem schweinischen Profitinteresse und der Unterdrückungs- und Ordnungssucht der verschiedenen kapitalistischen Organisationen (Stadtverwaltung, Bauindustrie, Banken, Presse, Polizei). Und so wählen unsere Herren raffinierte Formen der Machtpolitik. Je nachdem macht der Magistrat schnell, halbe Zugeständnisse. Er meidet öffentliche Auseinandersetzungen bzw. schickt nur noch seine Deppen. Er unterstützt die ansonsten ungeliebten Jusos oder andere Revis, und spaltet, spaltet. Und bei Besetzungen kommen mittlerweile sehr schnell die Bullen, manchmal auch als Klempner (s. Hannover). Vor Jahresfrist kamen da erst noch der Jugendpfleger, der halbe Magistrat und sowas.

Das andere Problem ist die Diskussion, die Verallgemeinerung der gemeinsamen Inhalte der vereinzelten, in sich selbst bornierten und frustrierten Jugendhausinitiativen. Ich will hier nur ein paar Dinger anreißen, die wohl alle Genossen in den verschiedenen Gruppen und Städten als Problem und eben nur als vereinzelte Erfahrung drauf haben. Über diese und andere Punkte müßte eine Diskussion zwischen interessierten Gruppen laufen mit dem Ziel einer politischen Einschätzung und Perspektive der Bewegung.

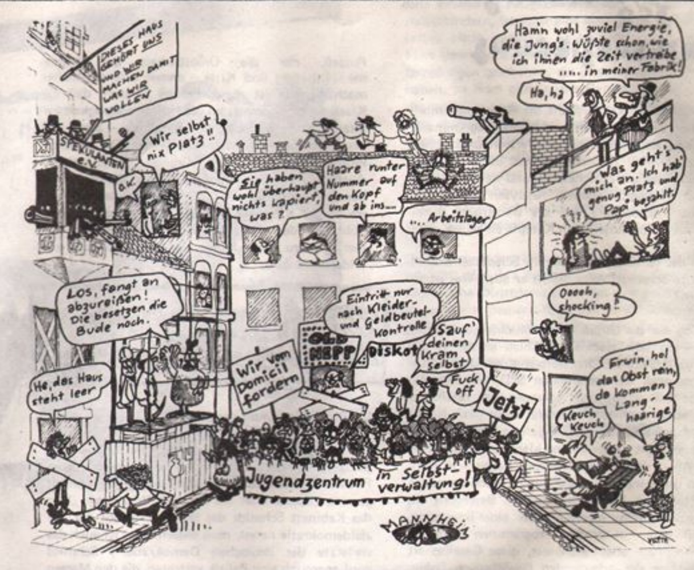
Zusammensetzung: Organisierende Initiative bilden immer linke politische Gruppen. Die Jusos, DKP/SDAJ, die M/LS, Spontis und solche. zähesten, engagiertesten sind dabei solche Revigruppen, die sich von einer derartigen Jugendarbeit nebenbei eine Perspektive als Berufsjugendlicher, als Sozialarbeiter und ähnliches, versprechen. Wo solche Gruppen dominieren, wird auch am meisten verhandelt, läuft die alte miese Politik ab, werden die Bedürfnisse der Jugendlichen zu Interessen der Verteilungspolitiker.

Dabei wird diese Bewegung getragen von Schülern, Lehrlingen, jungen Arbeitern, Freaks und sonstigen Ausgeflippten. Die Emigranten fallen wohl überall praktisch raus.

Die Gemeinsamkeit dieser zusammengewürfelten Bewegung kommt aus der von allen erfahrenen Unterdrückung in den verschiedenen Lebenszusammenhängen und richten sich offensiv gegen den Sachwalter dieser Unterdrückung – die Stadt, mit der Forderung nach einem „Freiraum", nach Selbstbestimmung, und diese Stadt, die alles beherrscht, daß ist dann der Magistrat, das sind die gewählten Vertreter, meist gerade Sozialdemokraten, die die riesigen Gelder verschleudern, die die Bullen holen und räumen lassen. Die sich auf Forderungen gar nicht erst einlassen; die immer wieder verhandeln, verzögern; die Gelder sperren; die die Presse beliebig benutzen.

Die Rolle der Avantgarden: In diesem Zusammenhang sind die linksradikalen Gruppen eine theoretische und vor allem praktische Avantgarde; sowohl in der Interpretation der einzelnen Schritte zur Durchsetzung der Forderungen als in der Aktion (Besetzung, Go-in ins F[illegible]aus, öffentliche Veranstaltungen) und in dem praktischen Zeugs (Flugblättermachen, fest organisieren, kontinuierliche Diskussion erreichen) formulierten in Rüsselsheim die RK-Genossen die radikale Perspektive, und praktisch alle Gruppen zogen mehr oder weniger mit. Welche Gruppen sind denn in Hannover, Bielefeld, Dortmund, Hamburg, B[illegible]en, Tübingen, natürlich Berlin die Aktionsavantgarden? Die Fähigkeit der linken Gruppen, kontroverse politische „Linien" mit den Jugendlichen Massen, den 30, 50, 200, gemeinsam auszutragen und in bewußte Aktionen gegen die Stadt und die Verhandlerei umzusetzen, ist entscheidend dafür, ob die radikale Forderung materiell erfolgreich wird.

Am Beispiel der Verhandlung: wir fordern Verhandlungen mit der Stadt bzw. deren Managern im Bewußtsein des „Doppelcharakters der Verhandlung": wir verhandeln nicht auf der Tauschebene (gleichsam als stünden sich die „zwei Parteien", seis noch so giftig, als zwei Besitzer gegenüber; der eine als Besitzer von Finanz- und Entscheidungsmitteln, der andere als Besitzer von demokratischem Zeugs, von Recht, Kritik, öffentlicher Meinung), sondern benutzen sie. Die Verhandlung, weil öffentlich gemacht, wird eine Form linksradikaler Agitation; wir zeigen, daß es hier um gegensätzliche Macht geht, worauf diese Macht beruht, wie sie sich in diesen Masken/Personen ausdrückt; und zeigen, daß man nur im zentralen Angriff auf diese Macht selbst Macht besitzt und dann auf der Verhandlungsebene was für seine Bedürfnisse rausholen kann. Und da unterscheiden sich die verschiedenen Gruppen deutlich. Oder: wir machen Aktionen, um richtige Inhalte radikal durchzusetzen. Aus der nicht erfüllten Jugendhausforderung folgt logisch die Besetzung; die verweigerten, privatisierten Verhandlungen werden mit Go-in erzwungen, öffentlich gemacht. Aus dem Hearing der Stadt zur bevorstehenden Eröffnung des Jugendhauses wird ein Tribunal gegen diesen anwesenden Sozialausschuß, der klassich zusammengesetzt ist aus Opel, Bauindustrie (CDU-Chef), SPD-Regenten und Juso-Chef. Verbinden die MLs den Kampf meist mit allumfassender politischer Kapitalismuskritik und Organisierungsangebot, so verpassen die Spontis halt die Politisierung nach der erfolgreichen Mobilisierung um 'ne „konkrete Sache".



Rocker und Fixer: Die sind bei den meisten Jugendhausgeschichten dabei und richten die Bewegung und sich selbst eher zugrunde als das sie militant gegen ihre „Unterdrücker" kämpfen. Die Rocker sind mit ihrem „Haß auf die kapitalistische Arbeit" leider gar nicht haßerfüllt gegen ihre Vorgesetzten bei der Arbeit (wenn sie arbeiten); ihre Selbstorganisationsformen sind, jedenfalls hier in Rüsselsheim, alles andere als proletarisch (– kämpferisch, s. den PF-Artikel in Nr. 4), sondern Frühkapitalistisch-Feudal wie die Sippe, gegen ihren Rassismus, gegen die Sucht (nach Rauschgift, Alkohol oder Stoff), muß ma[illegible]ich militant zur Wehr setzen, was wir nicht fe[illegible]gebracht haben. Aber mit Auf-Maul-hauen ist es nicht getan. Und wenn wir mehr als Resozialisierungsarbeit machen wollen, müssen wir zumindest das Geschäft der Resozialisierung beherrschen, d. h. zusammen mit diesen „Randgruppen" gegen die entsprechenden sozialen Institutionen angehen[illegible]ktuell bleibt uns nur die traurige Feststellung, [illegible]ige faschistische Typen studiert und erlitten zu haben (drei sitzen jetzt in Knast wegen Totschlags und Raub an einem Gelegenheitsarbeiter).

Zusammen feiern, zusammen reden . . .

Was am Beispiel dieser beiden kaputtesten jugendlichen Gruppen deutlich wird, ist im Grunde genommen überhaupt nicht die Schlagseite der ganzen Jugendhausbewegung: das Mißverhältnis von sehr systemfeindlicher Aktion und Zielsetzung (Besetzung, Selbstverwaltung, zusammen leben . . .) und der abgeschlafften Scene in den allermeisten bestehenden, erkämpften Jugendhäusern. Weder übertragen die Lehrlinge, Schüler ihre Kampferfahrungen aus den Jugendhausaktionen auf ihre Ausbildungs- und Lebenssituation, noch sind die linken (die noch am ehsten), jedenfalls die linksradikalen Gruppen in der Lage, die vielfältigen, individuellen politischen Bedürfnisse der Jugendlichen zu organisieren. Die Streichung von zigtausend Lehrstellen in diesem Jahr gehört ebenso zu den Inhalten des Jugendhauskampfes wie die breite Repression von Bullen und Behörden gegen viele Jugendhäuser.

Dequalifikation und direkte Repression der Jugendlichen sind eine klare Antwort des Kapitals auf die massenhaften Angriffe der Jugendlichen auf die kapitalistische Organisation ihres Lebens. Darüber, z. B., sich zu unterhalten und über die Erfahrungen der wenigen funktionierenden oder gut funktioniert habenden (Putte in Berlin) Jugendhäuser, bietet wohl eher eine politische Perspektive als sich ewig zu wundern und zu mystifizieren, warum die Lehrlingsgruppe oder die Schülergruppe oder die Arbeitsgruppe XY nicht läuft; oder warum man bestenfalls dufte zusammen tanzen, kiffen, saufen und sowas kann (bei uns nicht mal mehr das).

Ein Genosse aus Rüsselsheim





ARBEITERAUTONOMIE!?

Die Genossen von „Lotta continua" haben in ihrem Buch: „Arbeiterautonomie in Westdeutschland" einen der wenigen Versuche unternommen, eine politische Analyse der westdeutschen Arbeiterbewegung nach dem Krieg und eine Einschätzung der politischen Bedeutung der Streikbewegung von 1973 durchzuführen, ohne in den sattsam bekannten Schlagworten der Parteiaufbauer stecken zu bleiben. Wir hatten ursprünglich geplant, eine Auseinandersetzung mit den Thesen dieses Buches zu schreiben: herauszuarbeiten, was wir richtig und wichtig darin finden und vor allem darauf einzugehen, welche Kritik wir daran haben. Aber wir haben dies nicht geschafft, weil wir bei der Diskussion darüber bei der Frage hängen geblieben sind: „Was heißt eigentlich „Arbeiterautonomie" und was bedeutet es, die „Autonomie" der Kämpfe in den Mittelpunkt politischer Praxis zu stellen? " – und weil wir diese Frage wichtig genug finden, darauf einmal näher einzugehen:

In dem Buch der lotta wird zunächst einmal deutlich, was die italienischen Genossen unter „Arbeiterautonomie" verstehen:, „das heißt, daß sich der Kampf der Arbeiterklasse nicht mehr umbiegen und „umfunktionieren" läßt, so daß er in der einen oder anderen Weise letztlich zum Motor der kapitalistischen Entwicklung und Ansporn zu einer Rationalisierung wird. Autonom ist der Kampf der Arbeiterklasse, sobald er objektiv – und nicht bloß im Bewußtsein oder in der Absicht der Klasse – gegen den kapitalistischen Entwicklungsmechanismus geht".


[redacted]

„Autonomie" ist also inhaltlich bestimmt: die Verweigerung der Arbeiterklasse, sich den Verwertungsinteressen des Kapitals zu unterwerfen, seinem „Plan" einer für die Profitsteigerung günstigen gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung entgegenzutreten.

Erst in zweiter Hinsicht und als notwendige Folge daraus ergibt sich der organisatorische Aspekt der „Autonomie": nämlich daß die Arbeiterbewegung, die in ihren Kämpfen autonome Kampfinhalte zum Ausdruck bringt, gezwungen sein wird, sich von den gewerkschaftlichen, institutionellen Organisations- und Kampfformen zu lösen: gerade weil diese eben als bürgerliche Garanten des „sozialen Friedens" solche Inhalte nicht aufnehmen können bzw. immer deutlicher in Widerspruch zu ihnen geraten, je konsequenter sie von den Arbeitern formuliert und im Kampf aufgestellt werden.

Lotta sagt:„Aus diesen Inhalten (gegen analyt. Arbeitsplatzbewertung im Mannesmann-Streik 1973) erwächst auch die Fähigkeit der Arbeiter, neue und radikale Kampfformen zu erfinden und anzuwenden (hier: Besetzung des Profilwalzwerks) und auch den gewerkschaftlichen Strukturen gegenüber ein anderes Verhältnis aufzubauen." (S. 61)

Diese inhaltliche Bestimmung von „Arbeiterautonomie" ist keineswegs so selbstverständlich in der politischen Diskussion der linken Gruppen in Deutschland. Ein alter Hut ist es lediglich, daß vor allem Gruppen wie der RK, Arbeitersache, Arbeiterkampf u. a. sich seit Jahren auf dieses Wort „Autonomie" berufen. Das Problem ist aber, daß wir in der Vergangenheit oftmals damit nicht viel praktisch anfangen konnten. Das hatte zum einen seinen objektiven Grund im Stand der Klassenauseinandersetzungen in der Bundesrepublik, zum anderen aber darin, daß wir wohl zum Teil auch mißverstanden, was unter „Autonomie" zu verstehen ist.

Als wir (in der Gruppe „Revolutionärer Kampf" in Frankfurt) vor 4 Jahren begannen, die Vorstellungen und Praxis der traditionellen, M-L Parteiaufbaugruppen nicht nur zu kritisieren, sondern ihnen auch eine alternative politische Praxis entgegenzusetzen, waren für uns die Erfahrungen der Klassenkämpfe in Italien, insb. der Fiatkämpfe von 1969 wesentliche politische Bezugspunkte (- und nicht die Kämpfe von 1920!) Entscheidend war für uns damals die Einsicht, daß diese Kämpfe der Massenarbeiter bei Fiat nicht mehr nach dem traditionellen Schema der Trennung von wirtschaftlichem und politischen Kampf zu interpretieren sind, sondern daß diese Kämpfe gegen die kapitalistische Arbeitsorganisation, gegen die Hierarchie, gegen die Lohnspaltung, gegen die kapitalistische Bindung der Lohnhöhe an die „Leistung" (für den Profit der Kapitalisten) „wirtschaftlich" und „politisch" zugleich sind: daß sie die autonomen Bedürfnisse und Interessen der Arbeiter gegen die Interessen der Kapitalisten zum Ausdruck bringen. Wichtig war die Überlegung, daß diese „neue Qualität" autonomer Fabrikkämpfe nicht zufällig, sondern die konsequente Antwort der Arbeiter war auf die vom Kapitalismus selber erst geschichtlich immer vollkommener entwickelten Gegebenheiten: immer nervtötender Arbeitsorganisation, immer engerer Zusammenhang von staatlicher Planung aller Lebensbereiche und kapitalisticher Produktion. Das bedeutete die Kritik an den altem Schema: den sog. „wirtschaftlichen" Kampf der Arbeiter durch die Agitation der schlauen Partei der Arbeiterklasse zu „politisieren" und ihm erst dadurch seine „politische Stoßrichtung" zu geben. Vielmehr kommt es darauf an, daß die Arbeiter sich befähigen, in **ihrem** Kampf **ihre** Macht zu stärken und damit den kapitalistischen Unternehmer und den kapitalistischen Staat in eine wirtschaftliche und politische Krise zu stürzen. Der Bezug auf die Arbeiterautonomie bedeutete: sich auf die realen Probleme der Kämpfe, sich auf die Bedürfnisse der Arbeiter zu beziehen, die gegen die kapitalistische Verwaltung ihrer Arbeitskraft und ihres ganzen Lebens gerichtet sind. Wir hatten begriffen, daß nicht irgendwelche abstrakten Parolen gegen den Kapitalismus und seine Ausbeutung die Kämpfe vorantreiben und daß die Stärke des revolutionären Kampfes nicht vor allem an der Stärke der „Partei der Arbeiterklasse", in der sich die Arbeiter gefälligst organisieren sollen, zu messen ist. Auf Grund ihrer Trennung vom „bloß" wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter und dem „politischen" Kampf, der nur von der Partei geführt werden könne, müssen alle solche Parteien ein taktisches Verhältnis zu den Kämpfen der Arbeiter und zu den Bedürfnissen der Arbeiter entwickeln, was sich dann folgerichtig in der Bevormundung der Arbeiter durch die Partei verlängert. Diese traditionellen Vorstellungen zu kritisieren, darin lag (und liegt) die Bedeutung der politischen Erfahrungen der italienischen Klassenkämpfe und des dort zu Tage getretenen Zusammenhangs von Klassenkampf und Arbeiterautonomie. Natürlich sind damit die vielen alltäglichen praktischen und theoretischen Probleme noch nicht gelöst, es war (und ist) aber der Ausgangspunkt, von dem aus diese Probleme angegangen werden können. Praktisch hieß dies für uns damals: wir schauten uns an, in welchen Parolen die autonomen Bedürfnisse der Arbeiter im Kampf ihren Ausdruck gefunden hatten, und wir griffen diese Parolen in unserer Betriebspolitik auf. Das war also vor 4 Jahren.



Nach einiger Zeit praktischer Erfahrungen begannen wir eine Selbstkritik zu leisten: wir hatten die Parolen der italienischen Kämpfe aufgegriffen und in die Fabrik getragen – aber (natürlich) hatten sich deswegen nicht Kämpfe derselben Qualität und desselben Ausmaßes entwickelt. Wir erkannten, daß wir einer Illusion verfallen waren. Wir sagten in unserer Selbstkritik gegenüber dieser „italienischen Illusion":

Wir müssen lernen, die spezifischen deutschen Verhältnisse einzuschätzen, die ökonomischen und die politischen, die spezifische Lage der Arbeiterklasse in Deutschland und ihre politische Geschichte und Erfahrung – ihren Reformismus – ,usw. usw. Und wir müssen daran, also an den **in Deutschland** sich stellenden praktischen Problemen und Schwierigkeiten unsere Politik ausrichten – und nicht einfach die in den Massenkämpfen in Italien entwickelte Linie der politischen Intervention „abstrakt" übernehmen. Das war vor etwa zwei Jahren.



Dies bedeutete keine Zurücknahme unserer Kritik an den Parteiaufbauern: wir hielten richtigerweise daran fest, „Massenarbeit" machen zu wollen statt die Partei aufzubauen uns auf die „Autonomie der Arbeiterklasse" statt auf zumindest veraltete Schemas traditioneller kommunistischer Politik und ihren Führungsanspruch zu beziehen. Nur: bei den praktischen Problemen im Betrieb half diese prinzipielle Position oftmals nicht viel weiter – bzw. noch schlimmer: gerade bei dem Versuch, unsere Politik stärker an der Klassenrealität in Deutschland auszurichten (Verhältnis zur Gewerkschaft im Betrieb, zu den Vertrauensleuten, Kampfformen der dt. Arbeiterklasse und ihr Reformismus – Agitation vor dem Tor und auf der Betriebsversammlung usw.) kamen wir ins Schleudern – der Bezug auf die „Massen" und ihre „Autonomie" wurde ein immer schwammigeres Bekenntnis, immer hilfloser. Wir warfen uns selbst abwechselnd „versteckten Leninismus" oder „reformistisches Versacken" vor. Geholfen hat uns diese Problematisierung allerdings nicht, eher wurde immer unklarer, wie wir unseren politischen Vorstellungen entsprechend im Betrieb praktisch weiterarbeiten konnten. Häuserkampf in Frankfurt und Jugendhausbesetzungen rückten als neue politische Erfahrungen, die Frage nach „unseren Bedürfnissen", nach unseren „Beziehungsproblemen" sowie die „Was-hat-das-eigentlich-mit-mir-zu-tun? "-Frage rückten als neue Problematisierungen in den Mittelpunkt unserer Diskussionen. Das war lange Zeit über, auch vor etwa einem Jahr, Anfang 1973.

Dann kam die Streikbewegung. Wir sahen in den Kämpfen sehr schnell einen politischen Ausdruck einer sich herausbildenden autonomen Bewegung in der Arbeiterklasse, aber gleichzeitig erkannten wir, daß wir durch unsere bisherige politische Praxis keinen oder kaum einen praktischen Bezug zu dieser Bewegung hergestellt hatten. Im Gegenteil: die Kölner Genossen waren im Streik der Ford-Arbeiter hilfloser als jemals zuvor und wir können getrost davon ausgehen, daß es uns (dem RK) nicht viel anders ergangen wäre. Unsere praktische Unfähigkeit, in Rüsselsheim ein politisches Verhältnis zum Streik der Opel-Kollegen in Bochum herzustellen, ist ein Anzeichen dafür gewesen.

Seit dieser Zeit versuchen wir, aus den politischen Erfahrungen dieser Streikbewegung zu lernen. Dabei ist deutlich geworden, daß wir in unserer Selbstkritik vor zwei Jahren auf halbem Weg stecken geblieben sind: wir hatten nicht nur den Fehler gemacht, mechanisch die Parolen der italienischen Klassenkämpfe auf Deutschland zu übertragen, sondern in unseren Köpfen hatte sich gleichzeitig immer mehr die Verkürzung breitgemacht: den sichtbaren Ausdruck der Arbeiterautonomie – Lösung von den reformistischen Gewerkschaften und Militanz der Kämpfe – für deren eigentliche Bestimmung zu halten. Deswegen konnten wir natürlich schlecht Zugang finden zu den Fragen, wie sich autonome Kämpfe in Deutschland entsprechend der konkreten Bedingungen **entwickeln** können, in **welchen Prozessen** sie sich von der gewerkschaftlichen reformistischen Umklammerung lösen müssen, in welchem im Einzelnen sehr **spezifischen Formen und Kampfinhalten** dieser Prozeß zum Ausdruck kommt. Wir neigten im RK immer mehr dazu, „Autonomie" in erster Linie organisatorisch zu verstehen: Etwas überspitzt platt formuliert nach dem Motto: wenn die „Massen" ohne bzw. gegen die Gewerkschaften kämpfen. (vgl. Hösch-Artikel in der WWA 1) was dann konsequent zu einer abstrakten Position gegenüber den Gewerkschaften, Vertrauensleuten usw. verleitet, bzw. uns notwendig in dem Augenblick ins Schleudern brachte, als wir diese abstrakte Position praktisch aufzulösen begannen.

(Zwei kurze Anmerkungen dazu: wenn jetzt einer kommt und behauptet, das wäre **ihm** schon immer klar gewesen, dann mag dies ja stimmen, nur: war es nicht kollektiv in der Diskussion der Gruppe klar – und wenn einer kommt und sagt, so platt und einseitig haben wir es nie dargestellt, dann stimmt das auch (gerade der Hösch-Artikel ist ein Beispiel auch dafür), nur: diese Widersprüchlichkeit gilt es endlich ganz aufzulösen.)



Nach der Streikbewegung haben wir zwar begonnen, abstrakte Tabus in der Diskussion über „Revolutionäre Betriebsarbeit und Gewerkschaftsopposition" allmählich aufzulösen (vgl. WWA Nr. 15), aber gerade dieses falsche Verständnis von der Arbeiterautonomie ist auch jetzt noch nicht völlig verschwunden. Das Diskussionspapier „Massenaktionen und Gewerkschaftsopposition" (WWA Nr. 15, S. 9) fängt damit an: „ . . . die Inhalte (der Fabrikkämpfe von 1973) waren defensiv . . . aber: daß diese Forderungen unabhängig von traditionellen Gewerkschaftsführungen und Betriebsräten und militant erhoben wurden . . . das macht die Kämpfe zur politischen Offensive der Arbeiter." Hier wird die Beziehung zwischen den Inhalten, die die Kämpfe getragen und die Bewegung erst ermöglicht und ihnen ihre objektive politische Bedeutung gegeben haben, einerseits – und der Militanz und der organisatorischen Selbständigkeit, die nur ein notwendiges Resultat davon und ein wichtiger Ausdruck davon sind, andererseits – gerade wieder auf den Kopf gestellt.



ANKÜNDIGUNG! WICHTIG!
Zur Situation in Italien . . .
Streiks, Hausbesetzungen . . .
Wer trägt diese Aktionen . . .
Bewaffneter Kampf oder Massenlinie . . .
Die Linke und die KP Italiens . . .
Konkrete Aktionsbeschreibungen, Stellungnahmen der linken italienischen Gruppen zu diesen Problemen u. a.
AUGUST NUMMER DER
WIR WOLLEN ALLES
(Italien-Nummer)

Aber nur, wenn wir „Autonomie" inhaltlich begreifen: als die Verweigerung, sich der kapitalistischen Logik unterzuordnen, bleibt der Bezug darauf kein bloß verbaler oder praktisch zufälliger, sondern kann Antworten auf praktische Probleme der politischen Auseinandersetzungen geben. Dazu drei kurze Beispiele:

Unser Verhältnis zu den **bestehenden** linksgewerkschaftlichen Organisationsformen im Betrieb (z. B. die GO-Bewegung) und die Frage des Reformismus braucht nicht mehr abstrakt an dem Problem „in" oder „gegen" die Gewerkschaften abgehandelt zu werden, sondern es entscheidet sich an den Inhalten und an der Frage, wie und wo am besten der Kampf objektiv inhaltlich – autonome Forderungen der Arbeiter unterstützt werden können. Das kann sich historisch ändern, das ist vielleicht sogar bei verschiedenen Betrieben unterschiedlich. Dahinter steht allerdings die These: das reale Aufgreifen von autonomen Kampfinhalten in den Kämpfen bewirkt auch eine organisatorische Loslösung von den Gewerkschaften und neue Kampfformen – und nicht umgekehrt deren abstrakte Propagierung!

Die Frage der Agitation „von außen", das ist ein zweites Beispiel: Unsere Kritik daran ist richtig, nur haben wir diese auch oftmals auf einen organisatorischen Aspekt hin falsch konkretisiert: **wer** eine politische Intervention trägt, ist zwar ganz bestimmt auch ein Problem, aber dieses selbst muß angegangen werden von der Frage nach den Inhalten. Eine politische Intervention ist nicht schon deswegen zu kritisieren, weil sie nicht organisatorisch aus dem Betrieb heraus getragen und von „den" Arbeitern ausgesprochen wird – und sie muß auch nicht schon deswegen notwendig falsch sein – sondern dann, wenn sie ihre Inhalte aus obskuren theoretischen Vorstellungen (und da bieten sich mehrere an) und nicht aus den realen Auseinandersetzungen im Betrieb ableitet. Die DKP – um nur ein klares Beispiel zu nennen – macht ihre Betriebspolitik sicherlich „aus dem Betrieb heraus" und sie wird auch von Arbeitern getragen – und dennoch vertritt sie eine beschissene Politik, die den Kämpfen „äußerlich" bleibt.

Schließlich ist die Frage danach, in welchen Inhalten und Formen sich die Autonomie der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Planung real ausdrückt, eine notwendige Voraussetzung, um hinter den vielfältigen Problemen eines Einzelbetriebs, einer Abteilung usw. eine Perspektive zu erkennen und daran eine bewußte politische Praxis auszurichten. Es gibt nur drei prinzipielle Alternativen:

- entweder man bezieht sich auf die im „Marxismus-Leninismus" festgelegten Schemas, Auslegungsdifferenzen einmal außer acht gelassen;
- oder man schaut relativ kopflos, wo es „Putz" gibt, letztlich als Statisten, die nicht oder nur zufällig fähig sind (und jedenfalls dann nicht, wenn dazu erst bestimmte Bedingungen vorbereitend geschaffen werden müßten), sich mit den realen Kämpfen zu verbinden und ihre Stärkung zu unterstützen –, weil sie immer nur hinterher laufen
- oder man bezieht sich auf die in realen Kämpfen zum Ausdruck gekommenen autonomen Inhalte und Kampfformen, deren Perspektive und Probleme.

Um aber aus den vielen Einzelerscheinungen der Arbeiterkämpfe ihre objektive politische Tendenz herauszuarbeiten; ihre fortgeschrittensten Inhalte und Kampfformen zu beurteilen; zu bestimmen, was nicht Zufall oder Besonderheit, sondern die generelle Tendenz auch der zukünftigen Kämpfe und ihrer Schwierigkeiten sein wird – dazu ist eine historische, materialistische Analyse notwendig. Deswegen ist dieser Versuch von lotta in ihrem Buch kein zufälliges Beiwerk.

Deswegen ist es richtig und wichtig, die deutsche Arbeiterbewegung in ihrem Zusammenhang mit der **internationalen** Entwicklung des Kapitalismus und der Klassenkämpfe und im Zusammenhang der **historischen** Entwicklung in Deutschland, der Notwendigkeiten der kapitalistischen Planung und der objektiv dagegen gerichteten realen Kampfbewegungen zu sehen. Erst aus solch einer Analyse kann die Entscheidung darüber gefällt werden, welche Inhalte und welche Kampfe „Autonomie" ausdrücken. Konkret: Erst daran ist die Bedeutung des Ford-Streiks zu ermessen und zu begründen, nicht bloß, weil es dort sehr heiß zuging. Deswegen ist es auch im Grunde falsch zu sagen: klar, auch aus dem Ford-Streik können wir etwas lernen, so wie aus vielen anderen.

Die Genossen, die nicht wissen, **warum** wir gerade aus dem Fordstreik lernen müssen, werden auch nicht wissen, **was** wir daraus lernen können. Beides ergibt sich zusammenhängend aus der Frage nach der Arbeiterautonomie.

Aus dem Fordstreik lernen heißt dann zweierlei: sowohl inhaltliche Bezugspunkte für die eigene praktische Politik herauszuarbeiten, die nicht „von außen" kommen, sondern aus den fortgeschrittensten Kämpfen der Arbeiter selber, auch wenn sie im konkreten Betrieb, in dem wir arbeiten, von uns angesprochen werden. Und außerdem: an den realen Problemen dieses Streiks zu lernen, denn es werden auch die zukünftigen sein und nur so können wir uns darauf vorbereiten, in Zukunft auf die Gewalt und die List der Kapitalisten bessere Antworten parat zu haben.

Klar, jetzt wird es richtig spannend, wenn man diese allgemeinen Sätze inhaltlich ausführt. Das kommt jetzt nicht mehr. Aber wir meinen, daß diese Auseinandersetzung über den Zusammenhang von Klassenkampf und Arbeiterautonomie ein notwendiger Schritt ist, um solche konkreten Diskussionen überhaupt führen zu können.

Wir haben in diesem Beitrag die Frage von autonomen Bedürfnissen und autonomen Kräften ausschließlich in Bezug auf die **Fabrikkämpfe der Arbeiter** diskutiert. Das ist mit Sicherheit **nur ein** wichtiger Schritt. Wenn man „Autonomie" nicht nur mit „gegen die Gewerkschaft" oder ähnlich organisatorisch gewendet übersetzt, können wir die Frage der „Klassenautonomie" auch außerhalb der Fabrik stellen: Häuserkampf, Mietstreik der Emigranten, Fahrpreiskampf, Jugendhausbewegung, Hochschulbewegung usw.: inwieweit und worin drücken sich in diesen Kämpfen autonome Bedürfnisse aus? In welchen Kampfformen können sie praktisch werden?

Redaktionskollektiv des RK



Betriebsversammlung bei Opel-Rüsselsheim

In der Woche nach dem 17. Juni 1974 erreichen die Produktionsziffern in Rüsselsheim einen neuen Rekord: in beiden Schichten verlassen über 1 300 Wagen die Endmontage (Vergleich zum Vorjahr: in der Hochkonjunktur etwa 1 200 bis 1 250). Am 14. Juni hat mit dem Sieg der BRD über Chile die Fußballweltmeisterschaft richtig begonnen. Die Werksferien in Rüsselsheim fangen am 15. Juli an.

Am 4. Juli fand die traditionelle Betriebsversammlung vor dem Werksurlaub statt. Die Situation in Rüsselsheim ist bestimmt durch Kurzarbeit seit Dezember und gleichzeitig gesteigertes Arbeitstempo. Ende Juni waren erste Gerüchte über eine mögliche Abfindung aufgetaucht, wie sie auch bei VW gezahlt wurde. Betriebsräte, die deshalb gefragt wurden, antworteten, es werde nur über einen Sozialplan verhandelt. Inhalt davon sei, Kollegen über 60 Jahren ohne finanziellen und persönlichen Verlust schon jetzt in den Ruhestand schicken zu können, um den überhöhten Personalbestand abbauen zu können.

Am Dienstag, zwei Tage vor der Betriebsversammlung, kam um 15.00 Uhr durch die Nachrichten, daß doch eine Abfindung zwischen 5 500 und 10 000 DM zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung vereinbart worden war. Im Nu ging die Neuigkeit durch die Fabrik. Die Kollegen rechneten. Abends erschien der Aushang mit den genauen Bedingungen, natürlich auch in den einschlägigen Fremdsprachen.

Am Mittwochmorgen herrscht großes Gedränge vor dem Personalbüro. Hauptsächlich Emigranten kündigen. Am Mittwochnachmittag ist Hauptgesprächsthema das Spiel BRD gegen Polen. Wir gewinnen.

Am Donnerstagmorgen wird der Werkschutz alarmiert, damit es vor dem Personalbüro nicht zu größeren Schlägereien kommt. Es werden Nummern ausgegeben, damit Ordnung in die Kündigungswilligen kommt. Eine Scheibe geht zu Bruch.

Am Nachmittag ist Betriebsversammlung. So, als ob es nur Fußball und Urlaub gibt. Eine lockere Stimmung läßt wie gewohnt die Ausführungen des BR-Vorsitzenden Paul Lorenz über sich ergehen und bedenkt ihn ebenso mit Beifall wie den Vertretern der Geschäftsleitung, Dr. Schlotfeldt, der Trauriges zur Geschäftslage zu sagen weiß.

Zehn Diskussionsredner treten auf. Zwei Betriebsräte toben in unbekannter Radikalität und drohen der Geschäftsleitung. Es geht dabei allerdings um das betriebliche Vorschlagwesen, das besser organisiert werden müßte. Auch der Zustand der Toiletten wird von einem anderen Betriebsrat gebührend gewürdigt. Die Frage der Abfindung ist eine Randerscheinung der Betriebsversammlung.

Ein Angestellter berichtet über die Rausschmißpraxis bei ihnen und über die Hierarchie in den Büros, die jetzt auch für die Angestellten drückender wird und damit bewußt. Die Kollegen hören interessiert zu, Beifall kommt auf, als er, ein Angestellter, das Wort „Arschkriecher" verwendet. Nachdem er und ein Betriebsrat gesprochen haben, verlassen viele Angestellte den Saal. Das Wesentliche der Betriebsversammlung und die Diskussionen, die anschließend in den Büros der Planung und Produktionsleitung geführt werden.

Ein Bericht, daß ein 60jähriger, der jetzt gekündigt habe, vom Arbeitsamt nicht das versprochene Stempelgeld nach 4 Wochen erhält, bevor nicht die Abfindung aufgebraucht sei, erhält entsprechenden Beifall und ein kurzes „Buhh", was das Arbeitsamt betrifft, das nicht zahlen will.

Kollege Lorenz dementiert in seinem Schlußwort erstens diesen Fall, weist zweitens jede Kritik am Personalausschuß in Sachen Entlassungen zurück und gibt drittens den Rat, daß bei schneller werdenden Bandgeschwindigkeiten einen Anruf beim Betriebsrat alles in Ordnung bringen werde. Im übrigen dankt er allen für die sachlich gehaltenen Beiträge.

Die Kollegen – von den anfangs 3 000 Anwesenden sind noch wenige hundert da – ziehen zurück zur Arbeit. Die Versammlung ist leider schon um 5 Uhr beendet. Wir rechnen in unserer Abteilung die Stunden aus, die wir bis zum Urlaub noch schaffen müssen. Die Frage aber, die alle bewegt, heißt: „Wird Deutschland gegen Holland gewinnen?" Die Versammlung der Spanier war kurz nach vier beendet. Eine Resolution für eine gemeinsame Versammlung aller deutschen und ausländischen Arbeiter konnte wegen des Betriebsrates nicht formal abgestimmt werden, wurde von den Kollegen aber einstimmig angenommen. Viele spanische Genossen haben die Kündigungsmöglichkeit angenommen. Sie gehen zurück nach Spanien.

Nach dem Werksurlaub im August kann es beim Opel in Rüsselsheim politisch nur noch aufwärts gehen. Wahrscheinlich wird der Urlaub wieder so beschissen, daß ein guter Haß entsteht, der hoffen läßt.

(Ein Genosse der Opel-Gruppe des RK)

Zielgruppe für Abfindungen: ausl[redacted]

Zu viele wollte[redacted]
Kasse „in den Sa[redacted]

APNA Von unserem Mitarbeiter Walter Gutermuth 6.7.74

• Rüsselsheim/Wolfsburg. — 48 Stunden alt war die Offerte der Adam Opel AG, an 2500 Lohn- und Gehaltsempfänger der Werke Rüsselsheim, Bochum und Kaiserslautern, freiwillig zu kündigen und dafür Abfindungen zwischen 5500 und 10 000 Mark zu kassieren, da mußte die Geschäftsleitung das Experiment stoppen: Das Entlassungs-Soll war übererfüllt, und vor den Personalbüros standen noch immer Belegschaftsmitglieder Schlange, die gegen Kasse „in den Sack hauen" wollten. Der unerwartet starke Run auf die Entlassungspapiere — zuvor schon bei VW beobachtet — hat die Gefahr flautebedingter Massenentlassungen im Herbst erheblich verringert.

● Von den 1231 Leuten in Rüsselsheim und den 900 in Bochum, die bis Freitag gekündigt hatten, sind die meisten in ähnlich glücklicher Lage: Sie haben einen neuen Job fest oder zu 90 Prozent sicher.

● Außer Leuten mit bereits festem neuem Arbeitsplatz waren es zwei andere Gruppen, die das Hauptkontingent der Opelabwanderer stellen: 1. Gastarbeiter, die angesichts der unsicheren Lage in der Automobilbranche nach den Werksferien ohnehin nicht nach Deutschland zurückgekehrt wären; 2. Frauen, die als Doppelverdienerinnen arbeiteten.

● Die gleichen Gruppen ortete VW unter seinen 3500 Prämien-Abwanderern. Im Werk Wolfsburg beispielsweise waren es 1177 Gastarbeiter und 774 Frauen, größtenteils Doppelverdienerinnen mit Ehemann bei VW, die sich Aufhebungsverträge geben ließen.

● Nur Kündigungskandidaten, die nicht sofort einen neuen Job antreten, fielen mitunter „böse auf die Nase". Stolperstein: die „Sperrfrist" für Arbeitslosengeld in Fällen, in denen der Arbeitslose selbst gekündigt hat. Sie beträgt vier Wochen bei normaler Kündigungsfrist, verlängert sich jedoch bei längeren vertraglichen Kündigungsfristen.

● Bei VW gab es deshalb Ärger. Langjährige Mitarbeiter, die Aufhebungsverträge beschlossen und Prämien zwischen 5000 und 10 000 Mark kassiert hatten, mußten bestürzt entdecken, daß ihnen — bei längerer Arbeitslosigkeit — von dem Abfindungsgeld nicht viel blieb.

● In Rüsselsheim hat man, gewarnt durch die Wolfsburger Erfahrungen „Problemfälle" dieser Art erst gar nicht entstehen lassen. Betriebsratsvorsitzender Hahn: „Hier haben wir jeden einzelnen Mann, der kündigen wollte, und noch keinen neuen Job hatte, gewarnt! Da ist keiner rausgegangen, der nicht auf Heller und Pfennig wußte, was ihm unter dem Strich von seiner Prämie bleibt!"

Marseille (PTS/ID)
Marseiller Fabrik unter Selbstverwaltung

3. Juni

Nach einem 2monatigen Streik kehrten die 170 Arbeiter der Hexa-Limbourg Neon-Leuchtschrift-Fabrik zur Arbeit zurück ... Doch dieses Mal kontrollieren sie die Produktion selbst.

Um das finanzielle Problem teilweise beheben zu können, verlegte die Hexa-Limbourg Comp. letzten Herbst ihre Marseiller Außenstelle nach Luynes bei Tours. Die Arbeiter versuchten erfolglos über die Regierung die Erhaltung der sehr modern ausgerüsteten und funktionierenden Fabrik zu erreichen. Nach Uneinigkeiten mit der Führungsspitze begannen die Arbeiter am 1. April mit dem Streik.

Die Arbeiter besetzten die Fabrik und verhinderten, daß die aufgelöst wurde. In der Zwischenzeit überprüfte ein Vermittlungsausschuß die Bankrotterklärung der Compagnie. Anfang Juni folgten die Arbeiter dem Lip-Beispiel und nahmen die Produktion wieder auf. Die Fabrik funktionierte ohne Direktion. Die Arbeiter kontrollierten und zahlten sich die Gehälter aus.

Doch im Gegensatz zu Lip, die gegen den Vermittler kämpfen mußten, übernahmen die Arbeiter von Hexa-Limbourg mit Zustimmung des Vermittlers die Fabrik.

Und währenddessen suchen nun Vermittler und Stadtrat von Marseille einen neuen Boß. Die Arbeiter jedoch sind davon kaum betroffen, ob einer die Fabrik kauft oder nicht, weil sie beschlossen haben, ihren Kampf fortzuführen.



PERON IST TOT · DAS VOLK KEHRT DEM PERONISMUS DEN RÜCKEN ZU

"VAMOS" – GEHEN WIR!

Wir drucken im folgenden den Bericht eines Genossen aus Buenos Aires über die Situation in Argentinien ab. Durch den Tod Perons kommt diesem Bericht aktuelle Bedeutung zu, auch wenn die geschilderten Ereignisse zwei Monate zurückliegen.

Nach Peron der Bürgerkrieg?

Bericht eines Genossen aus Buenos Aires über den 1. Mai 1974

Die Juventud Peronista (J.P. – Peronistische Jugend) hat seit Wochen für diesen ersten Mai mobilisiert. Zum ersten Mal seit seiner Rückkehr wird Peron öffentlich auftreten und vor den Massen sprechen. Diese peronistischen Jugendlichen fühlen sich von Peron getrennt. Sie fühlen, daß er von Bürokraten und Reaktionären umgeben ist, er hat den Kontakt zu den Massen verloren. Die Jugendorganisation will diesen 1. Mai dazu ausnutzen, um Peron zu zeigen, wo die Massen stehen: jedenfalls nicht auf Seiten jener rechten Gewerkschaftsbürokraten, die die eigentlichen Organisatoren dieses „Festes der Arbeit" sind. Die Gewerkschaftsspitze will diesen Tag dazu ausnutzen, die nationale Einheit zu demonstrieren, das Volk soll den Frieden lustig feiern und fröhlich sein, Friede Freude Eierkuchen. Die Jugend will einen Kampftag. „No queremos carnava, asamblea popular" (Wir wollen keinen Karneval, sondern Volksversammlung) – ist einer der Sprüche, die gerufen werden, als vorne auf dem Podium die „Königin der Arbeit" und die „Prinzessin der Arbeit" gekrönt werden. Geplant ist ein klassenversöhnendes Fest, ein friedlicher 1. Mai mitten im Kapitalismus. Um das zu garantieren, fanden seit Wochen Gespräche zwischen Militärs, Polizei, der Gewerkschaftsspitze und Politikern der Regierung statt. Die Stadt glich schon am Vorabend einer belagerten Stadt. Das ganze Stadtzentrum war von Polizeieinheiten gesperrt und für den Autoverkehr nicht mehr passierbar. In allen Zeitungen wurden die Vorbereitungen der 8 000 Polizisten und 2 000 Zivilen für das Fest selbst geschildert. Man befürchtete einerseits Attentate auf Peron – was ein Hirngespinst ist, weil niemand heute daran ein Interesse hat, vom ERP (Ejercito Popular Revolucionario – Revolutionäres Volksheer) bis zum CIA wirklich niemand. Dann befürchtet man – und das schon zu Recht – Auseinandersetzungen zwischen Rechten und den Linken Peronisten. Um das zu verhindern, verbot die Gewerkschaftsspitze Plakate mitzubringen, die die politische Zugehörigkeit ausdrücken. Der Gag dabei ist, daß die revolutionären Peronisten viel mehr Leute auf die Beine bringen können und daß die Gewerkschaftsspitze natürlich ein Interesse hat, daß niemand erkennt, welche Massen da aufmarschieren. So zumindest die Situation vor dem 1. Mai. Die marxistische Linke ging sowieso nicht hin zu diesem „Fest der Arbeit", dessen Stil und Sinn sich nicht besonders von faschistischen ersten Mais unterscheiden würde. Nur der linke Peronismo de Base beschloß, nicht hin zu gehen. Nur die Peronistische Jugend konnte es sich nicht verkneifen, weil Peron spricht und auch wohl in der Hoffnung, dort zu demonstrieren, wer die Massen hat. Die linken Kritiker meinten, damit würde die Peronistische Jugend ihre letzte Würde aufgeben, wenn sie sich den Anweisungen Perons und der Gewerkschaftsbürokratie unterwirft. Es hieß, die JP (juventud peronista) würde die „Abmachungen" mit der Gewerkschaft respektieren, und daß alles wegen ihrer Gefolgschaft für Peron, mit dem sie trotz erheblicher Kritik nicht brechen will.

Die Situation war also sehr gespannt. Es hieß, die meisten JP-Jugendlichen hätten überhaupt keine Lust, auf den Platz zu gehen und es sei ein großer Fehler gewesen, nicht von vornherein wegzubleiben.

Peron sollte um 16 Uhr sprechen. Wir waren schon ab 10 Uhr auf den Straßen. Eine von Polizei belagerte Stadt, ansonsten sehr friedlich, weil alle Läden und Restaurants und Bars geschlossen waren und die Straßen kilometerweit vom üblichen stinkenden und lärmenden Straßenverkehr befreit waren. Man konnte also stundenlang in den breiten Geschäftsstraßen mitten auf der Fahrbahn bei warmem Sonnenschein spazieren gehen. Um 11 Uhr gingen wir das erste Mal auf den Platz. Drei Polizeiketten riegelten die Straßen ab und durchsuchten jede einzelne Person, die durchkam, auf Waffen. Die Frauen wurden von Frauen, die Männer von Männern am ganzen Körper abgetastet, die Handtaschen wurden durchgewühlt. Der Platz war noch relativ leer, nur kleinere Gewerkschaftsgruppen standen herum.

Wir gingen dann zum Treffpunkt der Peronistischen Jugend. Es waren an dieser Stelle etwa 20 000, an einer weiteren Kreuzung kamen wieder 3 000 dazu und wie ich hörte, sollten noch weitere Kolumnen aus anderen Richtungen auf den Platz stoßen. Sie trugen nichts mit sich außer große argentinische Fahnen. Hellblau, Weiß, Hellblau. Sie marschierten in Blocks, um die herum eine große lange Schnur ging und die die Mitmarschierenden deutlich von den sonstigen Passanten oder später anderen Gruppen trennte. Kurz vor dem Plaza del Mayo beschlossen wir, uns ebenfalls in einen Block innerhalb der Schnur einzureihen. Wir durften erst unter der Schnur durchkriechen, nachdem wir wiederum einer gründlichen Waffenkontrolle unterzogen worden waren, diesmal von Seiten der eigenen Genossen. (Für die Marxisten hier sind es allerdings Reformisten, was zum Teil stimmt, besonders ihr ökonomisches Konzept, aber ich weigere mich, diese mutigen kämpferischen Massen als Reformisten zu bezeichnen).



Als wir wiederum an diesen Polizeiketten vorbeikamen war ich gespannt, wie nun die Kontrolle verlaufen würde. Ihr müßt Euch vorstellen, daß wir inzwischen ganz schön viele waren. Wohin dein Auge blickte, Massen, Massen und alle von der gleichen Organisation, alle schrien sie „Montoneros" (das ist die politisch/militärische Kaderorganisation die diese peronistische Jugendorganisation anführt.) Vielleicht ist es noch wichtig zu sagen, daß Peron und der offizielle Peronismus seit etwa 3 Monaten mit Zuckerbrot und Peitsche versucht, diese Organisation zu spalten. Das ist nur zu geringem Teil gelungen. Ein Teil spaltete sich zwar ab und nennt sich heute „die Peron-Treuen", aber die große Masse blieb bei den Montoneros und hat sich ideologisch vom offiziellen Peronismus klarer abgegrenzt. Ich sage deshalb „offizieller Peronismus", weil es eben den Unterschied gibt zwischen der Partei (ein bürokratischer Apparat) und Peron. Erstere kritisiert man bis ins letzte von Seiten der Montoneros, Peron selbst wurde jedoch noch nie direkt angegriffen.

Wir befinden uns also innerhalb dieser Riesenmenge von Jugendlichen zwischen 18 und 40 Jahren, die meisten zwischen zwanzig und dreißig, Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten. Es ist aber auch hier nicht so einfach, einen jugen Arbeiter von einem Studenten zu unterscheiden. Als wir uns der ersten Polizeikette näherten, kam der Spruch auf, „nicht stehen bleiben, weitergehen". Die Massen schoben so beständig und marschierten so ruhig weiter, daß die Polizisten gar nichts mehr machen konnten. Wir hoben als Entgegenkommen die Hände und sie blickten verstört auf die an ihnen vorbeiziehenden Massen. Ab und zu schafften sie es, jemanden dazu zu bringen, seine Handtasche kurz zu öffnen. Einmal rannte ein Polizist einer Frau nach, aber er war allein unter der Montonero-Anhängermasse. Ganz ruhig drängte man sich zwischen ihn und die Frau und dann ging oder floß es schon wieder weiter. So passierten wir auch die weiteren Polizeiketten. Wir kamen etwa gegen 2 Uhr wieder auf dem Platz an. Er war noch relativ leer, begann sich jetzt jedoch zu füllen. In den Vorgesprächen hatte es zwischen der Gewerkschaftsspitze und den Jugendorganisationen Absprachen darüber gegeben, wo man sich aufstellen sollte. Für die JP (Montoneros) war der Platz bis zu einer imaginären Mittellinie vorgesehen, aber da es über diese Linie hinaus sehr dünn mit Massen besät war, dehnten sich die neu ankommenden Jugendmassen bald über zwei Drittel des Platzes hinaus aus. Ständig wurde von hinten weiter geschoben, ständig wurde die Grenze zwischen den Montonerojugendlichen und Gewerkschaftsanhängern zugunsten der Jugendlichen verschoben. Wir drangen immer weiter zum Regierungsgebäude vor. Manchmal hatte man kaum Platz, um sich richtig umzudrehen. So verging die Zeit bis halb vier. Über die Lautsprecher wurden mittelmäßige argentinische Künstler vorgestellt. Die Massen um uns herum schrien etwa folgende Sprüche (alle rythmisch, bzw. gesungen): *Que pasa mi General, esta lleno de gorilas el gobierno popular Se va acabar, se va acabar, se va acabar la burocracia sindical Duro duro duro, viven los montoneros que mataron Aramburu Si Evita viviera estuviera Montonera.*

Y ya lo ve y ya lo ve, hay una sola JP.

Montoneros, el puelblo te lo pide, queremos la cabeza de Villar y margaride.

Peron, Evita, la patria peronista, montonera y socialista.

Eine Erklärung zu den Sprüchen, die vielleicht nicht so verständlich sind. Ich übersetze und erkläre sie der Reihe nach:

„Was passiert, mein General die Volksregierung ist ja voller gorilas."

(gorila ist der übliche Ausdruck für Reaktionär und schlimmer)

Dieser Spruch ist ganz prima, denn er stellt die „Volksregierung" in Frage, ein Begriff, der zur Zeit der Realität Hohn spricht. Aber der Spruch drückt auch noch die Fixierung an Peron und die eigene Unklarheit aus, denn erstens ist es eine Frage und zweitens wird diese Frage an den General Peron gerichtet, der ja selbst in dieser Regierung der gorilas der erste Mann ist. Die Tatsache, daß heute aber dieser Spruch mit solch einer Vorliebe geschrieben wird, zeigt, daß es sich mehr um eine rhetorische Frage handelt, die Antwort weiß man längst, man will sie nur nicht selbst aussprechen.

„Es wird Schluß sein, es wird zu Ende gehen mit der Gewerkschaftsbürokratie".

Dies ist ein sehr beliebter Spruch, und er wird von allen Gruppen geschrien, außer den paar Anhängern der Gewerkschaftsspitze und ihrer kleinen Jugendorganisation faschistischen Gepräges.

„Hart Hart Hart, hoch leben die Montoneros, die Aramburu umgebracht haben!

Aramburu wurde 1970 entführt und von einem Volksgericht zum Tode verurteilt und erschossen (ähnlich den Volksgerichten der ERP). Aramburu war einer der Militärs, der 1955 Peron gestützt und die erste Terrorzeit angeführt hatte. Inzwischen hatte er sich jedoch zu einem Militär entwickelt, der auf einen Ausgleich mit einem gemäßigten Peronismus aus war. Beide Tatsachen waren für die Montoneros ein guter Grund, ihn umzulegen.

Wenn Evita heute noch lebte, so wäre sie Montonera" ist ja klar. *„Und ich sehe und ich sehe nur eine einzige Peronistische Jugend" „Montoneros, das Volk bittet dich darum, wir wollen den Kopf von Villar und Margaride".*

Die letzten beiden sind Polizisten, die schon unter den Militärs als reaktionäre Folterknechte sich einen Namen gemacht hatten und ausgerechnet diese Typen wurden von Peron in die höchsten Polizeiposten gehoben. Dieser Spruch gewinnt in diesen Tagen für die revolutionären Peronisten umso mehr Bedeutung, als vor einigen Tagen 3 Mitglieder ihrer Organisation verhaftet und gefoltert wurden, wie zu Militärdiktaturzeiten. Peron empfing eine Delegation von Angehörigen der Gefolterten und sagte ihnen gegenüber, in Argentinien werde heute nicht mehr gefoltert und Villar und Margaride seien Männer seines Vertrauens. Das war ein sehr harter Schlag für die Peronanhänger im linken Lager.

Manchmal wurde auch gerufen „Peron, Evita, la patria socialista", aber dann machten einige tonangebende Genossen „pschtscht." Dies ist nämlich ein Spruch, der die Rechten besonders provoziert und auch die JP ist von dem Spruch etwas abgekommen, weil sie meint, daß die Forderung nach dem Sozialismus heute noch verfrüht ist. Ihr erinnert euch sicher an den Streit bei uns in der BRD über die Parolen „Sieg im Volkskrieg". Einige waren dafür, davon abzukommen, weil die Massen sie nicht verstanden. Hier wir dort haben sich aber die demonstrierenden Massen an so bestimmte Parolen gewöhnt, daß es schwer ist, ihnen klar zu machen, daß man sie heute nicht mehr rufen soll. Es wurde also immer wieder spontan für die Patria socialista gerufen, allerdings bestand solch eine Disziplin, daß die Massen dann diese Parole immer wieder schnell abbrachen.

Während wir nun da herumstanden, drängelten und schrien, passierte etwas Wunderschönes. Die ganzen Gruppen waren ja nach Vorschrift nur mit der argentinischen Fahne erschienen. Man konnte also rechte und linke Massen zunächst noch gar nicht unterscheiden. Nach der letzten Polizeikontrolle zogen die meisten Jugendlichen ein blau-weiß-blaues Sirnband aus der Tasche und banden es sich um. Auf dem Band stand Montoneros.



Dann befanden sich plötzlich an all den argentinischen Fahnen zusätzlich kleine schwarze Fähnchen, auf denen deutlich Montoneros zu lesen war. Man sah, wie eine große, mehrere Meter lange Fahne in Form eines Spruchbandes hinuntergesenkt wurde und fünf Minuten später war auf der Fahne „Montoneros" zu lesen. Die Genossen hatten in ihren Taschen einzelne schwarze Stoffbuchstaben mitgebracht und sie auf den Stoff der Fahne mit Stecknadeln geheftet. Kurz vorher kam ein Jugendlicher zu uns und sagte, wir sollten weiter sagen, "Es fehlen zwei „O" und zwei „R". Wir wußten gar nicht, was das soll. Aber wir sollten es nach vorne weiter sagen. Wir sagten es also nach vorne weiter. Nach drei Minuten kam von vorne die Nachricht „Wissen wir schon". Jedesmal wenn eine neue Fahne oder ein Spruchband mit der Aufschrift „Montoneros" erschien, dann jubelten die Massen um uns herum. Dann kam eine Gruppe mit riesenlangen Stangen und etwa 50 m Stoff, erstmal alles zusammengewickelt. Die Genossen begannen, das größte Spruchband aufzurollen. Es bestand aus lauter Einzelteilen, die jeweils einen Buchstaben trugen und waren kurz zuvor mit Bindfäden untereinander verbunden und dann an den Stangen befestigt worden. Alles war auf genaueste vorbereitet. Dann gab es ein Spruchband, das von Anfang an mitgetragen worden war. Darauf stand UTA Presente. UtA ist die Abkürzung der Busfahrergewerkschaft. Ich verstand nicht so recht, warum dieses Gewerkschaftsplakat und nicht auch andere. Irgendwann wurde dieses Spruchband heruntergeholt und eine Minute später tauchte es als JTP presente wieder auf. Ich muß euch das aufzeichnen, damit ihr es richtig versteht. Wenn man von U und von A ein bißchen Stoff wegnimmt, dann wird eben rasch aus dem UTA ein JTP. Und JTP heißt Peronistische Arbeiterjugend und das ist der erbitterte Feind der Gewerkschaftsbürokratie. Im Laufe einer halben Stunde füllt sich der Platz mit diesen offiziell verbotenen Parolen. Es war ein wunderschönes Gefühl zu sehen, aha, die Gruppe gehört auch dazu, die auch, die auch, es wurden immer mehr und die Montoneros schienen den ganzen Platz zu beherrschen.





Natürlich ist es nicht ungefährlich, diese Spruchbänder aufzurollen, es war nur da möglich, wo die linken Massen einen genügenden Schutz für die Fahnenträger bildeten. Also gab es an den Grenzen deutliche Ketten. Die Parolen reizten die Rechten jedoch so sehr, daß sie Stoßtrupps bildeten und plötzlich gegen die Fahnenträger vordrangen und begannen die Fahne herunterzuzerren. Aus ihren eigenen Fahnenstangen hatten sie Schlagstöcke fabriziert und damit schlugen sie auf die Genossen ein. Dabei gingen 3 Buchstaben von Montoneros kaputt, die letzten drei, der Rest konnte durch die gute Abwehr gerettet werden. Die Kette wurde daraufhin verdreifacht. Es gab ein paar Verletzte. Wir standen einige Meter von diesen Auseinandersetzungen weg und die Lage war zum Teil etwas bedrohlich. Dann beruhigte es sich an dieser Stelle. Die Rechten bildeten eine 3-reihige Kette und unsere. Dazwischen war Niemandsland. Beide Ketten waren mit Schlagstöcken ausgerüstet, und blickten sich Auge in Auge, bzw. schrien sich die unversöhnlichsten Parolen zu.

Als es sich da beruhigt hatte, ging es an anderen Stellen los. Man sah nur, wie die Fahne nieder wankte und wieder hoch ging, sah die Stöcke und Steine fliegen und ab und zu wurde ein Verletzter vorbeigetragen. Aber die Linken setzen sich durch, und das Spruchband blieb oben. Zwischendurch landete der Hubschrauber mit Peron auf dem Dach des Regierungsgebäudes, der Casa Rosada. Dann schrien alle gleichermaßen begeistert: Peron, Peron, hüpften und sangen die Marcha Peronista. Aber bei uns wurde nicht lange Peron gerufen, gleich ging es in „que pasa, que pase, que pasa General, esta lleno

de gorilas el gobierno popular., über. Man war eben nicht so sehr gekommen, um Peron zu verherrlichen, sondern ihm die Unzufriedenheit der Massen kundzutun.

Man kann das, was nachher auf dem Platz geschehen ist, nur verstehen, wenn man auch die ganze Vorgeschichte kennt, man muß die Geschichte der JP und ihr Verhältnis zu Peron begreifen, als ein Prozess der Verehrung, der zurückgehaltenen Kritik trotz besserer Einsicht, des Zweifels, der Enttäuschung, der Unterwerfung mit knirschenden Zähnen, des versuchten Aufmuckens, der tausend Schläge gegen die Organisierten, aber doch noch kein eindeutiger Schlag gegen die Organisation. Die JPler sagen, Peron hätte noch nie offen die Montoneros angegriffen, und das stimmt. Peron selbst hat noch nie öffentlich gegen die Organisation gesprochen, immer hat er alles umschrieben. Er sprach von den Infiltrierten, von den Dummen, von den Übereiligen, von den Extremisten und vielem mehr, aber nie nannte er sie beim Namen. Die Parteilokale wurden von faschistischen Organisationen beschossen und es wurden Bomben gelegt, die Polizei verhaftete am laufenden Band führende Persönlichkeiten der Montoneros, aber die Organisation selbst wurde nicht verboten, obwohl es sich ja um eine Guerillaorganisation handelt. Es ist also noch möglich, mit dem Spruchband Montoneros herumzulaufen und ihre Führer werden offiziell nicht wegen ihrer Mitgliedschaft als solcher verhaftet (und wieder frei gelassen), sondern weil sie falsche Dokumente hätten, oder Waffen bei sich getragen hätten. Der härteste Schlag gegen die Organisation wurde vor einigen Wochen mit dem Verbot ihrer weit verbreiteten Wochenzeitung „elDescamisado" ausgeführt. Um aber die schönen ersten Maivorbereitungen nicht zu stören und die Organisation in die Feier zu integrieren, sagte der Arbeitsminister Otero persönlich, die Montoneros seien doch Peronisten und nicht Marxisten, etwas, was man von seiten des Peronismus ständig zu behaupten versucht.

Es ist also verständlich, daß die Massen mit sehr gemischten Gefühlen zu dieser ersten Maifeier gingen. Erstmal die Angst, dann aber die Freude, Peron zu sehen und zu hören und dann aber die Wut über die Regierung und die Veranstalter; und die Hoffnung, Peron irgendwie zu beeindrucken, ihm sein Volk, seine Massen endlich vorzuführen und ihm die Augen zu öffnen. Es ist natürlich schwer abzuschätzen, wieviel daran geglaubt haben, daß das möglich sein wird, jedenfalls haben sie alles Mögliche getan, um wirklich massenhaft da zu erscheinen. Der ganze mächtige Staats- und Gewerkschaftsapparat, die bürgerliche Presse und die hunderttausend Plakate der Gewerkschaften hatten dagegen einen ungeheuer geringen Erfolg. Gewerkschaften mit mehr als 10 000 Mitglieder zogen mit ganzen 40 Leuten über die breiten Straßen. Es kam einfach niemand.

Es heißt, für die Peronisten sei es nicht schwer, den Plaza de Mayo zu füllen. Die Stärke der Mobilisierung erweist sich erst daran, ob die Massen bis hin zur Plaza de Congreso stehen, d. h. auch die gesamte breite Avenida de Mayo entlang, über mehrere Kilometer hin bis zum Parlamentsgebäude. Am 25. Mai vor einem Jahr, als Cambora die Regierung antrat, da war jedenfalls alles voll. Und am 20. Juni waren etwa 1 Million Menschen zum Flughafen Eezeiza gezogen, um die Rückkehr Perons aus Madrid zu feiern und ihren Führer zu begrüßen. Damals wurde allerdings mit Maschinengewehren in die anrückende peronistische Jugend geschossen, Peron landete auf einem anderen Flughafen und die hunderttausende von Menschen, die aus dem ganzen Land zusammen geströmt waren, mußten enttäuscht wieder abziehen. In den Vorbereitungen dieses Ersten Mai wurde viel von Ezeiza gesprochen. Damals hatten die Rechten in die Blocks der Linken geschossen und 30 und mehr Genossen ermordet. Dies sollte sich nicht wiederholen dürfen. Aber es hing als Möglichkeit und als Angst über den Vorbereitungen und lebte als Angst in jedem, der sich entschloß, zum „Fest der Arbeit" zu erscheinen.

So, jetzt ist es inzwischen kurz vor 5 und endlich, endlich erscheint Peron. Die erste öffentliche Begegnung Perons mit den Massen seit mehr als 18 Jahren. Der größte Tag in der jüngeren Geschichte Argentiniens, seit Wochen Schlagzeilen der Tageszeitungen, Hauptbeschäftigung der Regierung, der Gewerkschaften, der Polizei, der Parteien und der politischen Organisationen.

Erst einmal rast der ganze Platz vor Begeisterung. Aber die Peronistische Jugend schreit mehr „Montoneros" als Peron und immer wieder will sich der Ruf nach der Patria socialista einschleichen. Dann wird Isabel vorgestellt. Ein Gejohle und Gepfeife. (Ich kann ja auch gut durch die Finger pfeifen und die Isabel ist dessen würdig). Es wurden außerdem die Sprüche gerufen: „Evita hay una sola, no rompen mas las bolas". Das heißt soviel wie: „Es gibt nur eine einzige Evita, ihr kriegt nichts mehr hin". Las bolas sind so etwas wie die Eier und das ganze heißt eigentlich, ihr bringt keine Eier mehr zum Schwellen (hinchar las bolas). Jetzt müßte ich Euch natürlich einiges darüber erzählen, was für eine wunderbare Frau die Evita war und was für eine Ziege diese Isabel. Es ist also nur zu verständlich, daß sich alles dagegen sträubt, gegen solch eine miserable Imitation. Vielleicht wundert ihr Euch über meine Begeisterung für Evita, aber jedenfalls sind die Massen von ihr begeistert und die haben ihre guten Gründe gehabt.

Perons Frau und Vizepräsidentin wird also nicht gerade freundlich empfangen. Sie sollte auch sprechen, läßt es dann aber bleiben, statt dessen krönt sie einige Arbeitsköniginnen. Im Fernsehen kam das natürlich groß raus und die Mikros waren weit weg von dem protestierenden Massen aufgestellt, so daß der Fernsehzuschauer den Eindruck von eitel Glück und Sonnenschein gewinnen konnte.

Dann wurden wohl auch Minister vorgestellt oder es gab sonst irgendeinen Anlaß, den Minister für Wohlfahrt mit einem kräftigen und langen „hijo de puta" zu begrüßen, was auf deutsch „Hurensohn" bedeutet. Dann wurde die Nationalhymne gesungen. Alle Widersprüche schienen wie weggeblasen. Die hunderttausenden von Massen sangen mit erhobenen V-Zeichen ergriffen die Nationalhymne. Aber kaum waren die letzten Worte verklungen, da dröhnte es schon wieder Montoneros, Montuneros. Dann wurde, glaube ich, die marcha peronista gesungen. Erstmals wurde alles still und als wirklich der ganze Platz mucksmäuschenstill war, um zum Singen Luft zu holen, da brach plötzlich doch wieder „Montoneros, Montoneros" aus. Almählich wurde selbst ich ungeduldig. Auch ich wollte endlich Peron hören, und die peronistische Jugend provozierte doch die Rechte bis auf's Blut mit ihren Sprüchen.

Dann endlich begann Peron zu sprechen. Mit seiner heiseren gebrochenen unverkennbaren Stimme sagte er: „Compagneros". Wieder ungeheurer Jubel und nicht enden wollende Sprüche schreien, bei rechts und bei links. Und dann begann die Rede. Peron war wahrscheinlich durch den Augenblick der vielen Montoneroplakate und das Schreien so wütend geworden, daß er ganz ausfallend gegen die peronistische Linke, also die Mehrheit auf dem Platze wurde. Erstmals sprach er von den „estupidos que gritan", den „Dummen, die da schreien". Und dann sagte er das Schlimmste, was er nur sagen konnte: Er stellte sich voll und ganz hinter die Gewerkschaftsführer, die die letzten Jahre so tapfer gekämpft hätten und auch gefallen wären, ermordet, und richtete sich gegen diejenigen, die neu zur Bewegung hinzugekommen wären und jetzt alles bestimmen wollten. Jeder Satz wurde mit ungeheuer empörtem Geschrei unterbrochen. Es ist nämlich eine Tatsache, daß die von Peron verteidigten Gewerkschaftsführer diejenigen waren, die am wenigsten gekämpft haben, die den Militärregierungen ihre Zusammenarbeit angeboten haben (allerdings zum Teil abgewiesen wurden), die die Arbeitskämpfe gebremst und die insgesamt ein gemütliches Bürokratenleben geführt haben. Vandor wurde ebenfalls



„ESTA LLENO DE GORILAS EL GOBIERNO POPULAR"

von den Montoneros umgebracht (1970). Vandor war der Vertreter der Metallarbeitergewerkschaft und des Konzeptes der „Patria metalurgica", eine korporatistische Gesellschaft von Gewerkschafts- und Unternehmermacht. Vandor soll einer von denen gewesen sein, die Peron längst abgeschrieben hatten und die versuchten, seinen Platz einzunehmen. Deshalb wurde auch gemunkelt, Peron selbst hätte den Auftrag für die Ermordnung Vandors erteilt. Aber das sind eben Gerüchte. Dann wurde der Rucci umgebracht, ebenfalls der Vertreter der korrupten Gewerkschaftsbürokratie, Nachfolger von Vandor in jeder Hinsicht. Als Peron diese Helden ehrte, allerdings ohne sie namentlich zu nennen, aber jeder wußte, wer gemeint ist, da schrien die Massen um mich herum:

„Rucci, traidor, saludos a Vandor". (vor über einem Jahr hatte man noch gerufen „Rucci traidor, was a seguir Vandor". (Übersetzung: Rucci, Verräter, laß Vandor schön grüßen" und „Rucci, Verräter, es wird dir ergehen wie Vandor". Was ja dann auch geschehen ist).

Peron beginnt seinen Satz immer mit etwas Salbungsvollem und wird dann ganz ausfällig gegen die Linke, die Montoneros. Offensichtlich läßt er sich aus der Ruhe bringen und gibt sein sonstiges Taktieren nach allen Seiten auf. Wenn er die Linke kritisiert als welche, die immer noch nicht zufrieden sind, trotz allem was man erreicht hätte, dann tost die Rechte vor Jubel, springt rhytmisch in die Luft und schreit: „conforme, General." Das fühlte sich wie ein Brausen in der Luft an und als würden 5 U-Bahnen unter einem hinwegbrausen. Wenn es bei uns schrie und bei denen still war, dann muß das

Das Großartige an diesem Exodus war, daß es die Massen waren, die sich von Peron abkehrten, daß sie es gemeinsam taten, daß sie sich sahen und fühlten, daß sie wußten, daß es ihr Beschluß gewesen war. Es gab welche, die verzweifelt weinten und auf Peron schimpften. Sie wurden sofort von den Genossen umarmt und getröstet, ein älterer Arbeiter schlug erbittert mit seinen Fäusten auf ein Peron-Plakat ein. Ein Genosse, der neben uns lief, sagte: Dies ist ein großes historisches Ereignis. Für uns wird die Zukunft sehr schwer sein, aber wir wissen, wofür wir kämpfen. Und bei dem ganzen Ernst, der aus seinen Augen sprach, war er zutiefst glücklich. Als er merkte, daß wir Ausländer sind, sagte er bedauernd: „Ach, ihr könnt ja gar nicht alles verstehen." Wir sagten ihm:: „Doch Genosse, wir verstehen alles, wir verstehen es sehr gut." Er umarmte uns und lief dann weiter. Zunächst waren die Massen so dicht gedrängt, daß man kaum vorwärts kam. Am Ausgang des Platzes lockerte sich das Gedränge dann etwas, man konnte nebeneinander hergehen und wurde nicht nur geschoben. Dann plötzlich begannen Steine zu fliegen. Wie wir nachher erfuhren, hatte Peron seine Rede ganz rasch beendet, so daß die Rechten nun begannen, hinter den Linken herzurennen und sie von hinten mit Stöcken, Steinen und Flaschen anzugreifen. Die Linken benutzten ihre Fahnenstangen als Verteidigungsinstrumente. Diese Bilder werden überall veröffentlicht. Wichtiger wären Bilder, die aus der Masse heraus geknipst sind und die vermitteln, wie einheitlich und geschlossen und massenhaft dieser Auszug war. Die meisten Bilder, die das Massenhafte vermitteln wollen, sind von oben aus den Fenstern oder den Bäumen fotographiert. Sie können objektiv überzeugen, daß es tatsächlich viele waren, aber sie vermitteln nicht das Erlebnis derer, die dabei waren und die fühlten, daß sie alle gemeinsam mit Peron brechen.

„VAMOS"- WIR GEHEN



genauso gewesen sein, nur noch viel intensiver, denn die einzelnen Sprüche konnte man kaum verstehen. Etwa um diesen Zeitpunkt, — Peron hatte vielleicht ganze 10 Sätze gesprochen, sagten einige um uns „gehen wir". Alle blickten erst erstaunt um sich und dann ergriff die Parole „Vamos" alle, den ganzen Block. Der Ruf „Vamos" wurde immer lauter und man konnte sehen, wie tausende von Menschen Peron den Rücken kehrten und in Richtung Ausgangsstraßen drängte. Niemand widersetzte sich oder versuchte, die abziehenden Massen abzuhalten. In einer ungeheuren Einmütigkeit und Ergriffenheit zogen diese Riesenmassen ab, kehrten Peron den Rücken, riefen „Vamos" und „Si éste no es el pueblo, el pueblo donde está?" (Wenn dies nicht das Volk ist, wo ist denn das Volk?) und „Valerin, Valerá es el pueblo que se va" (Valeri, Valerá es ist das Volk das geht).

Ich hatte das Gefühl, als würde sich eine ungeheure Erleichterung unter den Massen ausbreiten, ein Stolz, endlich die eigene Identität gefunden zu haben. Die angehäufte Wut und Enttäuschung war so groß gewesen, war immer weiter angestaut worden, hatte heute ihren Höhepunkt erreicht und konnte sich in der großartigsten Massenaktion entladen: Peron offensichtlich den Rücken kehren während er noch spricht, gehen, hinter sich einen vor Leere gähnenden Platz zurücklassen, Peron mit seinen Bürokraten, Verrätern und Polizisten alleine.

Innerhalb der peronistischen und nichtperonistischen Linken ist die Person Perons schon lange im Mittelpunkt der Diskussion. Es ist schon lange offensichtlich, daß Peron nicht der revolutionäre Führer ist, auf den man gehofft hatte. Es wäre nun ein leichtes gewesen, daß die Organisation beschließt, von nun ab werden wir Peron kritisieren. Aber die führenden Genossen schreckten vor diesem Schritt zurück, weil sie dann Verluste an der Basis befürchteten. Sie wollten als Gesamtorganisation einen Distanzierungsprozeß von Peron durchführen. In den letzten Monaten war diese Taktik schon sehr gefährlich geworden, denn den bewußteren Teile der Organisation waren Hände und Füße gebunden und die Basis war verwirrt. Man mag dieses lange Zögern zu Recht kritisieren. Letztendlich ist es den Montoneros jedoch tatsächlich gelungen, gemeinsam mit ihrer gesamten Basis in einer eindrucksvollen Aktion diese Trennung von Peron zu vollziehen.

Die Organisation der Montaneros und der Peronistischen Jugend hat alle Bedingungen dafür geschaffen, daß in den Massen diese Bereitschaft zum Bruch mit Peron entstand.

Erstens der Beschluß, zum Ersten Mai hinzugehen, nicht um den Tag der Arbeit in Einheit und Frieden zu feiern, sondern zu kämpfen, nicht Peron nur anzuhören, sondern mit ihm zu sprechen, ihm in Sprechchören mitzuteilen, daß die Massen mit der Politik dieser Regierung nicht zufrieden sind. Die Montoneros beschlossen, sich den Anweisungen Pe-


Al viento las banderas, los cordones firmes y en marcha hacia Plaza de Mayo. A decirle al general lo que piensa y siente el pueblo.



WAS PASSIERT, MEIN GENERAL, DIE VOLKSREGIERUNG IST JA VOLLER GORILAS !?

Los canas también están listos para atronar el aire; pero con balas. Ubicados en la Facultad de Derecho esperan las columnas del interior.



Otra vez la cana lista para reprimir. Mientras tanto, un compañero golpeado por los matones es asistido en la vereda.



.os tanques están preparados. Una fila sombria que no llegó a intervenir.

rons massenhaft zu widersetzen und riskierten damit einen Bruch. Nicht ohne Bedeutung für den spontanen Beschluß zu gehen, ist auch die Vorgeschichte des Aufmarsches zum Plaza de Mayo. Die Montoneros hatten nicht nur in Buenos Aires, sondern in ganz Argentinien mobilisiert. Aus dem ganzen Land von Jujuy bis Neuquén kamen die Genossen in Bussen angereist. Die Polizei jedoch sabotierte diese Buskonvois über mehrere Stunden hinweg, ließ sie nicht weiterfahren, führte Kontrollen durch. Dann gibt es ja um die Capital Buenos Aires die Provincia Buenos Aires, in denen mehrere Millionen Menschen leben, die Außenbezirke der Großstadt. Sie sind durch eine breite Autobahn von der eigentlichen Hauptstadt getrennt. Die Peronistische Jugend hatte für die Zone Norte, Oeste und Sur verschiedene Treffpunkte außerhalb der Autobahn ausgemacht. Erstmal wurden die einzelnen Kolonnen draußen aufgehalten. Dann an der Autobahn, dann in der Stadt. Es sah so aus, als würden sie überhaupt nicht bis zum Platz gelangen können. Die Genossen empörten sich ungeheuerlich. Seit Wochen werden sie von Peron und den Gewerkschaften dazu aufgerufen, zum Fest der Arbeit zu kommen, und nun werden sie mit fadenscheinigen Gründen von bis zu den Zähnen bewaffneten Polizeieinheiten daran gehindert. Die Genossen begannen sich zu sagen „Alle oder Keiner", das heißt, wenn wir nicht auf den Platz gelangen können, dann dürfen die anderen Kolumnen auch nicht hingehen. Es bestand also schon vor der Ankunft auf dem Platz eine angestaute Wut und ein Bewußtsein, „wenn wir nicht dürfen wie wir wollen, dann bleiben wir überhaupt weg". Die Genossen wußten jedoch mit einiger Sicherheit, daß sie schließlich doch durchgelassen werden würden, denn die Gewerkschaftsbürokratie würde allein den Platz nie voll bekommen, konnte sich diese Blamage jedoch nicht leisten und würde also gezwungen sein, ihre oppositionelle Jugend mit auf den Platz zu lassen. Der Aufmarsch auf der Plaza de Mayo von Seiten der Montoneros war also ganz und gar nicht die Unterwerfung unter die peronistischen Versöhnungsparolen, sondern war die kräftigste Herausforderung und Kampfansage, einzig und allein durchgeführt von den Massen selbst.

Nun ein Wort zu dem so häufig benutzten Begriff „Massen". Der Peronismo de Base sagt, die Arbeitermassen seien erst gar nicht auf die Plaza gekommen. Damit hätten sie sehr deutlich ihre Unzufriedenheit mit den Gewerkschaften und mit Peron gezeigt. Daran ist etwas Wahres. Denn man kann in Argentinien davon ausgehen, daß „die Massen", wenn sie eine Regierung wirklich unterstützen und als ihre Regierung empfinden, auch ohne besondere Mobilisierung in weitaus größerer Zahl anströmen, als bei diesem 1. Mai der Fall gewesen sind. Die Schätzungen der anwesenden Menge schwanken von 250 000 bis 150 000. Der Arbeitsminister Otero hatte laut von 2 Millionen geträumt. Es ist also berechtigt zu sagen, die Arbeitermassen seien nicht da gewesen. Aber welche Ursache hat das und wer sind die über hunderttausend, die da waren und welche Bedeutung haben sie? Es ist sicher, daß inzwischen nicht mehr die Begeisterung für Peron existiert wie früher einmal. Eine Enttäuschung ist nicht zu übersehen. Allerdings kann man auch nicht sagen, daß die Enttäuschung über Peron bedeutet, daß man sich gleich einer revolutionären Organisation wie der Montoneros anschließen wird. Ich möchte auch nicht behaupten, daß nun ein Entpolitisierungsprozeß der Massen einsetzen wird. Jedenfalls kann man sagen, daß sie mit einem Peron nicht mehr konform gehen, der mit der verhaßten Gewerkschaftsbürokratie an einem Strang zieht. Aber sie sind auch nicht bereit, die Risiken auf sich zu nehmen und auf den Plaza de Mayo aus Protest zu ziehen um dort zu kämpfen. Sie nutzen den freien Tag für sich selbst.

Wenn nur das die Massen sind, die relativ unpolitisch sind und nur bei ganz großen historischen Momenten gemeinsam auftreten, dann kann man sagen, daß die Massen nicht da waren. Und bisher bedeutete Peronismus, daß eben alle diese Massen ständig auf der Straße sind, wenn Peron spricht oder Evita oder wenn es sonst etwas Wichtiges gibt. An diesem Ersten Mai hat Peron sie gerufen, aber sie sind nicht gekommen.

Dafür kamen die bewußteren Massen, auf der rechten und der linken Seite. Es kamen die aktiven aus allen Bereichen, diejenigen, die an der Basis die Kämpfe leiten oder sabotieren, es kamen diejenigen, die bereit waren, an diesem Tag etwas zu riskieren, Gefahren auf sich zu nehmen und zu kämpfen. Die einen, um Peron zu huldigen, die anderen, um ihn zu kritisieren.

Und angesichts dieser Massen war es beeindruckend zu sehen, wie geschlossen und einheitlicb und groß die Zahl derer war, die sich mit den Montoneros identifizieren, die Peron kritisierten und schließlich gingen.

Was ist die Konsequenz von alledem für die weitere Entwicklung in Argentinien?

Die Linke, die mit Peron gebrochen hat, hat das Gefühl, daß sich nun die Repression gegen sie noch mehr verschärfen wird. Nun wird es auch mit der semi zu Ende sein. Semi heißt die semi Legalität, die bisher noch herrschte.

Die Rechte tut so, als wär nichts gewesen. Man hätte ein großes schönes Arbeiterfest gehabt, wo zwar einige linke Randalierer gestört hätten, aber die seien dann schließlich gegangen und Peron hätte es ihnen ja auch ganz schön gegeben. Die bürgerlichen, früher peronfeindlichen Presseorgane sprechen von einer feierlichen schönen Ersten-Maifeier. Sie bringen Bilder, die so geschickt aufgenommen worden sind, daß man kein einziges Montoneroplakat sieht, und es so aussieht, als wäre der Platz voll mit jubelnden Peronanhängern gefüllt gewesen. Die Manipulation im Fernsehen und in der Presse ist total. Die Tageszeitung der Juventud Peronista war schon früh am Morgen vergriffen. Später kam „El Peronista" heraus, die Nachfolgezeitung für den verbotenen „El Descamisado". (Aus „El Peronista" sind auch die Bilder zu diesem Bericht.)

GO-IN beim DEUTSCHEN ÄRZTETAG



In der letzten Woche im Juni 74 ist es deutlich geworden: die Halbgötter in weiß und ärztlichen Standesfürsten verlieren nun auch den Rückhalt bei ihrem Fußvolk.
Jeder Kassenpatient, der kleine Mann auf der Straße weiß es seit -zig Jahren, daß das westdeutsche Gesundheitswesen und seine Ärzte für ihn nicht viel übrig haben.
Überfüllte Wartezimmer, die 3-Minuten-Medizin, kaum eine klare Auskunft, was man eigentlich hat und was nun mit einem passiert, die schlechte medizinische Versorgung in Landgemeinden, Arbeitervierteln und Betrieben auf der einen Seite ....
..... auf der anderen Seite immer höhere AOK-Beiträge, regelrechte Gewinnexplosionen bei den niedergelassenen Ärzten und Arzneimittelfirmen.

Und das ganze wird gefeiert alle Jahre wieder auf deutschen Ärztetagen von Ärztefunktionären und Standesverbänden als das „beste Gesundheitssystem der Welt" (für ihren Geldbeutel versteht sich).
sogar eher bescheidene Reformen werden lauthals zurückgewiesen: z. B.

1. Bleibst du weiterhin Versuchskaninchen für die Pharmaindustrie und solche Mittel wie CONTERGAN, denn „nur die Hersteller können und sollen ihre Produkte kontrollieren, und sie verdienen dabei unser volles Vertrauen".
2. Muß deine Krankenkasse oft doppelt soviel wie in anderen westeuropäischen Ländern für dasselbe Medikament zahlen, denn „wir sind gegen jeglichen staatlichen oder sonstigen Dirigismus"
3. Stirbst du früher, weil du Lohnabhängig bist: gute Werks- und Arbeiterärzte, moderne Betriebskliniken fehlen, ebenso wie fast alle ärztl. Möglichkeiten, Gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen abzuschaffen; denn „wir stehen voll hinter dem Behandlungsmomopol des niedergelassenen Arztes und der sozialen Marktwirtschaft". Also weiter alle 13 sec. ein Betriebsunfall, alle 7 Min. wird einer von uns bei der Arbeit zum Frührentner, jede 2. Stunde wird ein Totenschein für ein Opfer der Arbeit ausgestellt.
4. Sollst du immer noch kuschen und Maul halten, ob im 3. Monat ungewollt schwanger oder bei der morgendlichen Visite im Krankenhaus, denn „wir tragen die Berufspezifische Verantwortung für Leben und Gesundheit der Menschen".

Gegen diese Anmaßungen und Privilegien der deutschen Ärzte gibt es in letzter Zeit eine zunehmend breitere Protestbewegung wie die § 218-Kampagne usf.

Und jetzt auch im eigenen Lager rührt sich Kritik, die von den wirklichen erfahrenen Patienteninteressen und der Vorstellung einer vergesellschafteten Medizin ausgeht. Z. B. unterschrieben hunderte von Medizinern im SPIEGEL gegen die offizielle Heuchelei der Ärztekammern bei „illegalen Schwangerschaftsuntersuchungen".

zur Aktion selbst ...

Sie wurde gut vorbereitet durch ausführliche Thesenpapiere, Einladungen und öffentliche Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Ärzte Deutschlands, in der sich alle kritischen Strömungen vereinten.

Auf den letzten beiden Ärztetagen wurde noch jeder Versuch einer Kritik von einzelnen einfach vom Tisch gewischt.

Dieses Mal sind es über 200 Kollegen und Genossen, die von ihrem Recht Gebrauch machen, als Zwangsmitglieder der Ärztekammern Zutritt zum Ärztetag zu fordern und sich nicht länger von seltsamen Delegierten vertreten zu lassen.

Vor der Kongreßhalle sammeln sich am Infostand immer mehr kritische Kollegen. Die etwas bange Erwartung weicht zusehends dem Gefühl der eigenen Möglichkeiten, je mehr wir werden.

Die ärztlichen Standespolitiker und Gremienmauschler haben offenbar Schiß und werden nervös. Hinter der Kongreßhalle stehen 4 Mannschaftswagen Bereitschaftspolizei, auf der Dachterasse und am Eingang patroullieren schon Polizei- und Zivilstreifen.

Um 16.00 gehen wir geschlossen in die Vorhalle, halten unsere Teilnehmerkarten hoch und stoßen schon auf die erste Ordner-Kette. Es sei kein Platz mehr im Saal, obwohl wir nachher vorne ganz leere Reihen vorfinden!

Auf der Treppe steht schon der nächste Ordner-Trupp. Den wir auch im Anlauf schaffen. Die ersten stärkeren Drängeleien und Rempeleien setzen sich an der Saaltür fort. Dort im großen Versammlungsraum lassen die meisten Delegierten das offizielle Tagesprogramm über sich ergehen.

Über Megaphon versuchen wir gegen die Mikrophone vom Podium klar zu machen, daß die Krise der medizinischen Versorgung jetzt auf der Tagesordnung zu stehen hat, und daß sich keiner mehr mit frommen Sprüchen in die Tasche lügen läßt.

Nun werden auch einige sogenannte Kollegen tätlich: Trotz „ärztlichem Ethos" und „Standeswürde" gibt es wüste Beschimpfungen und Ohrfeigen. Gleichzeitig schalten sie am Podium überlaute Musik an, um jedes weitere Wort totzuschlagen.

So können wir zunächst nur über die Presse der Bevölkerung klar machen, daß es einen fortschrittlichen Teil unter den Medizinern gibt, es sind v. a. jüngere Krankenhausärzte.

In kleinen Gruppen ist es immerhin möglich, etwas zu diskutieren. Manchen Delegierten ist dieser Zynismus ihrer Führung doch zu offensichtlich, sie haben z. T. selbst Erfahrungen mit deren Schönfärberei.

Zum weiteren Vorgehen gibt es in einer anschließenden Besprechung verschiedene Vorschläge: weiter offensiv die eigenen Vorstellungen in den Ärztetag hineintragen? Über den Schau-Effekt die Presse, Fernsehen usf. für die Inhalte unserer Kritik benutzen und die „hohen Herren" rechts liegen lassen? Eine offene Podiumsdiskussion mit den Spitzenfunktionären fordern?

Das letztere lehnen die aber dann wie erwartet ab.

Es ist offensichtlich so, daß über den augenblicklichen Spektakel des Go-in hinaus die Genossen jetzt wieder mehr Solidarität verspürt haben, weniger Ohnmacht also, was sich für die Zukunft umsetzen muß in mehr bewußtem Handeln und Auftreten z. B. im Krankenhaus, mit allen den anderen, die dort noch mehr unterdrückt sind, gemeinsam.

Die Basis dafür ist durchaus handfest, nämlich die rauhe Wirklichkeit der Klinik mit oft über 36 Stunden Dienst rund um die Uhr, der Hierarchisierung nach oben und der Rollenzwangsjacke nach unten, der Entfremdung von einer möglichen nützlichen und sinnvollen Tätigkeit durch die Misere im Gesundheitswesen, durch die Tatsache, daß man die Patienten eben oft nur gerade wieder Arbeitsfähig zurechtflicken kann.

Medizinergenossen aus Hamburg

Möge der 77. Deutsche Ärztetag dazu beitragen, den Menschen in unserem Lande zu zeigen, daß ihr gesundheitliches Wohl unser zentrales Anliegen ist. Die Themen unseres Ärztetags beweisen dies eindringlich. Wir hoffen, daß dieser Berliner Ärztetag 1974 im Zeichen echter Kollegialität, sachlicher Beratungen und fruchtbarer Ergebnisse stehen wird.

Prof. Dr. Hans Joachim Sewering
Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages

Heft 25 vom 20. Juni 1974 Deutsches Ärzteheft

Dokumentation zur Misere des deutschen Gesundheitswesens

1. Internationaler Vergleich

a) Mütter- und Säuglingssterblichkeit

1971 starben pro 100 000 Lebendgeburten in

Bundesrepublik	50 Frauen
USA	37 Frauen
England	34 Frauen
Frankreich	29 Frauen
Schweden	21 Frauen

Zahl der im 1. Lebensjahr gestorbenen Kinder auf 1 000 Lebendgeborene:

BRD	23,2
USA	19,2
DDR	18,0
Japan	12,4
Schweden	11,1

b) Tuberkulose

Anzahl der an Tuberkulose gestorbenen pro 100 000 Einwohner

BRD	8,3
DDR	6,8
England	3,6
Schweden	4,0
Niederlande	1,2

c) Krebs

Aus einer von der World Health Organization herausgegebenen Statistik geht hervor, daß die BRD in der Krebsbekämpfung der Frauen auf dem 24. Platz und in der der Männer auf dem 20. Platz, also ziemlich weit hinten liegt. Gesetzliche Meldepflichtige wie in vielen anderen Ländern (DDR, Skandinavien, Österreich etc.) und verbesserte Vorsorgeuntersuchungen sind wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bekämpfung dieser Krankheit.

d) Herz- Kreislauf-Erkrankungen

Anteil der Herz-, Gefäß-, Kreislaufkrankheiten an den Todesursachen 45 %. Die seit Jahren zu beobachtende sinkende durchschnittl. Lebenserwartung der 30–50 jährigen Männern und die Zunahme der Frührentner sind vor allem auf diese Krankheiten zurückzuführen. Aber unter den gesetzl. festgelegten Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten gibt es dafür keine Vorsorgeuntersuchungen. Dabei starben nach der Statistik des stat. Bundesamtes von 73 im Jahr 1971 nur rund 10 000 Männer an den in die Vorsorgeuntersuchungen miteinbezogenen Krebskrankheiten, dagegen 150 000 Männer an Herz-, Gefäß-, Kreislaufkrankheiten.
Bei einer „Modelluntersuchung zur Früherkennung von Krankheiten" vom Arbeits- und Sozialministerium 1968–1970 war z. B. bei 35 % aller Bluthochdruckkranken und 27,5 % aller Diabetiker (beides wesentl. Risikofaktoren für Arteriosklerose und Herzinfarkt) die Diagnose nicht bekannt. – Und überhaupt: – bei jedem 8. entdeckte man eine bis dahin unbekannte Krankheit, und jeder 20. mußte sofort zum Facharzt oder ins Krankenhaus.

2. Kostenexplosion der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)

a) Leistungsausgaben der GVK 1973: 41 Milliarden Mark (für den Profitsektor – Honorare für Ärzte, Arzneimittelkosten – rund 18 Milliarden Mark, für den profitfreien stationären Bereich etwa 10,6 Milliarden. Die niedergelassenen Ärzte, die 8,8 Milliarden erhielten, rangieren mit durchschnittl. rund 135 000 Mark an versteuerndem Einkommen an erster Stelle der Weltrangliste.)

Ausgabensteigerung der GKV für ambulante ärztliche Behandlung:

1971	6,809 Milliarden
1972	7,550 Milliarden
1973	8,800 Milliarden

und im stationären Sektor:

1971	6,86 Milliarden
1973	10,60 Milliarden

Die Kostensteigerung hier ist zum großen Teil durch das Monopol der kassenärztlichen Vereinigung auf ambulante Behandlung mitbedingt.
Z. B. sind an einem Berliner Krankenhaus an einem Tag im Juni 74 von 26 Patienten einer Station 14 unnützerweise im Bett. (Für 105,40 DM/Tag). 4 hätten nach der Laboruntersuchung wieder nach Hause gehen können, 6 könnten wegen der nötigen Nachbehandlung auch von Zuhause wieder vorbeikommen, 4 warten hier auf einen Platz im Altersheim.

b) von 1960 bis 1972 **stiegen die Arzneimittelkosten** von 1,1 Milliarden DM auf 5,7 Mrd. DM: weil v. a. die Preise deutlich überhöht sind. So kosten 100 Tabletten VALIUM 5 (Umsatzgrößtes Arzneimittel!)

in England	1,75 DM
in der BRD	17,50 DM
in der Schweiz	23,00 DM

Vitamin-B 12 -Monopol-Fabrikant MERCK verkauft nach Aussage des Bundeskartellamtes dieses Mittel um 70 % überhöht.
Außerdem muß die Werbung für unwirksame Mittel mitbezahlt werden, so daß dann ein für 40 % der Patienten unwirksames Mittel (Lipostabil) für 36 Millionen DM verschrieben wird.

3. Arztdichte in Arbeiter- und Reichenvierteln am Beispiel Hamburgs

(Patienten pro praktischem Arzt)

Arbeiterviertel:	
Horn	2 700
Altona	2 660
Wilhelmsburg	2 000
Elmsbüttel	1 940
Reichenviertel	
Uhlenhorst	1 360
Blankenese	1 330
Harvestehude	977

Im **Betrieb** kommen 55 000 Arbeiter auf einen Arzt nach dem neuen Werksärztegesetz sind aber höchstens 10 000 pro Arzt zu vertreten!

Im Magazin „Monitor am 1.7.1974 sagte der Ärztekammerpräsident SEWERING zu der Frage des Reporters, ob er die Argumente gegen das bestehende Gesundheitssystem kenne:
SEWERING: „Ich habe einiges gelesen, in der knappen Zeit, die mir zur Verfügung stand, ich habe nicht gefunden, was mich auch nur annähernd interessieren könnte, oder was wert wäre, daß man sich damit auseinandersetzt, . . . "

Reporter: „Sind sie der Meinung, daß die Vorwürfe der Arbeitsgemeinschaft weitgehend unbegründet sind? "

SEWERING: „Ja, ich bin dieser Meinung, sie gehen völlig ins Leere, ignorieren total die Arbeit, die wir leisten, auch unsere Beschlüsse, die sind darauf abgestellt, uns zu diffamieren, das ist keine Gruppe von Gesprächsgrundlage. . . . Diese lächerlich kleine Gruppe von Stänkerern, und Brüllern, die sich hier produziert hat, kann ich nicht als eine relevante Gruppe der Ärzteschaft anerkennen. Das kommt überall vor, solche Typen gibt's nun einmal, die muß man in Kauf nehmen, damit muß man leben; aber sie haben ja selber gesehen, wenn sie dabei waren, daß diese Leute ja nur kamen, um zu stänkern, zu sprengen, aber nicht, um sachlich zu diskutieren. Dazu gäbe es andere Möglichkeiten.

Reporter: „Noch einmal, also diese Argumente dieser ihrer Kollegen sind für sie nicht relevant? "

SEWERING: „Ich habe keines gefunden, das irgendwie neue Ideen brächte, sondern es ist nur ein Anöden, ein uns Anstänkern, um sich interessant zu machen, und um eben zu zeigen, daß es das ist."

Übrigens: Schon vor dem Go-in zum 77. deutschen Ärztetag, nämlich Anfang Juni, wurde der gesamte Landesverband Berlin des MARBURGER BUNDES wegen seiner kritischen Haltung aus diesem Ärzteverband hinausgeworfen! – Sachliche Diskussion?



CHILE: WAS DIE KP CHILES "GELERNT" HAT

Vorbemerkung der Redaktion

Im folgenden drucken wir einen Artikel aus „Lotta Continua" vom 23. Juni 1974 ab, der sich mit einem in Chile unter den Widerstandsorganisationen clandestin verteilten Papier der chilenischen KP und der politisch mit ihr verbundenen Teile von MAPU und PS befaßt. (Das Papier ist n i c h t, wie in der italienischen Zeitung „Unità" und auch bei uns im „Informationsdienst" fälschlich behauptet, eine Stellungnahme der g e s a m t e n früher in der Unidad Popular vereinten Linken, sondern eben nur deren obengenannter Fraktion.)

Die Genossen von Lotta continua kommen zu dem richtigen Schluß, daß das Papier einen Rückschritt darstellt, was die Formierung eines politisch vereinheitlichten Widerstandes in Chile betrifft. Doch andererseits ist die antifaschistische Aktionseinheit in Chile wie auch im Ausland nicht unmittelbar davon betroffen. Denn die chilenische KP verfolgt zwei verschiedene taktische Bündnislinien: vor dem 11. September und auch noch eine gewisse Zeit danach ist durchaus immer wieder konkrete Zusammenarbeit zwischen KP- und MIR-Mitgliedern zustandegekommen, später aber verbot die KP ihren Militanten die Zusammenarbeit mit MIR-Militanten in Chile. Im Ausland dagegen beteiligt sich die KP am Koordinationsbündnis des chilenischen Widerstands, indem bei Beibehaltung weitgehender ideologischer Differenzen die antifaschistischen Organisationen Chiles für die Koordinierung des antifaschistischen Kampfes zusammenarbeiten — Massenaktionen, Propaganda etc.

Die MIR hat die Stellungnahme der KP im Ausland wiederum in Chile publiziert, mit dem Resultat, daß an der Basis z. T. wieder eine bestimmte Aktionseinheit zustandegekommen ist.

Das hier diskutierte Papier der KP bricht also vorläufig nicht mit der Einheit des Widerstandes, denn Koordinierung der Aktivitäten schließt die Veröffentlichung unterschiedlicher ideologischer und politischer Einschätzungen nicht aus, bzw. in Chile wird die Situation der Widerstandsarbeit vorläufig nicht verändert dadurch.

Langfristig aber ist es durchaus möglich, daß das von der KP anvisierte Bündnis mit der gesamten (!) Christdemokratie zu einem Abbruch der Aktionseinheit mit der revolutionären Linken durch die KP führen kann, daß also der Versuch einer Vereinheitlichung der chilenischen Linken daran scheitert.

Über ein mit UP unterschriebenes Dokument

Die „Unita" vom letzten Samstag hat ein Dokument publiziert, das am 1. Mai in Chile herausgegeben wurde und clandestin im Land verteilt wurde. Das Dokument, das in Form eines Aufrufs an das chilenische Volk und an die Völker der Welt geschrieben ist, trägt die Unterschrift „Unidad Popular". Sei es deswegen, sei es wegen der Polemik und der Dementis von Seiten der Organisationen der chilenischen Linken, die auf die Verteilung folgten, sei es schließlich wegen des Inhalts dieses Dokument schafft ein neues und wichtiges Faktum zur Beurteilung der Situation und der Perspektiven des Widerstands in Chile.
Gehen wir der Reihe nach auf die verschiedenen Aspekte ein.

Gibt es die „Unidad Populare" noch?

Die UP war drei Jahre lang eine Koalition der Linkskräfte, die sich auf ein Regierungsprogramm in einer Phase des politischen und des Klassenkampfes stützte, die der letzten Periode der Präsidentschaft Freis, die sich von der gegenwärtigen zutiefst unterscheidet. Während der drei Jahre der Präsidentschaft Allendes fanden die beteiligten Parteien — trotz der wachsenden internen Spannungen der Koalition und trotz des Reifens „zweier Linien" in Bezug auf die selbe allgemeine Interpretation der Natur des chilenischen Prozesses und seiner Perspektiven — in dem Faktum, die Regierung zu sein und in dem Bezug auf das Programm der UP von 1970 vorerst den Grund, die politische Allianz „UP" aufrechtzuerhalten. Über die Richtigkeit dieser formal vereinheitlichenden Entscheidung und über deren Motivierung wurde vor und nach dem 11. Sept. in der chilenischen und internationalen Linken lange diskutiert. Wie nunmehr zahlreiche Dokumente und Zeugnisse zeigen, und wie es außerdem durch eine einfache politische Analyse beweisbar ist, steht fest, daß jene Allianz am unmittelbaren Vorabend des Putsches vor dem Auseinanderbrechen stand. Es steht außerdem fest, daß die verschiedenen Erklärungen und öffentlichen Dokumente der Parteien der chilenischen Linken sich vom Tag des Putsches an bis heute nicht auf die UP bezogen haben, außer auf eine Form der Allianz, die zusammen mit der Regierung, die sie verkörperte, beendet war.

Natürlich bedeutet das nicht, auf die Suche nach **anderen Formen der Einheit** unter den Kräften des Widerstands zu verzichten: es bedeutet vielmehr, daß diese Einheit, die heute noch nötiger ist als gestern, nicht als einfacher Appell an die Vergangenheit konzipiert werden konnte, sondern in den aktuellen Bedingungen des antifaschistischen Kampfes gesucht werden muß, unter den Kräften, die ihn tragen, auf der Basis eines neuen Programms. Das war der Sinn all der Stellungnahmen der chilenischen Linken von Oktober an bis heute, einschließlich der Einheitserklärungen, die auch vom MIR unterzeichnet waren (und, achtet mn darauf, nicht von der UP und dem MIR, sondern von **jeder der Parteien** der Ex-UP und dem MIR).



An die Arbeiter-Klasse und das Volk: Nur mit der VOLKSMACHT werden wir die Revolution machen können

Die Tatsache, daß heute ein Dokument verteilt wird, das mit UP unterzeichnet ist, schafft eine neue Lage, die die Veränderung oder jedenfalls eine Neudefinition der Beziehungen zwischen den Organisationen der chilenischen Linken zeigt. Muß dieses neue Faktum auf dem Weg der Einheit zwischen diesen Kräften und der Bildung einer Front, die die faschistische Diktatur umstürzen kann, als Schritt nach vorne oder als Rückschritt bewertet werden?

Eine Spaltung gegen die Linke

Zur Beantwortung dieser Frage ist es notwendig, von der Analyse der Vorschläge und Positionen, die in dem Aufruf enthalten sind, auszugehen, und diese Analyse bringt uns zu dem Schluß, daß der Aufruf einen Rückschritt in Richtung der Spaltung der Einheit gegen links darstellt.

Aber man kann nicht, noch bevor man sich mit den politischen Inhalten beschäftigt, stillschweigend darüber weggehen, daß das Zeichen „UP" unter dem Aufruf auch von einem rein „notariellen" Standpunkt aus von fragwürdiger Authentizität ist.

Die Ex- UP schloß bekanntlich den Mapu mit ein, doch der Mapu hat schon öffentlich erklärt, dieses Dokument nicht unterschrieben zu haben und dessen Position nicht zu teilen. Die Ex-UP schloß die „Radikale Partei" mit ein, aber die RP hat dieses Dokument nicht unterzeichnet und stimmt mit dem Inhalt nicht überein. Die Ex-UP schloß auch die „Izquierda Christiana" mit ein, aber daraus folgt nicht, daß die ICH unter den Unterzeichnern ist. Die Ex-UP schloß die „Partido Socialista" mit ein, deren vergangene und gegenwärtige Spaltungen und schweren Verluste, die sie erlitten hat, bekannt sind; auch wenn man annimmt, daß die Teile der in Chile gebliebenen Führung der PS genau diesen Aufruf mitgemacht hätten — was übrigens wahrscheinlich ist —, so hat doch seine Verteilung Unruhe und Auseinandersetzungen in den Reihen der PS provoziert. Das wird durch das Schweigen bestätigt, das die Repräsentanten der PS im Ausland bis jetzt darüber bewahrt haben.



Schließlich gehörte außer der kleinen Gruppe „Mapu Gazmuri" die Kommunistische Partei zur UP: und es gibt keinen Zweifel, daß die KP nicht nur mit dem Dokument übereinstimmt, nicht nur sicherlich für die Redaktion, die Verteilung und die politische Verwendung in- und außerhalb des Landes gesorgt hat, sondern es scheint alles darauf hinzudeuten, daß sie auch für die anderen unterschrieben hat. Nachdem das gesagt ist — und das impliziert natürlich nicht die moralische, sondern politische Einschätzung der heutigen Kräfteverhältnisse zwischen den Bestandteilen der Ex-UP — bleibt nur kurz die Analyse des Inhalts **des Dokuments der chilenischen KP.**

Eine sonderbare Selbstkritik

Der ganze erste Teil ist einer Selbstkritik der Taten gewidmet, die die Linke in den drei Jahren Regierung gemacht hat. Wenn wir uns die Substanz dieser Selbstkritik betrachten, sehen wir jedoch, daß sie sich durchaus nicht auf die von der KP in jener Periode unterstützte Linie bezieht: Im Gegenteil, diese Linie wird voll bestätigt.

Aber da gerade die KP, der Hauptautor des Dokuments ist, wie wir gesehen haben, handelt es sich keinesfalls mehr um eine „Selbstkritik", sondern um eine Kritik, die die KP auf die anderen bezieht, d. h. eben auf die Ex-Verbündeten in der Regierung oder wenigstens auf einen Teil von ihnen. Sie werden „selbstkritisiert", die „einzige homogene Führung" des chilenischen Prozesses in der UP nicht gesichert zu haben, d. h., eine von der Linie der KP verschiedene Linie unterstützt zu haben.

Das Dokument sagt: „Wir dürfen unsere Verantwortung für die Fehler in Bezug auf die Niederlage, die der Sturz der Volksregierung für das chilenische Volk bedeutete, nicht ausweichen. Der Widerstand der Feinde des Volkes stützte sich auf ihre riesige ökonomische Macht und auf ausländische Unterstützung, aber es war der Widerstand einer Minderheit. Wenn es dieser Minorität gelingt, die sozialen Sektoren an sich zu ziehen, deren objektive Interessen unlöslich mit den Entwicklungen des chilenischen Prozesses und mit dem Erfolg der Volksregierung verbunden waren, tragen die Volksbewegung und ihre Führungsgruppen dafür die größte historische Verantwortung. Wir waren unfähig, eine alleinige politische Leitung zu garantieren, die die Kräfte des Volkes geweckt und es ihnen erlaubt hätte, sich mit Erfolg gegen den Feind zu stellen. . ." Die eigentliche These, die den ganzen retrospektiven Teil des Dokumentes durchzieht, ist die der „Isolierung der Arbeiterklasse"; aus dieser „Isolierung" wird die Niederlage vom 11. Sept. erklärt.



„Der hauptsächlichste Grund der Isolierung der Arbeiterklasse war die Unfähigkeit unserer Führung eine Bündnispolitik zu realisieren, die die Hauptfeinde isoliert hätte". Und weiter, diese Unfähigkeit wird der spezifischen Rolle des „Linksextremismus" innerhalb und außerhalb der UP zu Last gelegt: „Die Konzeptionen der Ultralinken bekamen ein entscheidendes Gewicht, das Druck auf die UP und die Regierung ausübte. Die erklärten Feinde der Regierung zogen daraus Nutzen, und es gelang ihnen, breite soziale Sektoren mit ihrer Politik anzuziehen, kleine und mittlere Unternehmen, Angehörige freier Berufe und andere Sektoren des Volkes mit geringem politischen Bewußtsein. . .".

Die „Unerbittliche Opposition" von Frei

Das Dokument deutet auf den Umstand hin, und das ist richtig, daß auch die Christdemokraten Verantwortung tragen für den Sturz der Regierung: Aber auch diese Verantwortlichkeit wird definitiv auf die Positionen der „Ultralinken" abgewälzt. „Man kann in der Tat sagen, daß die sektiererischen und beschränkten Konzeptionen des Linksopportunismus auf der politischen Ebene das Spiel von Eduardo Frei begünstigt haben, der sie dazu nützte, um die Christdemokraten zu einer Politik der **unerbittlichen Opposition** (sic!) zur Volksregierung hinzureißen." Die putschistischen Umtriebe der Christdemokraten, verkörpert durch ihre politische Leitung (die Ende 1971 in die Hände von Frei und Alwyn übergegangen war) werden großzügig in „unerbittliche Opposition" umgetauft. Aber wer kann schon für eine „unerbittliche Opposition" angklagt werden? Um so weniger, wenn dies nur der Reflex der eigentlichen Ursache des Bösen ist die, wie wir gesehen haben, in den „Konzeptionen der Ultralinken" zu suchen ist. . . .

Die spezifischen Kennzeichen

Der ganze erste Teil des Dokuments entspricht in der Analyse der Fehler dieser Linie.

Auch in Bezug auf die Streitkräfte ändern sich die Ausführungen nicht.

Im übrigen . . . fehlte in der Volksbewegung das Verständnis für die interne Situation und für die spezifischen Kennzeichen der chilenischen Streitkräfte, ein Umstand, der die Zusammenarbeit zwischen der Volksbewegung und den demokratischen und verfassungstreuen Sektoren der Streitkräfte erschwerte. Die allgemeine Isolierung der Arbeiterklasse reflektiert sich in der Isolierung der verfassungstreuen Sektoren und in der Stärkung der Putschisten in den Reihen des Heeres."

Welche die „spezifischen Kennzeichen" der chilenischen Streitkräfte gewesen wären, wird nicht gesagt (Pinochet allerdings hat sich darum gekümmert, sie zu zeigen). Was die Isolierung der verfassungstreuen Kräfte im Heer betrifft, so wird sie nicht auf die „spezifischen Kennzeichen" der Funktion jedes bürgerlichen Heeres in einer Phase der extremen Verschärfung der Klassenauseinandersetzung zurückgeführt, sondern sie wird einfach als „Reflex" der Isolierung der Arbeiterklasse betrachtet, d. h. als Konsequenz der Fehler der „Ultralinken".

Die bürgerliche Soziologie: Ein altes Werkzeug des Revisionismus

In Wirklichkeit zielt die KP-Analyse darauf ab, genau die **Rolle und die spezifische Natur des Heeres** zu verschleiern: Es wird als Teil der Gesellschaft betrachtet, nicht als zentraler Nerv des Staates. Von diesem Gesichtspunkt aus wird die Identifizierung der Streitkräfte mit den putschistischen Positionen gänzlich zurückgeführt auf die „Fehler" der **Bündnispolitik**, auf den Umstand, daß man die bewaffneten Mittelschichten nicht — „an sich ziehen konnte": die Offiziere und Unteroffiziere des Heeres. Es ist offensichtlich, wie die prinzipielle Leugnung der „Spezifität" des Staates und seiner bewaffneten Körperschaften im Hinblick auf den Klassenzusammenstoß in der Praxis dann dazu führt, daß jede Notwendigkeit der Bewaffnung der Massen für diesen Zusammenstoß geleugnet wird!

Und so kann dann ruhig behauptet werden, daß der „11. Sept. mehr eine politische Niederlage als ein militärischer Mißerfolg des Widerstands gegen den Staatsstreich war" (!), denn „der Umfang der gesammelten Kräfte des Feindes hätte dazu geführt, daß die Generalisierung des Widerstands in jenem Moment sich in ein Massaker an tausenden von Personen verwandelt hätte". Durch den Bezug auf die „gesammelten Kräfte des Feindes" wird mit Freude jede Differenz zwischen der mutmaßlichen sozialen Basis, die die Reaktion gesammelt hat, und dem Heer als Heer eliminiert, als ob die Händler und Rechtsanwälte diejenigen gewesen sind, die die Moneda gestürmt und die Fabriken bombardiert haben.

Und mit diesen Erörterungen erreicht die chilenische KP, daß nach 9 Monaten tragischer Erfahrungen nach dem 11. Sept., durch ihre „Selbstkritik" das Immergleiche wieder aufgenommen wird, nämlich die alte Theorie vom friedlichen Übergang.

Die soziologistische Identifikation der Streitkräfte mit ihrer mutmaßlichen sozialen Basis, die Betrachtung des Staates als einen einfachen Reflex der bürgerlichen Gesellschaft, dient in der Tat nicht nur dazu, Hemmungslos die „Gründe" der Niederlage zu „erklären" und die Frage der bewaffneten Klassenauseinandersetzung „Zu überspringen", der bewaffneten Auseinandersetzung, die reduziert wird auf ein bloßes Anhängsel einer Auseinandersetzung, die schon anderswo, nämlich in der zivilen Gesellschaft, entschieden wurde (das soll heißen: man hatte schon **vor** dem Putsch verloren). Sondern das dient **heute** auch dazu, den Kräften, die sich der Diktatur widersetzen, eine bestimmte Führungslinie zu zeigen.

Wenn die reaktionären Militärs siegen konnten, weil sie von den Mittelschichten unterstützt wurden, so kann man auch behaupten, daß die Diktatur, wenn sie sich von ihr abwenden — was sich wirklich andeutet — zusammenbricht, und daß es genügt, sie von der Macht zu verdrängen, nachdem man für adäquate Ersatzkader gesorgt hat. Und tatsächlich findet sich diese neuerliche pazifistische Illusion als Grundthese des ganzen zweiten Teils des Dokuments wieder.

Die Junta — so sagt man dort — handelt, als ob „quasi nur den Monopolen (sic!) die Aufgabe, das Land zu regieren, zukommt" (als ob die Herrschaft der mittleren Bourgeoisie den Interessen des Proletariats entspricht! A. d. Ü.). Mit ihrer entsprechenden Wirtschaftspolitik und ihren Repressionsmethoden entfernt sich die Junta von der überwälti-

genden Mehrheit des Landes. „Die Diktatur hat in 8 Monaten die Bedingungen ihrer Isolierung geschaffen und hat keine bedeutende soziale Unterstützung."

Der Schluß, der aus dieser Analyse abgeleitet wird, ist nicht, wie es logisch wäre, daß die Diktatur **genau deswegen**, weil sie sich definitiv nur auf die Kräfte der Bajonette stützt, notwendig durch eine bewaffnete Widerstandsbewegung geschlagen werden muß, und daß **genau deswegen**, weil die übergroße Mehrheit der Bevölkerung die Politik der Junta ablehnt, diese Bewegung potentiell eine größere Breite hat als jene, die die Volksregierung unterstützt hat. Diesen Schluß ziehen die Genossen der MIR. Die Kommunistische Partei kommt zu entgegengesetzten Resultaten.

Vereint ja, aber mit der DC

Für die KP Chile heißt die Korrektur der Fehler der Vergangenheit, zu versuchen, dasselbe Ziel durchzusetzen, das auf Kosten der Paralysierung und Entwaffnung der Massen gestern nicht erreicht werden konnte: Die Einheit mit den Christdemokraten, mit der DC, **so wie sie jetzt ist**, mit der **ganzen DC**. „Vom politischen Standpunkt aus ist die immer aktivere Beteiligung der Democratia Christiana am antifaschistischen Kampf eine Notwendigkeit von allergrößter Bedeutung. **Wünschen wir uns, daß die Gesamtheit der DC voll teilnimmt am Widerstand und an der antifaschistischen Front** (. . .) Erklären wir deshalb unsere größere Disponibilität zur Einheitsaktion, zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter und des Volkes."

Um die Bedeutung, die dieser „breiten Disponibität" zukommt, zu verstehen, ist es nötig, sich die tiefe Krise klarzumachen, die die chilenische Christdemokratie schon am Tag nach dem Putsch ergriffen hat, und den vertikalen Riß, der sich allmählich in ihrem Innern auftut zwischen dem „demokratischen" Sektor, der sich orientiert an der Teilnahme am antifaschistischen Kampf, um dem Sektor von Frei, der heute an den Rand gedrängt scheint, der aber in Zukunft der Kern für ein Manöver eines partiellen Wechsels in der Führung der Macht werden könnte. Dieser Hypothese eines langsamen Todes, des „Erstickens" der Militärjunta durch partiellen Machtwechsel scheint sich die KP angeschlossen zu haben. Deswegen kommt sie heute dazu, dem reaktionärsten und verachtetsten Sektor der chilenischen DC Kredit zu geben, deswegen arbeitet sie daran, die Risse in der DC zu kitten. Die KP bettelt deswegen um eine Allianz mit der „Gesamtheit" der DC, um den Mittelschichten die gute einzige Partei zu erhalten.



Die DC zusammenzuhalten, ist heute übrigens eine schwierige Aufgabe geworden. Um den Bruch zu verhindern, ist sogar eine internationale Hilfsoperation nötig gewesen. Es ist kein Zufall daß die Flick-Operationen mittels Verhandlungen und Unterredungen geschehen, die ihren Hauptsitz in Rom haben. In Rom gibt es jene Demokratia Christiana, die schon in anderen schmerzlichen Momenten ihrem chilenischen Patenkind hilfreich die Hand gereicht hat. In Rom gibt es den Vatikan. In Rom gibt es jene kommunistische Partei, die noch mehr als die KPdSU politischer Bezugspunkt für die chilenische KP ist, wie schon frühere Polemiken in der Familie gezeigt haben. Schließlich ist Rom auch die Hauptstadt des „historischen Kompromisses", Gott hab ihn selig.

Es verwundert also nicht, wenn sich die chilenische DC dort ihre Fetzen flicken läßt. Resultat: die chilenische Christdemokratie hat eine neue Führung, die von vier bemerkenswerten Persönlichkeiten der Rechten gestellt wird (unter ihnen Frei), von vier der Linken (unter ihnen Tomic un Fuentealba) und einem des Zentrums, der in der Mitte steht. Rette sich, wer kann.

aus: LOTTA CONTINUA

PRAKTISCHE SOLIDARITÄT mit dem Kampf des chilenischen Volkes: DIE FLIEGENDEN GITARREN



Die Fliegenden Gitarren

Der folgende Bericht ist am 28. Mai dieses Jahres in Santiago in der faschistischen Zeitung „El Mercurio" erschienen. Er enthält zwar ein paar Fehler, z. B. schätzt er die Jusos sicher viel mächtiger ein als sie in Wirklichkeit sind, und er verschweigt, daß der Auftritt der „Huasos Quincheros" in vielen anderen Städten der BRD von den Genossinnen und Genossen genauso verhindert wurde, wie in Frankfurt. Daß der Bericht aber in so ausführlicher Form im faschistischen Chile erschienen ist, zeigt an einem kleinen Beispiel, wie wichtig Solidaritätsaktionen sind. – Nicht vergessen: am 11. September sind die faschistischen Gorillas an der Macht!!!

El Mercurio, 28.5.1974

Die Huasos Quincheros kamen ohne Gitarren zurück

Gestern mittag empfingen Spruchbänder mit Willkommensgrüßen und ein von allen Terrassen des Flughafens von Pudahuel gerufenes „Viva Chile" die Huasos Quincheros. Die Musikgruppe kehrte von einer verunglückten Tournee aus Frankfurt zurück, die unterbrochen werden mußte, da die Künstler im Moment vor ihrem ersten Auftritt Opfer eines Attentats wurden.

Die Quincheros verließen als letzte das Flugzeug der LAN durch die vordere Tür, inmitten der sie erwartenden Journalisten. Blitzlichter, Mikrophone und Umarmungen ihrer Familienmitglieder erwarteten sie . . . Danach die ersten Erklärungen. . .

„Wir sind glücklich, wieder hier zu sein. Wir waren in wirklicher Gefahr. Wir sind zurückgekommen, da wir glaubten, daß dies nicht ein Moment sei, um als Touristen in Europa zu bleiben, sondern vielmehr zu berichten."

Die Tatsachen.

Die Huasos Quincheros verließen Chile Anfang dieses Monats, um am 15. in Frankfurt ihren Erstauftritt zu haben, an den sich eine Tournee von 25 Tagen durch 10 deutsche Städte anschließen sollte. Sie wurden von 4 Tänzerinnen der Gruppe Antupai und vom Schlagzeuger Orlando Avendano begleitet.

„Für uns handelte es sich um das wichtigste Ereignis im Leben der Quincheros. Die längste und vollständigste Tournee. Daher waren wir tatsächlich sehr traurig."

„Am Tage unseres ersten Auftritts in Frankfurt kamen wir 2 Stunden früher zum Theater, genannt Volksbildungsheim. Draußen befanden sich eine große Zahl von Jugendlichen, die Plakate anklebten für den ex-Präsidenten Allende und gegen unsere Regierung. Wir konnten eintreten, aber als wir in unsere Kabinen kamen, merkten wir, daß man unsere Instrumente aus dem Fenster geworfen hatte, daß unsere Kleidungsstücke zerrissen und die Zimmer in Unordnung waren."

In den Kabinen des Volksbildungsheimes kam dann eine wahre Schlacht zustande. Draußen hörte man die Schreie: „Tod den faschistischen Schweinen" und etwa 200 Jugendliche versuchten, die Tür einzudrücken. Den Quincheros blieb nichts anderes übrig, als mit den Möbeln Barrikaden zu bauen und Widerstand zu leisten, bis die Polizei kam.

„Wir waren mindestens eineinhalb Stunden eingeschlossen, bis etwa 18 Polizeiautos kamen. Diese unterdrückten die Manifestation nicht, sondern schlossen mit den Manifestanten einen Kompromiß. Die Jungsozialisten sind ein machtvolles Phänomen in Deutschland, und keiner traut sich, sich mit ihnen anzulegen."

Der Epilog der Geschichte war, daß der Theaterdirektor sofort dem Manager der Quincheros den Vertrag kündigte und den Saal den „Künstlergruppen" der Manifestanten vermietete.

„Die marxistische Presse stellt uns der Welt als eine Gruppe vor, die politische Auftritte macht. Dies wird dazu führen, daß man unsere Nummer in der ganzen Welt weniger nachfragt. Wir haben zur Zeit einen Vertrag mit dem Hotel Waldorf Astoria in New York; wir fürchten, daß er nun scheitert."

Dennoch sind die Quincheros entschlossen zum 8. Juni zusammen mit der chilenischen Künstlerdelegation nach Europa zurückzukehren, um bei der Eröffnung der Fußballweltmeisterschaft aufzutreten.

„Es wäre sehr traurig, wenn Chile bei diesem künstlerischen Anlaß nicht vertreten wäre. Aber wir müssen auch sagen, daß dies sowohl für die Künstler wie auch für die Fußballmannschaft ein Risiko ist."





Nach der Episode im Theater mußten die Quincheros noch viele Todesdrohungen hören. Daher reisten sie 2 Tage später nach London . . .

Es gab nicht die geringste Möglichkeit, die Tournee fortzusetzen. Die Theaterbesitzer kündigten ihre Verträge, nachdem sie bedroht worden waren für den Fall, daß sie die chilenische Gruppe akzeptierten. Und die deutsche Polizei weigerte sich, ihnen einen präventiven Schutz zu geben . . .

Der größte Schaden, den die Quincheros ihrer Ansicht nach erlitten haben, ergibt sich aus der Tatsache, daß ihr künstlerisches Image geschädigt wurde.

COMBATTIR A LOS PATRONES ES LA UNICA LEY QUE TENEMOS NOS ESPLODADOS





SOMMERURLAUB IN PORTUGAL?

Die Entwicklung in Portugal

hat sich weiter zugespitzt, die Widersprüche treten offener zutage – doch wir hier mit unseren wenigen Informationen können die Entwicklung auch nur in dieser Widersprüchlichkeit begreifen, ohne genau zu wissen, wie die Kräfteverhältnisse real sind, welche Möglichkeiten eine revolutionäre Politik im Augenblick hat und welche Ziele in dieser Situation zu realisieren sind. Deshalb können wir hier nur thesenartig die neueste Entwicklung und die Kräfte, die darin eine Rolle spielen, darstellen, ohne eine wirkliche Analyse liefern zu können:

Die Arbeiter kämpfen weiter für ihre Forderungen – insbesondere für die Erhöhung des Minimallohns und für Basisorganisationen zur Kontrolle der Betriebe und Institutionen. Es gibt aber auch Streiks – wie z. B. den der Bäcker –, die von den Arbeitern selbst abgebrochen werden; nämlich dann, wenn sie merken, daß ihre Bosse gar nicht gegen die Streiks sind, d. h. wenn sie erkennen, daß sie gar nicht gegen die Kapitalisten kämpfen, sondern von ihnen benutzt werden. Es gibt Demonstrationen und Aktionen gegen die Fortsetzung der Kolonialkriege und für die Freilassung der noch inhaftierten Genossen.

Während **die Junta** zunehmend eine reaktionäre Politik macht:

- so wird das Ende der Kolonialkriege immer weiter hinausgezögert (der Verlust der Rohstoffquellen, der Märkte und der strategisch wichtigen Stützpunkte in den Kolonien schmerzt die portugiesische Bourgeoisie und die westlichen Imperialisten offenbar sehr!)
- auch die Wahlen werden immer weiter hinausgeschoben, damit sich in der Zwischenzeit die konservativen und reaktionären Kräfte reorganisieren können.
- Für die Sanierung und Stabilisierung des Kapitalismus versucht sich die Bourgeoisie und die Junta enger an den West-Imperialismus zu binden und hofft dabei auf kräftige Kapitalspritzen. (Nach den Worten von Spinola selbst hat das Treffen mit Nixon Anlaß zu solchen Hoffnungen gegeben!)

Läßt sich das Volk aber durch diese Art der Repression nicht wirksam einschüchtern, so wird die gesammelte Reaktion alles daran setzen, durch einen Gegenputsch ihre Herrschaft wiederherzustellen.

- Zur Realisierung dieser Politik jedoch ist es notwendig, die Repression gegenüber den Arbeitern und den revolutionären Gruppen zu verstärken: gegen Streiks und Demonstrationen wird zum Teil schon wieder Polizei und Militär eingesetzt und ein ein neues Pressegesetz stellt „ideologische Aggression" und Aufrufe zu Streiks und zur Desertation unter Strafe (deshalb hat Spinola in Portugal inzwischen den Spitznamen „Spinochet" bekommen)

Die Junta macht diese reaktionäre und repressive Politik mit ausdrücklicher Billigung und Unterstützung der **Kommunistischen Partei Portugals**, die aufgrund ihres kontinuierlichen, national organisierten antifaschistischen Widerstands **noch** immer sehr stark in den Massen verankert ist, sich jedoch zunehmend als Garant für die Stabilisierung des kapitalistischen Systems und die Einführung einer bürgerlichen Demokratie erweist: so stimmten die beiden kommunistischen Minister für die neue Pressezensur, und oft verurteilten KP-Funktionäre, die Streiks der Arbeiter als das Werk von Provokateuren und bezeichnen ihre Lohnforderungen als unrealistisch, und die Aktionen der revolutionären Linken gelten ihr oft genug als „objektiv konterrevolutionär".



Die Rolle der **Sozialistischen Partei**, deren Basis vor allem aus Intellektuellen und Akademikern besteht, ist dagegen viel unklarer – sie betreibt in vielen Punkten eine wesentlich linkere Politik als die KPD (so stimmten die der SP angehörigen Minister als einzige gegen die Wiedereinführung der Pressezensur), obwohl auch sie sicherlich nicht zu den revolutionären Kräften zu rechnen ist.

- Gleichzeitig aber wächst der Widerstand innerhalb der „Bewegung der Streitkräfte" gegen die Junta und deren Politik:
- Einer der zu dieser Bewegung gehörenden Hauptleute kommentierte eine Rede des Junta-Generals Galvao do Melo, in der dieser den Putsch so interpretierte, als hätte die Bewegung der Streitkräfte die Freiheit in die Hände der Junta gelegt, mit dem lakonischen Hinweis: „Noch kontrollieren wir die Kasernen, die Schiffe, die Flugzeuge, die Tanks!"
- Zwei Offiziere weigerten sich ihre Einheiten in Lissabon gegen den Generalstreik einzusetzen – sie wurden jedoch verhaftet, und die beiden Zeitungen, die darüber berichteten, bekamen als erste das neue Pressegesetz zu spüren und mußten 3 000 bzw. 10 000 DM Strafe bezahlen. Diese Bewegung der Streitkräfte, die zwar explizit antifaschistisch ist, hat jedoch andererseits weder rein einheitliche noch eine klare politische Position – sie sprechen von dem Putsch als einer „Revolution" und wollen mehr als eine formale, bürgerliche Demokratie, sondern eine Demokratie, in der wirklich das Volk bestimmt, aber darüber, wie sie das erreichen können herrscht offenbar noch tiefe Unklarheit.



Das große Problem bleibt aber die Rolle der **gesamten Armee**, die zur Zeit auf jeden Fall noch der wesentliche Machtfaktor ist – hier ist die Frage, wer in der Armee die Führung behalten wird: die faschistischen Generäle oder die Bewegung der Streitkräfte und wie sich die Basis des Militärs, die zum 4jährigen Militärdienst gezwungenen, einfachen Soldaten verhalten werden – konkret: ob die portugiesische Armee – so oder so ähnlich wie in Chile – für einen reaktionären Gegenputsch eingesetzt werden kann.

Das Beispiel der beiden Offiziere, die sich geweigert haben gegen die streikenden Postler vorzugehen und deshalb verhaftet wurden, macht das Problem deutlich: einerseits gibt es innerhalb der Armee entschiedenen Widerstand gegen eine reaktionäre Politik, andererseits aber haben die reaktionären Kräfte doch die Möglichkeit behalten, diesen Widerstand – zumindest teilweise – zu brechen.

- Tja, und von den **revolutionären Organisationen** wissen wir leider viel zu wenig – nur einiges über bestimmte Aktionen gegen die Kolonialkriege und für die Freilassung der noch inhaftierten Genossen. . . . aber wir wissen nichts über ihre Einschätzung der Situation, über das zentrale Problem ihres Verhältnisses zu der Armee und zur Bewegung der Streitkräfte, über ihre Politik und ihre Verankerung bei den Massen – und: wie wir sie in der BRD bzw. von der BRD aus unterstützen können!

Denn daß wir die Möglichkeit dazu haben und ein Interesse daran haben (sollten) liegt auf der Hand: Portugal liegt uns nicht nur geographisch nahe, sondern:

- Portugal ist ein wichtiges Nato-Mitglied
- es dient dem West-Imperialismus als Möglichkeit zum Einstieg nach Afrika
- die BRD ist mit großem Abstand der größte ausländische Investor in Portugal
- ca. 50.000 Portugiesen sind als Arbeitsemigranten in der BRD.

Das bedeutet, daß unsere Solidarität mit den portugiesischen Genossen nicht nur hoch, sondern auch sehr direkt und konkret sein kann und sein sollte!

Zumal zur Zeit die Möglichkeit massenhafter, direkter Kontakte mit portugiesischen Genossen besteht. Wir sollten diese Möglichkeiten auch benutzen und dadurch versuchen zu klären, **was genau in Portugal abläuft, was wir daraus lernen können und wie wir die portugiesischen Genossen unterstützen können.**

Falls es noch nicht klar genug ist: alle, die jetzt in den Sommerferien nach Portugal fahren, sollten nicht nur einen Urlaub „in (relativer) Freiheit" genießen, sondern sich und anderen die o. g. Fragen stellen – und die Antworten natürlich dann nicht für sich behalten!

RK-Redaktionskollektiv



DAS TRAUMA DER ÖFFENTLICHEN SICHERHEIT

Zum Tode Günter Routhiers

Bürger der Stadt Duisburg, die am Montag, den 24. Juni den Blick von den Fernseh-Live-Übertragungen der Fußball-WM erhoben und aus dem Fenster sahen, konnten dort eine Live-Übertragung ganz anderer Art miterleben, nicht minder spannend und aufregend: Mannschaftswagen der Polizei in allen Straßen, allen Stadtteilen, Polizisten, bürgerkriegsreif ausgerüstet mit Plastikglasschild und Gummiknüppel, die Schußwaffen wurden nicht so offen getragen. Über der Szene kreisten die Polizei-Hubschrauber, eine Szene, die noch Tage später in allen Kneipen, Postämtern Geschäften etc. regen Gesprächsstoff bot, was angesichts der WM-Hysterie schon was heißen will.

Die Vorgeschichte dieser Tragödie des Rechtsstaates hatte schon ca. 3 Wochen vorher begonnen, und zwar im Saal des Arbeitsgerichtes. Da stand die Klage eines entlassenen Mannesmann-Arbeiters zur Verhandlung. Als das Urteil verkündet wurde, zugunsten des Konzerns gegen den Arbeiter, kam es zu Protesten der Zuhörer, die schnell von zivilen und uniformierten Polizeibeamten eingekreist und zusammengeschlagen wurden.

Zu den Zusammengeschlagenen gehörte auch Günter Routhier, 45 Jahre alt, Frührentner, Sympathisant der KPD/ML. Die Tatsache, daß er Bluter war, daß auch geringfügige Verletzungen bei ihm hätten tödlich verlaufen können, ließ die Polizisten nicht in ihrer Brutalität innehalten. Routhier wurde in die Stuhlreihen geworfen und, schon bewußtlos, an den Füßen die Treppe heruntergeschleift, mit dem Kopf auf die Stufen schlagend, und auf den Boden des Polizeiautos geworfen.

Beteuerungen des 20 jährigen Sohns Günter Routhiers, sein Vater könnte sterben, beeindruckten die Beamten kein bißchen, auch nicht, daß der Schwerverletzte einen Bluterpaß mit sich führte. Einzige Bemerkung eines zivilen Beamten: Wenn Routhier Bluter sei, solle er eben nicht zu einem Prozeß gehen (woraus man wohl schließen kann, daß Schlägereien in deutschen Gerichtssälen zum einzukalkulierenden Risiko gehören).

Im Polizeipräsidium dann die gleiche Prozedur. Günter Routhier wurde, den Angaben seiner Frau zufolge, wieder an den Beinen die Treppe hochgeschleift, erkennungsdienstlich behandelt, in Polizeigewahrsam genommen, keine Reaktion auf seine Krankheit.

Ein Notarzt, der dann doch herbeigerufen wurde, begnügte sich damit, dem bewußtseinsgestörten mal ins Gesicht zu klatschen und sagt: der kommt gleich wieder zu sich. Und: Die Polizei würde schon keinen Unschuldigen zusammenschlagen. Ein Nervenarzt, den Routhier nach seiner Entlassung aus dem Polizeigewahrsam konsultiert, sagt, seine Übelkeit rühre her vom vielen Rauchen, fertig.

Eine Woche lang verschlechtert sich Routhiers Gesundheitszustand, er kommt ins Krankenhaus, eine weitere Woche später ist er tot.

Was sich nun in Gang setzt, ist, wie oben bereits gesagt, eine Tragödie des Rechtsstaates.

Die von der Staatsanwaltschaft verfügte Obduktion in der Essener Universitätsklinik findet, entgegen der üblichen Praxis, ohne das Beisein von Studenten statt. Danach gibt der Staatsanwalt bekannt: Der Tod Routhiers sei nicht auf Gewalteinwirkung zurückzuführen (obwohl Blutungen im Gehirn festgestellt wurden).

Der Duisburger Polizeipräsident Jürgensen verbietet eine Demonstration der KPD/ML mit der Begründung, in der Vergangenheit seien zahlreiche Mitglieder dieser Partei festgenommen worden (sic!) und diese Partei habe immer wieder zur Gewalt gegen Staatsorgane aufgerufen. Statt dessen fanden an mehreren Stellen der Stadt kurze, improvisierte Kundgebungen statt.

Für den Tag der Beisetzung Günter Routhiers, am 24. Juni, wurde ein Trauerzug angemeldet, und zwar nicht von der KPD/ML, sondern von der Familie des Verstorbenen. Jedoch wurde an die KPD/ML eine Mitteilung des Polizeipräsidenten geschickt, der Trauerzug sei, aus Gründen der öffentlichen Sicherheit versteht sich, verboten. Bereits am Montag Morgen waren von Polizeikräften alle Zufahrten nach Duisburg abgesperrt. Schon am Kamener Kreuz, rund 70 Kilometer von Duisburg entfernt, wurden Autos angehalten und durchsucht. Ganze Bus-Besatzungen, die nach Duisburg unterwegs waren, wurden festgenommen. Als sich trotzdem vor dem Haus von Routhiers Mutter ca. 5 000 Demonstranten versammelten, um sich zum geplanten Trauerzug zu formieren, blickten sie einem erheblichen Polizeiaufgebot entgegen, das aus ganz Nordrheinwestfalen zusammengezogen war. Die Trauerkundgebung wurde unmöglich gemacht, die Versammlung löste sich auf, um sich an einer anderen Stelle neu zu formieren, was immer wieder vereitelt wurde. Polizisten stürmten in den friedlichen Trauerzug hinein, rissen die Schleifen von den Kränzen ab und zerrissen die Kränze. Zeugenaussagen zufolge wurde dabei mit größter Brutalität vorgegangen.

Während der Beisetzung auf dem Neuen Friedhof kreiste ein Hubschrauber mehrmals sehr tief über den Trauergästen. Nach der Beisetzung wurde der Friedhof von Bereitschaftspolizisten mit MP bewaffnet, durchkämmt. Eine von der KPD/ML angekündigte Kundgebung in der Mercatorhalle wurde kurzfristig verboten, was bei einer zugelassenen politischen Partei nicht geht, also gegen geltendes Recht verstößt. In allen Stadtteilen fuhren Kolonnen von Mannschaftswagen, der Hauptbahnhof wurde abgesperrt und durchkämmt, ebenso Gaststätten, wo die Polizei nach Menschen in Trauerkleidung Ausschau hielt und, wen sie fand, festnahm oder zusammenknüppelte oder beides.

Bilanz einer Bürgerkriegsübung: Ca. 120 Festnahmen, einige Verletzte, darunter 15 Polizisten, zahlreiche beschlagnahmte Autos, Fahnen, Schraubenzieher (die berühmten „Hieb- und Stich-Waffen", von denen im Polizeibericht die Rede war) und das angekratzte liberale Image eines Polizeipräsidenten, der des öfteren mit seinen „Der Feind steht rechts" – Aussprüchen auf sich aufmerksam machte.

Wer am folgenden Tag den Gesprächen Duisburger Bürger zugehört hat, merkte, daß sie von einem Schock ergriffen waren: dem Trauma der öffentlichen Sicherheit.

Ein Genosse aus Duisburg

NOCH EINIGE BEMERKUNGEN ZUR WWA-KONZEPTION



Zur Konzeption der WWA

Die WWA erscheint nun schon über ein Jahr, wir haben mit der Zeitung einige Erfahrungen gemacht und mit diesen Erfahrungen hat sie sich auch verändert. Diese Veränderung wollen wir zur Diskussion stellen, öffentlich machen. Ursprünglich sollte die Zeitung für die nicht dogmatische, spontaneistische Linke ein Sprachrohr sein, wollte Ausdruck dieser Bewegung sein, in ihrer Vielfalt, ihren Fehlern, ihren Erfolgen. Die Zeitung sollte nicht vereinheitlichen, wo die Bewegung uneinheitlich war. Sie sollte die Kampferfahrungen der Gruppen darstellen, ihre politischen Initiativen und ihre Einschätzungen diskutierbar machen. Sie wollte die politische Arbeit der Genossen im Betrieb, in der Stadt oder sonstwo unterstützen. Machen wollten die Zeitung einige Gruppen der undogmatischen, revolutionären Linken in der BRD, aber auch für kleinere Gruppen und Grüppchen sollte die Mitarbeit möglich sein, ohne daß sie sich auf eine politische Plattform einschwören mußten.



Erfahrungen, Kritik, Konsequenzen

Zwar konnten wir feststellen, daß die Zeitung für viele Leser einen politischen Bezugspunkt bildete, die Brauchbarkeit der WWA für die politische Arbeit der Genossen blieb aber beschränkt. Das hatte verschiedene Gründe: Viele Artikel kamen über die bloße Schilderung von Streiks, Hausbesetzungen und Jugendinitiativen nicht hinaus. Diese Schilderungen sind zwar wichtig, aber spätestens nach dem vierten Bericht über eine Jugendinitiative hätte man eine politische Analyse über diese Bewegung, ihre politische Perspektiven, die strategischen Konsequenzen für die beteiligten Gruppen erwartet, gebraucht. Zu solchen Analysen kam es aber nicht oder wenigstens zu selten, zu ungenau. Es fehlten häufig die Möglichkeiten, aus Fehlern und Erfahrungen der Beteiligten zu lernen, da sich die Darstellungen meist auf den Höhepunkt von Kampagnen beschränkten, die oft traurigen Folgen, das Scheitern der Aktionen, das Zersplittern der Gruppen danach ausblendeten. Das machte die WWA stellenweise triumphalistisch, so als ob der Klassenkampf überall dort große Siege erzielt, wo die WWA-Schreiber sitzen und dort die Niederlagen, wo der WWA-Leser seinen politischen Alltag hat, der grau, ja manchmal tiefgrau ist. Das macht die Leser zu recht mißtrauisch und ärgerlich.

Das Berichten ist wichtig, aber es reicht nicht aus. Die Zukunft der revolutionären Gruppen wird davon abhängen, ob es ihnen gelingt, einen politischen Bezug zur Klassenbewegung in der BRD herzustellen, einer Bewegung, die sie nicht selber sind, zu der sie sich aber verhalten muß, wenn sie nicht ständig sich selber mit der Bewegung außer sich verwechseln will. Die Streiks der letzten Monate z. B. zeigen deutlich unsere Unfähigkeit zur Intervention, selbst dort, wo sich auf einer objektiven Ebene die Identität der politischen Stoßrichtung einer Bewegung mit der unseren herstellt (Fordstreik, Straßenbahnkampf in Frankfurt). Diese und andere Bewegungen außer uns stellen Aufgaben und Fragen an revolutionäre Gruppen, die man beantworten muß. Nur wenn die WWA dabei hilft, diese Antworten zu entwickeln, wird sie für die politische Arbeit nützlich sein. Sie muß deshalb die politische Analyse und die strategische Diskussion in den Gruppen im Zusammenhang mit ihren praktischen und theoretischen Erfahrungen aufgreifen und dadurch vorantreiben.

Die Zeitungsmacher und die Gruppen

Es gelang in der Vergangenheit nicht, die Zeitung zu einem Instrument der beteiligten Gruppen zu machen, immer weniger der ehemals initiativen Gruppen beteiligten sich an der Produktion der Zeitung (das hatte oft wenig mit dem Charakter der Zeitung sondern mit der politischen Zersplitterung der Gruppen zu tun). Die Mitarbeit von nicht im Impressum genannten Gruppen blieb gering. Seit einigen Nummern wird die WWA praktisch von Genossen im RK gemacht. Sie spiegelt deshalb vor allem die Frankfurter Erfahrungen und deren Diskussion wider. Wir glauben zwar, daß die WWA dadurch nicht schlechter geworden ist, meinen aber, daß sich der Veränderungsprozeß, der sich in der politischen Linie der Zeitung spiegelt, auf einer breiteren Basis vorangetrieben werden sollte. Wir stimmen nicht mit denen überein, die heute und schon lange sagen, es ist eben nicht der Zeitpunkt, wo die verschiedenen revolutionären Gruppen einen Diskussions- und Strategiebildungsprozeß beginnen können, die einzeln, aufs Konkrete bezogenen Ansätze müssen sich erst stabilisieren. Wir glauben, daß das Festklammern an diese notwendig beschränkte Basisarbeit und die Ablehnung aller darüber hinausgehenden Diskussionen als abstraktes Geschwätz ein wesentliches Hemmnis für die politische Arbeit ist. (Inflation und Fahrpreiskampf haben halt doch etwas miteinander zu tun).

Für diesen Diskussionsprozeß ist es nicht nur wichtig, daß sich über den RK hinaus Gruppen an der WWA beteiligen, ihre politischen Erfahrungen und Diskussionen darüber in die Zeitung einbringen, sondern daß die verschiedenen lokalen Redaktionen diese Diskussionen in die Gruppen, sozusagen mit der Zeitung in der Hand zurückvermitteln. Die WWA kann z. Zt. kein Blatt zur Massenagitation sein, sie hat als Adressaten die undogmatische Linke, Gruppen und noch Vereinzelte, die Sponti-Scene.

Im Mai und Juni fanden Sitzungen statt, an denen Genossen aus mehreren Städten und Gruppen über diese Veränderung diskutiert haben. Dies drückt sich auch im veränderten Impressum aus. Die auf diese Weise neu entstandene nationale Redaktionskonferenz versteht sich als eine Planungs- und Diskussionsgruppe, die nicht nur technische Funktionen im Produktionsprozeß der WWA haben soll. Neben der Diskussion über die Inhalte der Zeitung, vorliegende und geplante Artikel, wird sie auch den Versuch machen, die in der Zeitung angeschnittenen Themen in die lokalen Gruppen hineinzutragen und regionale oder nationale Diskussionen dazu zu organisieren.
Drei Schwerpunkte soll die Zeitung bekommen.

Die Strategie-Diskussion

Diese Diskussionen, in denen die praktischen und theoretischen Lernprozesse der Gruppen auf den Begriff gebracht werden, finden sich schon in der Zeitung, oft versteckt, hinter Berichten über Kampagnen mit wechselndem Erfolg (Jusos, GO, Häuserkampf). Sie müssen deutlicher werden, die politischen Positionen müssen klargemacht und dadurch diskutierbar sein. Ihr Zusammenhang mit den Kampferfahrungen der Gruppe und den gruppeninternen Auseinandersetzungen darf nicht ausgeblendet werden.

Die politischen Analysen

Durch politische Analysen müßte die WWA ein zentrales Problem der Spontis aufgreifen: ihre Unfähigkeit, sich kollektiv mit der sozialen Realität auseinanderzusetzen, die nicht unmittelbar mit der eigenen politischen Praxis identisch ist. Die Genossen und Genossinnen diskutieren zwar sehr genau in Aktionen, was zu tun ist und beim Bier auch, was sie an anderen Organisationen alles Scheiße finden, aber eine kollektive Einschätzung sozialer und historischer Prozesse und die Politik anderer Organisationen kommt nur selten zustande. Auf der Ebene, auf der sie zustande kommen, sind sie häufig zu global. (KP ist Scheiße, aber eine soziale Realität, mit der man sich auseinandersetzen muß). Zu Chile, zu Irland, zur Volksfront in Portugal, zur Lotta Continua haben wir nur individuelle Einschätzungen, aber nur selten fundierte Analysen. Die brauchen wir aber.

Die Berichte

Die Berichte in der WWA waren häufig genug langatmige Schilderungen, vermengt mit Analysen (in denen meist das gleiche stand), wir wollen regelmäßige Berichte und Nachrichten in die WWA bringen, aus dem Betrieb, der Stadt, der Uni, über die Arbeit der Gruppen konkret berichten, ihre Agitationen und Aktionen. Sie sollen als Material für die strategischen Diskussionen dienen; damit sie das leisten, dürfen sie nicht triumphalistisch sein, sie dürfen von Fehlern, vom Alltag der Gruppen nicht bereinigt werden.



SCHREIBT UNS
REDAKTIONSANSCHRIFT:
"WIR WOLLEN ALLES"
c/o SC. 6 FRANKFURT 1
POSTFACH 4202

WIR WOLLEN ALLES erscheint monatlich. Einzelpreis DM 1,00. Abopreis für 12 Nummern DM 12,00 inklusive Porto. Druck und Verlag: POLITLADEN ERLANGEN. Presserechtlich verantwortlich: Gisela Erler, 8 München 80, Josefsburgstr.16. Die Abolieferung wird aufgenommen, sobald der Betrag von DM 12,00 gezahlt wurde an: Wir wollen alles, Gaiganz, Konto: 4684-852 Pscha Nürnberg.



NACHRICHTEN

„Jetzt hat Richter Ziegler es schwarz auf grün: er ist ein Folterknecht"

Hamburg (ID) 6. Juli

Diesmal hat es den Garten von Richter Ziegler erwischt. Das Kommando grüner Juni, „die revolutionären Dekorateure", hat wieder zugeschlagen. Wie schon bei Folterforscher Prof. Dr. Jan Gross „haben große Mengen eines Unkrautvernichtungsmittels seine bisher ungetrübte Reproduktionssphäre verändert".

Ziegler hat Margrit Schiller zu zwei Jahren und neun Monaten verknackt, „außerdem ist er zuständig für alle Schweinereien und Terrorurteile gegen die Hausbesetzer der Ekhofstraße! Von den Hausbesetzern sitzen seit 13 Monaten immer noch 2 (Sigi Weber, Peter Fröhlich) in Folterhaft".

Die Aktion „kann und soll keine Ahndung seiner Schweinereien sein, sondern ein Denkzettel. Der revolutionäre Kampf läßt sich nicht ersticken! Vernichtungsversuche an Genossen produzieren neue Solidarität! Wer Sturm sät, wird Heu ernten! In diesem Sinne macht weiter. Bildet das nächste Glied in der Kette. Phantasie an die Macht."

Schlägerbande gegen Flugblattverteiler

Biel (ID–CH) 30. Juni

Am 30. Januar verteilten zwei Mitglieder des Chile-Komitees auf öffentlichem Boden vor der Amag (Zentralstelle der Schweizer Volkswagenvertretung) ein Flugblatt, welches die Verbrechen der Junta verurteilt und zu einer Veranstaltung des Chile-Komitees aufrief. Die Amag-Direktion hatte nämlich von den Lehrlingen verlangt, den Fernsehfilm „Der blaue Planet" anzuschauen, welcher die Gründe der Unterentwicklung verschweigt und die imperialistische Politik mit einem „humanistischen" Konzept der „Hilfe an die Dritte Welt" rechtfertigt. Das Flugblatt, welches diese Mystifizierung enthüllte, rief dazu auf, der Amag-Direktion das Recht abzusprechen, über die Freizeit ihrer Lehrlinge zu verfügen, und einen freien Nachmittag pro Woche (für Diskussionen) und die 35-Stunden-Woche zu fordern.

Die beiden Flugblattverteiler wurden von einer Schlägerbande auf Befehl der Direktion festgenommen, auf das Büro der Lehrlingswerkstatt verschleppt und dort verhört und geschlagen. Die Polizei, die später kam, ließ zwar die beiden aus den Klauen der Amag-Direktion frei, verweigerte ihnen jedoch den Begleitschutz. Beim Verlassen des Betriebs wurden die beiden von der Schlägerbande vor den Augen der „Ordnungshüter" blutig geschlagen. Der eine erlitt an der Wange eine Rißwunde und hat ein geplatztes Trommelfell.

Der Untersuchungsrichter hat es abgelehnt, auf die Klage der beiden Flugblattverteiler wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung einzugehen und hat sich bis heute geweigert, die beiden Kläger und ihre Zeugen anzuhören. Der Rekurs an das Appellationsgericht des Kantons Bern ist ebenfalls abgelehnt worden. Die Begründung wird verschwiegen. Die Amag-Direktion ihrerseits erhob im Gefolge der Verleumdungskampagne Klage gegen die Flugblattverteiler . . .

Am 17. Juni kam es zu einem Verhör (wo weder unser Anwalt noch die Zeugen zugelassen waren), an dem die beiden zusammengeschlagenen Flugblattverteiler wegen Verbrechen angeklagt wurden, die sie nie begangen haben.

ACHTUNG!!!!

Internationales Camping der Libertären Bewegung

Vom 1. bis 30. August 1974 findet in **Sainte Engrace** (Atlantische Pyrenäen) auf dem Grundstück **M. Dyhanart** ein Ferienlager für Genossen statt. Pro Erwachsener werden pro Tag 2 Franc Unkosten erhoben.
Der Eingang des Campings ist folgendermaßen bezeichnet:



Wie kommt man hin?
Auto: Bayonne oder Pau über Tardets nach Sainte Engrace.
Eisenbahn: Bis Puyoo – dann Busverbindung (S.N.C.F.) bis Mauléon oder Orolon.
Wenn man nicht nach Sainte Engrace findet, kann man sich in **Tardets** im Cafe bei **Trinquet** erkundigen.
Nähere Auskünfte:
Claude – B.P. Nr. 38
33036-Bordeaux Cedex

Paris (ID/PTS)
Erklärung nach dem Überfall

10. Juni

Etwa 60 Linke attackierten ein Bullenrevier an der Opéra, weil die Polizei dort in die Zellen von 54 Arbeitsemigranten Gas einströmen ließ. Die 54 waren festgenommen worden nach der Besetzung eines Hauses, um gegen die Bedingungen von Arbeitsemigranten zu protestieren.

Am 8. Juni um 6 Uhr morgens griffen die Linken das Revier an, legten Feuer an zwei Einsatzwagen, droschen die Bullen drinnen zusammen, zwei Bullen wurden verletzt, und alle 60 verschwanden wieder in der Metro. Nach der Aktion veröffentlichte die Gruppe über „Libération" folgende Erklärung:

Die 60 Anti-Faschisten, die das Opéra-Polizeirevier überfielen, fühlen sich vollständig in ihrer Tat gerechtfertigt. Es ist dasselbe Polizeirevier, in dem am 22. Mai 54 Arbeitsemigranten mit Gas gefoltert wurden. Keiner der Bullen auf dem Revier versuchte den 6 Arbeitern, die bis zur Bewußtlosigkeit vergast wurden, in ihrer Zelle zu helfen.

Wenn die Polizei 54 Arbeitsemigranten foltern kann, während die Presse und verschiedene Anwaltsgruppen über die Inhaftierung informiert sind, was mag dann **einem** dort alleine passieren?

Wenn die Polizeibehörde 54 Männer zynisch der Lüge bezichtigen kann, wenn die Presse entscheiden kann, sich bei solchen Polizeimethoden still zu verhalten, dann ist es Zeit für uns, dafür zu kämpfen, daß die Ernsthaftigkeit der Drohung, der wir täglich ausgesetzt sind, erkannt wird.

Wir Anti-Faschisten wissen, daß, wenn wir nicht auf solche Folterungen der Arbeitsemigranten, die für ihre Arbeitsrechte kämpfen, reagieren, jeder von uns, Franzose oder Immigrant, bald auch gefoltert werden kann.

Protest alleine reicht nicht: Immigranten wurden auch schon getötet, in Bullenrevieren oder durch Rassisten auf der Straße. Die Morde wurden kaum geahndet.

Wir werden die Bullenbrutalität gegen die Immigranten nicht länger dulden, wir werden sie bekämpfen.

Columbien (ID)
Guerillas besetzten eine Stadt

14. Juni

150 Mitglieder der Columbischen Befreiungsarmee (Farc) besetzten die Stadt Lageciras 200 Meilen südlich von Bogata für 3 Stunden am 10. Juni. Während dieser Zeit befreiten die Guerillas 28 Gefangene aus dem Knast und enteigneten eine Bank. Dies ist wieder das erste Auftreten dieser Art in Columbien seit dem Mai 1973, bis jetzt wurde geglaubt, die Repression der Regierung hätte die Farc vernichtet.

ARGENTINIEN: DIE ERP BESETZT FÜR 25 MINUTEN EINE STADT

de besetzt, haben die Guerillas Aufrufe an die Bevölkerung gerichtet und Flugblätter verteilt, haben sich die Waffen, mit denen die Gendarmerie ausgerüstet war, und das Geld von der Bank genommen und sich dann im geordneten Rückzug davongemacht.

(aus: Lotta continua – 30.6.1974)